Heft 4 April 1996 8,– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Emma im Manöver: Der Bräutigam der Soldatin ist das Gewehr
- Waffen-SS: Karriere bei Humboldt
- Drei Jahre für Tucholsky?
- Schröder gegen Schröder: Das Politische wird privat
- Justiz als Vollzugsanstalt: Politische Prozesse 1996

Soldaten sind MörderInnen

in konkret April 1996

von konkret

an konkret

Soldaten sind MörderInnen von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

SS bei Humboldt von Otto Köhler
Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Berliner Humboldt-Universität ist wieder sauber. Ein Verdienst des SS-Sturmbannführers Wilhelm Krelle

Deutschland den Volksdeutschen, Ausländer raus! von Jürgen Elsässer
Wenn Deutsche aller Couleurs und Odeurs über einen Menschen herfallen, muß der irgendwas Vernünftiges gesagt haben. Wer? Lafontaine. Aber was?

Virtuelle Bedrohung von Oliver Tolmein
Wieviel Mühe Staatsschützer und Bundesanwälte sich mit der Konstruktion einer schwarz-roten Gefahr geben, zeigt u.a. die mediale Inszenierung der Verhaftung zweier angeblicher AIZ-Mitglieder

129a-Verfahren von Oliver Tolmein

Antifa à la Staatsschutz von Antirassismus-Büro Bremen
Wer in Bremen rassistische Praktiken der Polizei kritisiert, muß mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen

Kinkel und die Revisionisten von Wolfgang Wippermann
Aus gegebenem Anlaß haben Amerika, England und Rußland in einer gemeinsamen Erklärung den deutschen Außenminister daran erinnert, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg verloren hat

Aus den befreiten Gebieten III von Susan Zimmermann
Der versprochene Wohlstand will sich im gewendeten Ungarn partout nicht sehen lassen. Statt seiner kamen Nato-Truppen. Bilanz eines sozialen Absturzes

»Jüdische Zeugen« von Benedikt Pauka
Es sollte ein Höhepunkt des deutschen Fernsehjournalismus werden. Der Moderator Joachim Wagner hatte »das Ende einer Legende« angekündigt. Die Legende, die ihr Ende erlebte, hieß: »Panorama«

Das Politische wird privatGenosse in Lack von Karl-Heinz Hansen
»Die Schröders«: Karl-Heinz Hansen und Georg Fülberth beleuchten Vorgeschichte und Weiterungen einer sozialdemokratischen Soap opera

Das Politische wird privatAltes vom Blödmann von Georg Fülberth
»Die Schröders«: Karl-Heinz Hansen und Georg Fülberth beleuchten Vorgeschichte und Weiterungen einer sozialdemokratischen Soap opera

Im Ententeich von Holger Becker
Anmerkungen zu Sahra Wagenknechts Walter-Ulbricht-Bild in KONKRET 3/96

Ein Gebinde für Walter von Klaus Bittermann

Coaching für Raubmörder von Ralf Schröder

Die Dritte-Welt-Solidarität ist heute fast ausschließlich Sache sogenannter »Nichtregierungsorganisationen«. Ein Blick auf deren Engagement zeigt, daß die Dialektik des kritischen Mitmachens dabei ist, eine neue Farce hervorzubringen

In diesem SinneEhrenschutz für Alice Schwarzer von Wiglaf Droste

In diesem SinnePopulismus-Potpourri von Thomas Ebermann

In diesem SinneNürnberg/Den Haag von Michael Schilling

Kunst & Gewerbe

Materialien zum Prozeß »FAZ« von Henrik Ghanaat

Nützliche Empörung von Christian Schmidt

Wer fühlt sich warum durch Satire beleidigt? Erfahrungsbericht eines ehemaligen »Titanic«-Redakteurs

Blutwäsche von Stefan Ripplinger

Über das letzte Stück des Dramatikers Heiner Müller: »Germania 3 Gespenster am Toten Mann«

Zu Protokoll

Worum eigentlich geht es in der ZDF-Sendung »Das literarische Quartett«, da es doch um Literatur und ihre Kritik erkennbar nicht geht? In der Sendung vom 22.2.96 stritten Sigrid Löffler, Peter Glotz, Hellmuth Karasek und Marcel Reich-Ranicki u.a. über den neuen Roman von Monika Maron. Gekürzte Mitschrift der Debatte

Who is Mr. Würdigungs? von Michael Scharang

Rede zur Verleihung des Würdigungspreises der Republik Österreich am 7. März 1996

Buch & Deckel von Holm Friebe

Margit Schreiner: Die Unterdrückung der Frau, die Virilität der Männer, der Katholizismus und der Dreck. Haffmans Verlag, Zürich 1995, 203 S., 29,80 Mark

Buch & Deckel von Georg Fülberth

Helmut Ridder: Die deutsch-deutsche Spionage im Okular der westdeutschen Deutschland-Jurisprudenz. Edition Blätter 1, Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Bonn 1996, 64 S., 14 Mark

Buch & Deckel von Christel Dormagen

Michael Crichton: The Lost World. Vergessene Welt. Deutsch von Klaus Berr. Droemer Knaur 1996, 463 Seiten, 45 Mark

Reinen Urin einschenken von Martin Krauß

Sind gedopte Sportler und Sportlerinnen noch Menschen? Kurzer Abriß einer Debatte um den sauberen Sport und den cleanen Körper

Melodie & Rhythmus von René Martens

Verschiedene: In Memoriam Gilles Deleuze; Mille Plateaux/EFA

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf

Frank Zappa: The Lost Episodes; Rykodisc/RTD

Melodie & Rhythmus von Jürgen Roth

Lou Reed: Set the twilight reeling; WEA

Melodie & Rhythmus von Sebastian Wehlings

Alec Empire: Hypermodern Jazz 2000.5; Mille Plateaux

Ein Kampf um Berlin II von Robert Kaltenbrunner
Die Berliner Architekturdebatte rankt sich um prominente Einzelbauten – Wohnungsbau ist Massenware und bedarf offenbar keiner kritischen Begleitung. Schluß der KONKRET-Serie

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Film & Theater von Michael Nauert
Panther

Film & Theater von Rayk Wieland
Dead Man Walking

Film & Theater von Michael Nauert
Chunking Express

Film & Theater von Jan Pehrke
Das Leben nach dem Tod in Denver

Renovierter Moloch von Kay Sokolowsky
Hollywood nach »Pulp Fiction«: Die Kritik feiert die Wiederauferstehung des amerikanischen Films. Aus guten Gründen?

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/96, S. 4

von konkret

Es gibt keine Linke mehr? Linke Theorie ist mega-out? Ganz so scheint es nicht zu sein, und ganz so einfach werden es sich Renegaten nicht mehr machen können. Thomas Ebermanns und Rainer Tramperts Die Offenbarung der Propheten, teilweise vorabgedruckt in KONKRET und als Buch im Konkret Literatur Verlag erschienen, hatte trotz des Verkaufspreises von 39 Mark schon nach wenigen Wochen die zweite Auflage erreicht und sogar der bürgerlichen Presse einigen Respekt abgenötigt, der sich nicht zuletzt in der Auswahl der Rezensenten äußerte. Ein paar Zitate:

»Wochenpost«: Mit viel Wissen und ohne wildes Widerständlertum, dafür mit um so mehr Witz...; »Frankfurter Rundschau« (Hermann Peter Piwitt): Die Linke spricht wieder...; »Tageszeitung«: Die Fibel für alle, die bemüht sind, nicht zu verblöden...; »Münchner Abendzeitung«: Wütende, zynische, aber klarsichtige Streitschrift...; »Zeit« (Oliver Tolmein): Gehört zum Interessantesten, was an linken Analysen in den letzten Jahren geschrieben worden ist...; »Rolling Stone« (Franz Josef Degenhardt): Pflichtlektüre, Kultbuch vielleicht bald...; »Woche«: Eine Verspottung all jener, die mit prophetischer Geste eine neue Ära ankündigen; »Freitag« (Georg Fülberth): Radikale Unterhaltung, mit Recht kritisch und ätzend...

Eine erfreulich radikale Ausnahme bildeten wieder einmal die Organe des demokratischen Sozialismus, und zwar sowohl das zentralste wie das banalste. Während die stellvertretende Chefredakteurin des »Neuen Deutschland« den Abdruck einer Rezension so distinguiert wie feige wegen »zu großer politischer Nähe« des ND-Mitarbeiters zu den Autoren ablehnte, ließ in der von Mao und Trotzki zu Gysi und Bisky bekehrten »SoZ« ein Christoph Jünke seinen durch Ebermann/Trampert verletzten Gefühlen freien Lauf:

Neues Sektierertum, sektiererische und dogmatische Kritik, Denunziation, außerhalb jeder ernstzunehmenden Diskussion, läßt an Plattheit kaum zu wünschen übrig, (nochmal) Denunziation, vulgärer Strukturalismus, Ätschi-Bätsch des Sektierers, Pausenclown im bürgerlichen Feuilleton, Theorien der deutschen Weltgeistverschwörung, Zwangscharaktere, übersteigerte Form der Abwehr jedes vermeintlichen Deutschseins

undsoweiter, sehr brav, Bello. Ob er dafür nun endlich seinen Job als Hofhund bei der PDS-Gruppe im Bundestag kriegt? Es ist vielleicht seine letzte Chance, denn wer so sehr deutsch will und so wenig Deutsch kann wie dieser, wird es außerhalb eines Milieus, wo »die übersteigerte Form der Abwehr jedes vermeintlichen Deutschseins« für einen Gedanken gehalten wird, schwer haben.

Nachtrag zu Michael Scharangs Beitrag über Handkes Serbien-Buch in KONKRET 3/96, aus einem Interview der österreichischen Zeitschrift »News«:

News: Empfinden Sie die massive Kritik an Ihrem neuen Buch als sachliche Auseinandersetzung oder bloß als »Pawlowschen Reflex« Ihrer Intimfeinde?

Handke: Nicht nur als Reflex. Denn es gab von zwei oder drei meiner sogenannten Widersacher bemerkenswerte Artikel. Was beispielsweise Michael Scharang, der sich ja eher gegen das meiste sträubt, was ich tue, geschrieben hat, war fast das Interessanteste.

Der »Entzug des Mauerbonus« für extraleicht bis superschwer dissentierende Ostautoren, der in KONKRET anläßlich der Wende vorhergesagt worden war, wird immer rabiater exekutiert. Diesmal im »Spiegel« an Christa Wolf:

Christa Wolf wurde... arg gerupft. Doch niedergemacht werden konnte nur, was vorher zu Denkmalsgröße aufgeblasen worden war – durchaus unter Teilnahme westlicher Kritiker, die in der Literatur aus der DDR gern das verborgen Regimekritische gesucht und gelobt haben.

Ach was? Wer soll sich so an seinem literaturkritischen Amt vergangen haben? Und wer sollte das Vergehen gefördert haben? Der »Spiegel« vielleicht? Dann ist umso erfreulicher, daß die Zeitschrift jetzt, da man an Frau Wolf das offenbar Regimekritische findet und mißbilligt, ihre Literatur streng literaturkritisch niedermacht.

KONKRET sucht zum 1. Mai 1996 eine Leiterin/einen Leiter der Anzeigenabteilung, der oder die weiß, was KONKRET ist, und es sich doch zutraut, das schwierige Akquisitionsgeschäft mit Witz und Elan voranzubringen. Schriftliche Bewerbungen an: KVV KONKRET, Geschäftsführung, Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg.

Hermann L. Gremliza liest im Düsseldorfer Kulturzentrum Zakk, Fichtenstraße 40, am 16.April um 20 Uhr aus *Herrschaftszeiten oder Freiheit ist immer die Freiheit von Radio Luxemburg*, das als Band 8 der Reihe KONKRET-Texte am 4. April erscheint, zusammen mit Band 9, *Otto Köhler: Hitler ging – sie blieben. Der deutsche Nachkrieg in 16 Exempeln.* (Bezugsquellen und Bestellungen siehe Anzeige auf Seite 34.)

Konkret 04/96, S. 6

an konkret

How comes?

KONKRET 3/96: »Prinzipiell hoffnungslos« von Hermann L. Gremliza

Hermann L. Gremlizas Verbitterung über den (Geistes)zustand der Welt ist durchaus verständlich und wird von mir fast vollinhaltlich geteilt. Was einem Moralisten aber nicht passieren sollte, ist, daß er in seinem absolut verständlichen Groll die Contenance verliert, beinahe unmerklich in die Diktion des Gegners verfällt und von der Polemik – die ich schätze und nicht missen möchte – in ein latentes Ressentiment und die Verunglimpfung Unschuldiger und/oder Wehrloser umkippt. Hutsi, Tutsi sagt der Fuzzi – das erinnert mich ganz fatal an Mr. Gingrichs rassistischen Diffamierungsrotz von Boutros-Gali-Gali (oder wars Jesse Helms?)

How comes? (Ja, auch die englische Sprache hat grammatikalische Regeln und kennt die Konjugation des Infinitivs in der 3. Pers. Sing., welche sich durch eine s-Endung manifestiert.) Ich muß feststellen, daß der, der auf eine revolutionäre Umwälzung dieses Systems wartet (!), ganz schön ins Schleudern geraten ist. Die israelisch-palästinensische Hegemonialmacht! A geh! Was soll das denn sein? Da schwingt doch schon wieder so ein diffuser Groll mit, diesmal unterschwellig gegen den alten Ausbilder, und ein klammheimliches Bedauern über diese ›Art prekären Friedens‹. Auf den alten Terroristen Arafat auch kein Verlaß mehr? Ja ja, ich weiß – die Weltrevolution. Aber wer wünscht sich denn z.B., nur um im Bilde zu bleiben, ein blutiges Showdown mit Fidel und seiner MP auf dem Dach des Präsidentenpalastes von Havanna? Sie etwa?

Peter May

Hamburg

Schmonzes

KONKRET 3/96: »Hatte die DDR eine Chance?« von Sahra Wagenknecht

»Unstrittig hat er bewegt und mitgeprägt, schwer fällt es, Namen seines Gewichts neben dem seinen zu finden, kompromißlos und brillant, jungüberzeugt und im Greisenalter lernfähig, mit langem Atem und ungebrochenen Idealen«: Walter Ulbricht – featured by Sahra Wagenknecht, dekoriert als Rezension.

Selten habe ich in Eurer Zeitschrift einen sprachlichen und inhaltlichen Schmonzes dieser Güteklasse gelesen, reif für Gremlizas Express. Die interessante Frage ist im Zusammenhang mit W. Ulbricht nicht so sehr, ob die DDR eine Chance hatte und ob er am Ende seines politischen Lebens in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion der bessere Nationalbolschewist war. Spannender wäre es zu erfahren, durch wen und welche Politik die Chance einer linken Alternative in Mitteleuropa zerstört wurde. Vielleicht liest Frau Wagenknecht mal ein Buch über Willi Münzenberg, die Hotels »Lutetia« oder »Lux«, bevor sie sich über die späten Differenzen zwischen Altstalinisten ausläßt.

Waldemar Grytz

Stuttgart

Exzellent

KONKRET 3/96: »Erhebliche Interessen« von Otto Köhler

Obwohl er den verdienten Historiker-Kollegen Wolfgang in Manfred Ruge umtaufte und offenbar nichts von dessen eigener Teilbiographie über Hitler weiß, ergo nicht ganz exakt arbeitete, hat Köhler hier einen exzellenten Beitrag geliefert. Ich muß zu meiner Schande gestehen, trotz immerhin gründlichen Studiums des Pätzold/Weißbecker-Buches nur auf einen Bruchteil der vom Rezensenten vermerkten Mängel gekommen zu sein. Daß die Verbindung zwischen dem Parteiführer und Diktator Hitler einerseits, der Deutschen Bank, der Metall-, Chemie- und Automobilindustrie andererseits sehr eng war, ist für unheilvollste deutsche Geschichte wesentlich gewesen.

Mindestens genauso interessant erscheint mir Köhlers Hinweis auf die famose Ex-Alternative Marlies Dürkop, Amtsnachfolgerin des vom Berliner Senat geschaßten ersten und einzigen frei gewählten Rektors der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, und mitverantwortlich für die Ernennung des »Abwickler«-Genies und Ex-SS-Sturmbannführers Krelle. Hat sie doch feinfühligerweise ausgerechnet die Komintern-Definition über den Faschismus an

der Macht zum wichtigen Beweggrund für Pätzolds Entlassung »gemäß Art. 20 Einigungsvertrag« erhoben. Dies zeigt, wie schwer den alten und neuen Herren über ganz Deutschland der Nachweis inniger Verflechtung von Finanzkapital und braun-schwarzer Diktatur, einschließlich Konzentrationslagern und Angriffskrieg, nach wie vor im Magen liegt. Unsereins sollte eben deshalb die Definition nicht – wie Pätzold/Weißbecker in diesem Fall in für sie ungewohnter Art – ängstlich verschweigen, sondern sie fleißig weiter zitieren. Auch wenn die Definition, was Köhler leider entgangen ist, nicht von Dimitroff stammt, vielmehr auch von ihm nur aus einem Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zitiert wurde, als er sich wegen des Reichstagsbrandprozesses in Haft befand.

Manfred Behrend

Berlin

Frei erfunden

KONKRET 11/95: Leserbrief von Eberhard Czichon

In Heft 11/1995 veröffentlichte KONKRET unter der Überschrift: »Gossweilers Erzählungen« eine Replik Eberhard Czichons auf Bemerkungen von mir zu einigen unzutreffenden Behauptungen in Otto Köhlers Artikel »Fußnote 63« (KONKRET 8/95), Bemerkungen, die unter der Überschrift »Czichons Erzählungen« in KONKRET 10/95 abgedruckt waren. In seiner Replik behauptet Czichon, ich sei an der Vorbereitung und Durchführung eines Parteiverfahrens gegen ihn im Jahre 1973 beteiligt gewesen. Dies ist frei erfunden.

Wahr ist: Zum Zeitpunkt des Stattfindens dieses Parteiverfahrens wußte ich weder, wo Czichon beschäftigt war, noch, daß gegen ihn ein Parteiverfahren stattfand. Erst viel später, im Jahre 1991, erfuhr ich von seinem damaligen staatlichen Leiter, Dr. Werner Richter, daß Czichon 1973 im Wissenschaftlichen Informationszentrum der Akademie der Wissenschaften der DDR beschäftigt war und daß dort ein Parteiverfahren gegen ihn stattgefunden hat, das mit seinem Parteiausschluß endete, er jedoch einige Zeit später auf seinen Antrag hin wieder in die SED aufgenommen wurde.

Czichon behauptet ferner, ich hätte in einer Parteiversammlung am 22.8.1973 eine Diskussionsrede gegen ihn gehalten, die »von Tatsachenverdrehungen und politischen Verdächtigungen strotzte«. Wie sich aus Obigem ergibt, ist auch diese Behauptung frei erfunden. Wahr ist, daß ich an diesem 22.8.1973 nachweislich mit meiner Familie auf Urlaub in Born auf dem Darss war.

Czichon behauptet des weiteren, ich hätte ihn am 12.4.1972 angerufen und ihn gefragt, »ob Herr Mason bei mir sei«. Nachdem er das bejaht hat, hätte ich »diesen Besuch am nächsten Tage umgehend der zuständigen Parteileitung« gemeldet. Um dieser Behauptung die notwendige Glaubwürdigkeit zu verleihen, vermerkt Czichon, er zitiere sie aus seinem Schriftsatz zum Einspruch gegen das Verfahren vom 10.9.73. Und er knüpft daran die Bemerkung: »Ich nenne auch heute noch ein solches Verhalten eine Denunziation.«

Wie aber soll man eine derartige Beschuldiung nennen, wenn sie frei erfunden ist? Das aber ist sie. Wahr ist: Wer immer – wenn überhaupt – an jenem Abend des 12.4.1972 bei Czichon angerufen haben mag – ich war es nicht. Wenn die Person, die ihn angerufen haben soll, wirklich in seinem Einspruchs-Schreiben namentlich genannt ist, wird es ja keine Mühe machen, festzustellen, wer es wirklich war. Wahr ist ferner: Da ich selbst schon seit 1967 in freundschaftlichen Beziehungen zu dem britischen Historiker Timothey Mason stand und mich auf seine Bitte hin dafür einsetzte, daß er an meinem damaligen Institut, dem Institut für deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität, vor dessen Mitarbeitern einen Vortrag halten konnte – er fand am 11. Oktober statt – , zu dem Mason zwei seiner Westberliner Freunde, nämlich Frau Renate Dörner und W.F. Haug, mitbrachte, wäre es mir nicht in den Sinn gekommen – hätte mir im übrigen aber auch niemand abgenommen! – , einen Kollegen wegen seiner Bekanntschaft und eines Treffens mit Tim Mason »undurchsichtiger Kontakte zu einem bürgerlichen britischen Historiker« zu beschuldigen.

Czichon räumt in seiner Replik ein, daß meine Kritik an einigen Behauptungen im Artikel von Otto Köhler zutreffend war: »Es ist wahr: Ich habe weder als erster die Akten der Deutschen Bank entdeckt noch sie vor der Vernichtung gerettet.« Aber im nächsten Satz sagt er, daß diese falschen Behauptungen im Artikel von Köhler nicht auf ihn zurückgingen, indem er formuliert: »Aber das habe ich eben auch nicht behauptet.«

Wenn das wahr ist, dann nehme ich meinen Vorwurf gegen Czichon, der Urheber dieser schwindelhaften Behauptungen in Köhlers Artikel zu sein, zurück und richte sie gegen »Unbekannt«, solange Köhler nicht offenbart, auf wen diese Falschbehauptungen in seinem Artikel zurückgehen.

Kurt Gossweiler

Berlin

Konkret 04/96, S. 9

Hermann L. Gremliza

Soldaten sind MörderInnen

Die neue Weltordnung wächst und gedeiht. Unbelästigt von den Mächten der Finsternis blüht der Kapitalismus auf wie einst im Mai, als er noch allein war in Manchester und den überseeischen Gebieten. Wo heute oben ist, wird lange oben bleiben, und unten unten. Schluß mit den Sentimentalitäten! Polizisten und Soldaten sind billiger als Sozialklimbim für die eigenen Proleten und Brot für die Welt. (Die Butter blieb immer schon hier.)

Von jedem Hunderter, der von der Sozialhilfe gestrichen wird, gehen fünfzig Mark in die Aufrüstung des Apparats, der das Geschäft vor der gesetzwidrigen Wut des Enteigneten schützt. Die Ruhe an den Rohstoffquellen und die Sicherheit auf den Welthandelswegen, vordem für ein bißchen Bares von korrupten Stammesfürsten erkauft, stellen Friedenstruppen unter Nato-Kommando her.

Von der Militarisierung der Außenpolitik und der – das Wort trifft die Sache auch onomatopoetisch – Verpolizeistaatlichung der Innenpolitik, der Zurüstung von Staat und Gesellschaft für die geflügelten »neuen Aufgaben des größer gewordenen Deutschland«, handelt der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum »Ehrenschutz für die Bundeswehr«. Die Novelle war vorgelegt worden, nachdem das Bundesverfassungsgericht in einem »verfassungswidrigen« (Norbert Geis, CDU) »Schandurteil« (CSU) Recht nach Art von »politischen Kaziken« (Peter Gauweiler, CSU) gesprochen, nämlich die Freiheit gewährt hatte, Tucholsky zu zitieren.

Ein paar liberale Zeitungen waren pikiert. »Unsinn« nannte die »Zeit« den Plan, »Unfug« die »Süddeutsche«, »starke Worte« seien das, schrieb Augstein, »aber wie berechtigt«. Die anderen begrüßten den »Ehrenschutz« in jenem Ton, wie ihn auch schon der Herausgeber der »Zeit« anzuschlagen versteht, wenn er auf deren Frontseite in schönster Landser-Poesie den Titel setzt: »Wenn die Feldpost wieder kommt« und auf die Frage »Wann soll die Bundeswehr jenseits der Nato-Grenzen aktiv werden?« mit buchhalterischer Pedanterie seine »fünf Maximen einer deutschen Staatsräson« für den Bundeswehreinsatz in aller Welt aufstellt.

Leichter als an ihren Maximen, die nur wenige – und noch ziemlich verquast nur – ihrem Publikum zuzumuten sich trauen, ist die neue Zeit an ihren neuen Tönen zu erkennen, am Klang der Dankesformeln und Ergebenheitsfloskeln, mit denen ehedem Beargwöhntes begrüßt, ehedem Begrüßtes gefeiert wird. Der Kurzfassung des Protokolls der Bundestagsdebatte vom 8. März 1996 zum »Ehrenschutz für die Bundeswehr« sind sie abzuhören. Zuerst den Stimmen der Regierungsfraktionen:

Norbert Geis (CDU/CSU): *Die Soldaten und ihre Familien sind tief empört... verunsichert... schutzlos... Unsere Soldaten werden im Ernstfall unter Umständen nicht unsere Position mit der Waffe in der Hand verteidigen... Dies kann zumindest dazu führen, daß wir bis zu einem gewissen Grade politikunfähig werden. Es geht auch um die Funktionsfähigkeit unserer Bundeswehr... Meinungsfreiheit ist nicht der »vornehmste Wert«, wie es das Verfassungsgericht ausgedrückt hat... Der Ehrenschutz ist der höchste Wert unserer Verfassung...*

Jörg van Essen (FDP): *Der Begriff der Ehre wird in unserem Land extrem unterbewertet ... Wir brauchen eine Gesamtreform des Ehrenschutzrechtes...*

Edzard Schmidt-Jortzig, Bundesjustizminister (FDP): *Wer sich zu diesem Staat bekennt, der muß sich auch zu dessen Verteidigungskräften bekennen... Das ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Politik...*

Volker Rühe, Kriegsminister (CDU): *Dieses Parlament muß verdammt noch mal die Soldaten auch schützen...*

Wolfgang Freiherr von Stetten (CDU/CSU): *Wir von der CDU/CSU haben sehr ernsthaft über die Möglichkeit der Aufnahme der Polizei zusätzlich zu den Soldaten nachgedacht...*

Klaus Rose (CDU/CSU): *Wir sollten uns wirklich in die Seelen der Soldaten hineindenken...*

Die Ehre der deutschen Soldaten muß geschützt werden, weil erstens die Ehre der Güter höchstes ist und nicht etwa das Leben oder die Freiheit, zweitens unsere, unsere, unsere Soldaten sonst unsere Position möglicherweise nicht mit der Waffe in der Hand verteidigen. Weil »wir« widrigenfalls politikunfähig würden, steht im Mittelpunkt unserer Politik der Soldat, und ab morgen direkt neben dem Polizisten, der die Verletzer der Soldatenehre ergreift und ihrer Strafe (bis zu drei Jahre Haft) zuführt.

Acht Tage vor dieser Debatte hatte Rühes Staatssekretärin Michaela Geiger im Bundestag jeden Zweifel beseitigt, wo die Ehre der deutschen Soldaten ihre Wurzeln hat: »Was die Kriegsgeneration an Beispielen militärischer Tüchtigkeit, Tapferkeit, Opfermut und Kameradschaft erbracht hat, das gehört auch zum unbestrittenen Erbe der deutschen Militärgeschichte.« Bis heute weigert sich die Bundesregierung, die Deserteure dieser tüchtigen Kameradschaft zu rehabilitieren. Weil das Ritterkreuz trotz der »Trendwende«, dem »Umdenken«, und der »Kraftanstrengung zugunsten der

Bundeswehr« (Wehrbeauftragte Claire Marienfeld) doch noch nicht wieder verehrt werden kann, wird Rühe den Teilnehmern am jüngsten deutschen Balkankrieg eine »Ehrenmedaille« verleihen. Soweit die regierende Mehrheit. Nun aber die demokratische Opposition, die den »Ehrenschutz« radikal ablehnt:

Otto Schily (SPD): *Herr Minister Rühe, ich will vorweg sagen, daß ich Ihr Engagement für die Bundeswehr und ihren Ehrenschutz zu würdigen weiß...*

Günter Verheugen (SPD): *Die Ehre des Soldaten in unserer Zeit ist selbstverständlich schutzwürdig und schutzbedürftig... Ich glaube schon, daß der Beruf des Soldaten in unserer Zeit ein besonderes Ethos hat... Dieses soldatische Ethos ist schutzwürdig... Wir haben eine Armee, auf die wir alle gemeinsam stolz sein können... Unsere Bundeswehr braucht sich nicht zu verstecken...*

Angelika Beer (Bündnis 90/Die Grünen): *Eine pauschale Diffamierung von Bundeswehrsoldaten, insbesondere von Individuen, lehnt meine Fraktion eindeutig ab...*

Herta Däubler-Gmelin (SPD): *Wir alle sind stolz auf die Bundeswehr...*

Und schließlich der Höhepunkt der Debatte über die polizeistaatliche Sicherung auswärtiger Militärpolitik, ein Pas de deux zwischen einem Minister und einem gefürchteten Oppositionsführer:

Schmidt-Jortzig: *Lieber Herr Fischer, gestern haben wir das schöne Wort gehört: Sie sind zwei Zentner fleischgewordene Selbstgefälligkeit.*

Joseph Fischer (Frankfurt): *Wo bleibt der Ehrenschutz der Dicken, mein Lieber.Das sage ich auch im Namen des Bundeskanzlers.*

Schmidt-Jortzig: *Machen Sie eine Abmagerungskur, dann sind Sie möglicherweise besser dran.*

Joseph Fischer: *Solche Hägerlinge wie Sie und der Westerwelle werden hier als neuer Typus aufgebaut.*

Schmidt-Jortzig: *Ich bestätige Ihnen gern, daß in Ihrem Fall nur das Gewicht das Format ausmacht.*

Joseph Fischer: *Das gilt auch für den Bundeskanzler!*

Gerhard Zwerenz (PDS): *Das ist doch ein Zentner juristische Luft!*

Joseph Fischer: *Das war sehr gut! Haben Sie es gehört: ein Zentner juristische Luft!... Mager, mager!*

Schmidt-Jorzig: *Hören Sie erst einmal zu, und versuchen Sie dann, bei Ihrer nächsten Abmagerungskur, erfolgreicher zu sein.*

Man sieht, wie schwer es einem gemacht wird, das Wort vom parlamentarischen Kretinismus in polemischer Absicht zu gebrauchen; vor diesem Gipfel deutschen Abdominalhumors wird es zum *understatement*. Alle, bis auf die PDS, haben den Kampfeinsatz (früher sagte man Krieg) deutscher Soldaten im zerschlagenen Jugoslawien gebilligt. Sie haben gebilligt, daß Krieg wieder die Fortsetzung auch deutscher Politik mit anderen Mitteln ist. Sie können dem deutschen Landser, der da totschießt, nicht das Ehrenzeichen verweigern. Und den Schutz der Soldatenehre durch die Polizei auch nicht.

Aber wer schützt die Polizei? Freiherr von Stetten und seine CDU/CSU-Fraktion hatten sie schon in den militärischen Ehrenschutz aufnehmen wollen – die Stimmung war noch nicht danach. Erst mußten wieder die Serben – diesmal als Kurden verkleidet – einen Völkermord an friedlichen deutschen Polizisten begehen, bevor die »Bild-Zeitung« ihren abgeordneten Lesern per Schlagzeile den Befehl erteilen konnte: »Schützt endlich unsere Polizei!« Sie werden es tun. Wir sind alle gemeinsam stolz auf die Polizei.

Konkret 04/96, S. 10

Herrschaftszeiten

Sozialismus, demokratisch

Was ist und zu welchem Ende gibt es Sozialdemokratie? Damit man sich das nicht selber ausdenken muß, erklärt es der »Verteidigungsexperte« der SPD, Peter Zumkley, im Interview mit der »Hamburger Morgenpost«:

Mopo: Der Streit um das neue Kampfflugzeug der Bundeswehr, den Eurofighter,ist neu entbrannt. Es geht wie-der einmal ums Geld. Was will Verteidigungsminister Rühe?

Zumkley: Er will nun statt der bisher besprochenen 140 Maschinen 180. Und da spielen wir noch nicht mit.

Mopo: Warum sagt die SPD erst einmal nein?

Zumkley: Wir wollen zunächst einmal das neue Luftverteidigungskonzept kennen. Erst wenn wir wissen, wie Deutschland in der sich veränderten Welt gegen wen auf welche Weise verteidigt werden soll, dann können wir uns auch über die Waffensysteme unterhalten. Allein die Zielsetzung, mit Rüstungsaufträgen Beschäftigung zu sichern, reicht für die SPD nicht aus. Es muß erstens alles mit Steuergeldern bezahlt werden, und zweitens muß es auch einen Sinn machen.

Mopo: Wenn das Luftverteidigungskonzept aber den Vorstellungen der SPD entsprechen sollte, wie entscheiden Sie dann?

Zumkley: Unterstellt, es paßt in unsere verteidigungspolitischen Vorstellungen, dann werden wir mit Sicherheit darauf achten, daß beim Bau des Eurofighters im europäischen Maßstab ein großer Beschäftigungs- und Fertigungsanteil auf Deutschland entfällt. Davon würde dann auch Hamburg profitieren.

Neue Waffen? Noch nicht. Erst wenn. Aber dann.

Alternative, grün

Was aber sind und zu welchem Ende gibt es die Grünen? Damit auch diese Frage keine weitere Arbeit macht, hat die Grün-Alternative Liste (so heißt der Verein in Hamburg) einen Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Eingangstores der ehemaligen Graf-Goltz-Kaserne in Wandsbek ausgeschrieben, das symbolisch die Besetzung Warschaus und den Einmarsch der Wehrmacht in Prag zeigt. Die GAL erwartet Ideen für eine künstlerische Kommentierung des Tores. Ausgelobte Preisgelder: 2.000 Mark. Einsendeschluß für die Bewältigung der Vergangenheit durch Kunstgewerbe: 8. Mai. Sie lassen nichts aus.

Vorwärts und vergessen

Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1981:

Seit Beginn der Industrialisierung werden die sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vom Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt.

Entwurf für ein Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1996:

Zum Teil gegensätzliche Interessen können nicht aufgehoben, aber auf demokratische und soziale Weise friedlich ausgetragen werden. Dies gilt für den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, den wir mit der Bereitschaft zur Kooperation austragen wollen.

Zehn kleine Negerlein

Daß die Grünen trotz ihrer Bekehrung zur Nato, zur Kriegführung der Bundeswehr, zu Atomwaffen, zum Sozialabbau, zu den Sudetendeutschen, zum Flugplatzbau und zum Hochsicherheitstrakt sich grundsätzlich von den anderen Parteien unterscheiden, garantiert ihr prinzipielles Nein zur Gen-Manipulation. Bis morgen früh. Gestern abend hat der forschungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Manuel Kiper, seine Partei aufgefordert, »die Erfolge der Gentechnik nicht länger zu verteufeln«. Die Partei müsse ihre »ideologisch motivierte« Position räumen.

Heiliger Krieg

Was man – hinterher – doch plötzlich alles zu lesen kriegt, sogar in der »Frankfurter Allgemeinen«: daß die Regierung Izetbegovic »islamische Söldner aus verschiedenen Staaten« gegen die bosnischen Serben angeheuert hatte, darunter vor

allem iranische; daß es gegen die Serben eine »Dreiecksbeziehung Washington-Sarajevo-Teheran« gegeben habe, die »nunmehr« (nach Dayton) »unmöglich« geworden sei; daß in dem von den Ifor-Truppen nahe der mittelbosnischen Stadt Fojnica ausgehobenen iranischen »Ausbildungslager für Terroristen ... Waffen, getarnte Sprengsätze, Propagandaschriften aus Iran« gefunden wurden; daß die bosnische Regierung versucht habe, »den Vorfall herunterzuspielen«, indem sie »das Lager als Ausbildungszentrum für Spezialeinheiten der bosnischen Polizei« bezeichnet habe (wofür allerdings spricht, daß die gefundenen Sprengsätze als Kinderspielzeug getarnt waren). Sogar die deutschfeindliche, serbenfreundliche »New York Times« wird nun mit der Nachricht zitiert, daß bosnische Soldaten im Iran ausgebildet würden. Zwischenüberschrift der »FAZ«: »Der Schatten von Hamas trifft auch Sarajevo.« Ein Krieg ist gewonnen, die Propagandakompanie hat einen neuen Marschbefehl. (Wenn Izetbegovic sich nicht von den Iranern trennt, dauert es kein halbes Jahr mehr, bis auch die »FAZ« wird melden müssen, daß die beiden Bombenmassaker auf Sarajevos Straßen nicht von den Serben, sondern tatsächlich von den Muslimen veranstaltet worden waren.)

Was zusammengehört

Jüngste Allensbach-Erhebung in Ost- und Westdeutschland, welche Freiheit den Befragten »persönlich sehr wichtig« sei.

Meinungsfreiheit: West 82, Ost 64 Prozent. Reisefreiheit: West 61, Ost 43 Prozent. Religionsfreiheit: West 41, Ost 16 Prozent. Die persönlich wichtigste Freiheit Ost: Freiheit von finanziellen Risiken bei Krankheit; West: Meinungsfreiheit. Kommentar der Demoskopie-Interpretin Dr. Renate Köcher: Die Ossis seien »der Freiheit entwöhnt«, »Sicherheitsstreben und egalitäre Tendenzen unterminieren die Wertschätzung des Freiheitsideals«, für das die Freiheit immer die Freiheit des mittellosen Kranken von ärztlicher Behandlung ist.

Im Sonder

Ihre preiswertesten PR-Agenten findet die neue Weltordnung in den Billiglohngebieten des Ostens. Doch wie südlich, nördlich und westlich ist Kostenloses auch östlich nur selten köstlich. Zum Beweis nennt der ehemalige polnische Premier Tadeusz Mazowiecki, der als Sonderberichterstatter der Uno die *public relations* für die Nato-Bombardements vorbereitet hatte, zwei Gründe für die Flucht der Serben aus Sarajevo:

Was jetzt passiert, ist vor allem eine Folge des propagandistischen Drucks der bosnischen Serben und zeigt deren Angst vor Rache.

Die Lüge und ihr Dementi in einem Satz. Die Dr. Goebbels-Medaille für Volksaufklärung 1996 aber geht an Mazowiecki vorbei direkt an die »Frankfurter Allgemeine«, für ihre Überschrift zum gleichen Thema:

Ethnische Säuberung – von Serben über Serben gebracht

Man sieht, wie wichtig es war, daß die Nato ihnen zuvorgekommen ist, sonst hätten die Serben die Serben bombardiert. Den Preis muß sich die »FAZ« freilich teilen: mit dem Münchner CSU-Vorsitzenden Peter Gauweiler. 1988 hatte Oskar Lafontaine gesagt:

Ich habe gewisse Probleme mit der Überbetonung unserer Verpflichtung, Deutschstämmige in der vierten, fünften Generation aus osteuropäischen Ländern aufzunehmen und dies als vorrangig zu erkennen gegenüber etwa einem Farbigen, der aus Afrika kommt und dessen existenzielle Bedrohung größer ist.

1996 macht Gauweiler in der »Bild-Zeitung« daraus dieses Lafontaine-»Zitat«:

Jeder Asylbewerber aus Schwarzafrika ist mir lieber als ein Rußlanddeutscher.

Arbeitsfront 1

Arbeitslose, die nicht mehr »vermittelbar« seien, sollen nach Meinung des Hamburger Bürgermeisters Henning Voscherau (SPD) künftig als Zwangsarbeiter rekrutiert werden: »Ich glaube, die Gesellschaft hat die Pflicht, die ungetane Arbeit im Stadtpark oder auf dem Hauptbahnhof oder am Hansaplatz oder in der S-Bahn zu organisieren und diesen Menschen ein Transfereinkommen durch ein öffentlich finanziertes sinngebendes Beschäftigungsverhältnis einzuräumen.« Das setze voraus, daß man den Betroffenen »die freie Entscheidung zwischen einem Transfereinkommen ohne Arbeit oder mit sozialversicherungspflichtiger öffentlicher Beschäftigung nicht länger einräumen kann«.

Arbeitsfront 2

In geheimer Abstimmung haben die achthundert Arbeitnehmer des Faserwerks Kehlheim zur Sanierung der Bilanz ihre Wochenarbeitszeit für die nächsten zwei Jahre von 37,5 auf 40 Stunden verlängert – ohne Lohnausgleich.

Arbeitsfront 3

Die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik stiegen in den letzten 15 Jahren um 37 Prozent, in den wichtigsten anderen Industrieländern um durchschnittlich 78 Prozent.

Deutschland, neu

Einfach so, wie das Wetter von morgen, wird gemeldet:

Piacenza, 4. März (dpa) – Verteidigungsminister Rühehat sich am Montag bei einem Besuch der deutschen Luftwaffeneinheiten im norditalienischen Piacenza von der vollen Einsatzbereitschaft der dort stationierten Bundeswehrsoldaten überzeugt. »Wir haben dem Minister vermittelt, daß wir unseren Auftrag ohne Einschränkung durchführen können«, sagte ein Luftwaffensprecher.

Welt, neu

800 Millionen Menschen leben ohne gesicherte Ernährung, 185 Millionen von ihnen sind Kinder.

Schwarze Madonna

Als aber Helmut Kohl, der Höchste der Mächtigsten, dort gewesen war, und nach ihm Rudolf Scharping, der Zweithöchste der Zweitmächtigsten, machten sich Anfang März 1996 auch auf Frau Müller, die Höchste der Bündnisgrünen, und ihre Kollegin Vera Lengsfeld, die war Wollenberg, nach Berlin-Tschenstochau in die Wohnung von Frau Bohley, der heiligen Barbara von den Mattscheiben, zu empfangen deren Segen, auf daß sie gewählet würden, eine jegliche auf ihre Landesliste.

Sozialkunde 1

Konjunktur für Columbusse: Der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Pfeiffer, hat entdeckt, daß der Anstieg der kriminell aufgefallenen Achtzehn- bis Zwanzigjährigen zwischen 1988 und 1995 um 51,5 Prozent »in frappierender Weise« mit den Daten der Sozialstatistik korrespondiere und insbesondere die Jugendkriminalität »eine Art sozialer Fieberkurve« sei.

Sozialkunde 2

Eine siebzigjährige vermummte Frau drang in Grevenbroich bei Neuss in eine Bank ein und legte einen Zettel mit dem Wort »Überfall« auf den Kassenschalter. Mit einem Arm in der Schlinge erweckte sie den Eindruck, sie habe darin eine Waffe versteckt. Mit einer Beute von 1.000 Mark wurde die Rentnerin kurz darauf verhaftet. Sie war unbewaffnet. Wie die Polizei ermittelte, muß die Frau nach Abzug der Miete von 300 Mark im Monat leben.

Sozialkunde 3

In einer Antwort auf eine Anfrage der SPD teilte die Bundesregierung mit, sie könne »keine zunehmende Verarmung und Verelendung von Teilen der deutschen Bevölkerung« erkennen.

Normalisierung

Noch vor dem Lohnniveau werden die fünf neuen Bundesländer das Kriminalitätsniveau der alten – jährlich 8 Delikte auf 100 Einwohner – erreichen. Thüringen, 1994 erst bei 6,4 Straftaten, hat sich 1995 auf 7,4 Delikte pro 100 Thüringer verbessert.

Mitbringsel

Rita Süßmuth in Südafrika, zu Gast bei Erzbischof Tutu, dem Vorsitzenden der »Kommission für Wahrheit und Versöhnung«. Als Gastgeschenk überreicht sie den Bericht der Bonner Enquetekommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, 18 Bände in zwei Schubern. Mit spitzen Fingern nimmt es der Gast entgegen. Der Korrespondent des Berliner »Tagesspiegel« muß es nach Hause melden, ohne doch zu verstehen, warum der Erzbischof von der Gabe nicht beglückt war: Die Leute, die von der Bonner Enquetekommission aufgearbeitet wurden, waren vierzig Jahre lang die einzig wirkungsvolle deutsche Hilfe für Tutu, Mandela und die verfolgten schwarzen Südafrikaner gewesen, während die Deutschen, die die Aufarbeitung besorgten, Mandela einen Terroristen genannt und die Weißen für ihre Jagd auf die Schwarzen mit deutschen Waffen versorgt hatten. Der Bericht der Enquetekommission ist ein Fahndungsbuch, das fast alle deutschen Freunde des ANC aufführt. Soviel immerhin hat sogar der Korrespondent des »Tagesspiegel« gemerkt: »Ein

Geschenk kommt nicht gut an.« Frau Süßmuth fiel wie immer gar nichts auf.

Kruzifixnocheinmal

Wenn sie ganz narrisch werden, kommt es, daß sogar katholische Glaubenskrieger die Wahrheit sagen, wie hier Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber:

Das Kreuz ist ein Symbol für die abendländische Kultur und ihre Wertvorstellungen.

Genau.

De profundis

Der Börsenverein des deutschen Buchhandels und der Preisredner Roman Herzog haben mit der Verleihung des Friedenspreises an die Islamistin Schimmel manchem guten Deutschen eine Freude gemacht – auch dem schwarz-braunen »Deutschland-Magazin« und einem seiner treuesten Leser, einem alten Marinerichter:

Sehr wirkungsvoll haben Sie die Rolle des Bundespräsidenten Roman Herzog herausgehoben, der mit seiner Rede den ganzen Spuk der Schimmel-Geg-ner vom Tisch gewischt hat. Herzlichen Glückwunsch und weiterhin Glück und Erfolg!

Prof. Dr. Hans Filbinger, Ministerpräsident a.D.

Und auf ein frohes Wiedersehen bei der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises für Literatur 1996 an den deutschen Dichter Rathenow.

Rätsel

Was ist »die schlimmste staatlich geregelte Tötungsmaschine aller Zeiten«?

Das ist, nach Ansicht des CSU-Bundestagsabgeordneten Norbert Geis, keineswegs die »Endlösung der Judenfrage«, sondern die Regelung des Abtreibungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland.

Ifor

Das Anti-Folter-Komitee des Europarats hat einen Bericht vorgelegt, wonach in den Zellen der spanischen Polizei und der »Guardia Civil« auch zwanzig Jahre nach dem Tod Francos mit Elektroschocks, Betäubungsgas und über den Kopf gestülpten Plastiktüten gefoltert wird. Die spanischen Natosoldaten, die im ehemaligen Jugoslawien die Menschenrechte erkämpfen, würden daheim dringend gebraucht, wenn nicht zu befürchten wäre, daß sie die Folterbilanz nur verschlimmern würden.

Deutsche Paare 1: »Gemeinsam mit Sozialministerin Regine Hildebrandt, links, läßt sich Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin gegen >freche Früchtchen< für eine gute Sache aufwie-gen. Die beiden Politiker brachten gemeinsam 120 Kilogramm auf die Waage, genau so viele >freche Früchtchen<, eine neue brandenburgische Kuchenspezialität, werden an zwei Kinderheime in diesem Bundesland verteilt« (AP-Bildtext).

Wie gelang es den Nazis, aus 7 Millionen Arbeitslosen 7 Millionen Überbeschäftigte zu machen? Indem sie die Beschäftigten zu über 7 Millionen potentiellen und später faktisch über 5 Millionen Toten machten.

Jürgen Kuczynski

Deutsche Paare 2: »Als Präfekt der Römischen Kongregation für die Glaubenslehre hat Kardinal Joseph Ratzinger heute seinen Amtssitz in Rom. Bevor er zu diesem Amt in den fernen Vatikan zog, war er Erzbischof von München und Freising. Dem bayrischen Volk blieb er jedoch auch nach seiner Ernennung zum Kurienkardinal immer besonders verbunden, wie der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber in seiner Laudatio hervorhob, als er Kardinal Ratzinger den Maximilianorden, die höchste Auszeichnung, die der Freistaat zu vergeben hat, überreichte. Der bayrische Maximilianorden wird für herausragende künstlerische oder wissenschaftliche Leistungen verliehen«

(amw-Bildtext).

Machen wir uns nichts vor: In Wirklichkeit haben wir schon mehr als sechs Millionen Arbeitslose.

Otto Graf Lambsdorff

Wir müssen die Krise jetzt nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif.

Tyll Necker, Bundesverband der Deutschen Industrie

Deutsche Paare 3: »Alice Schwarzer freut sich über das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (für >Verdienste um Volk und Staat< – Red.), das ihr der Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes (r.) am 26.1.96 in einer Feierstunde in Köln überreicht hat. Die 53 Jahre alte Herausgeberin der feministischen Zeitschrift >Emma< setze sich seit über zwanzig Jahren als Journalistin und Autorin dafür ein, daß Emanzipation und Gleichberechtigung in der Öffentlichkeit diskutiert würden, hieß es in der Laudatio« (dpa-Bildtext).

Konkret 04/96, S. 14

Otto Köhler

SS bei Humboldt

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Berliner Humboldt-Universität ist wieder sauber. Ein Verdienst des SS-Sturmbannführers Wilhelm Krelle

Die alte Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin verfügte einst über eine glänzende wirtschaftswissenschaftliche Tradition. Mitten im Ersten Weltkrieg machte sie den Oberstleutnant Max Bauer zum Ehrendoktor der Philosophie. Der Oberstleutnant hielt in der Obersten Heeresleitung als Vordenker von Hindenburg und Ludendorff den lukrativen Kontakt zu Krupp (wg. Geschütze) und Bayer (wg. Giftgas). Der Dr. phil ehrenhalber galt Bauers speziellen Verdiensten bei der Entwicklung der Dicken Berta, jenes menschenvertilgenden 42cm-Geschützes, mit dem 1914 auch die Befestigungen im neutralen Belgien zerstört und überrollt wurden. Nach dem Krieg beteiligte sich der Ehrendoktor der Philosophie, der auch mit Schriften über den »Gaskampf« und über den »Irrwahn des Verständigungsfriedens« wissenschaftlich reüssierte, am Kapp-Putsch, hielt Kontakt zu den Mordbrigaden der Freikorps und endete 1929 in Shanghai als Militär- und Wirtschaftsberater des Generals Tschiang-Kai-Tschek.

An der – nach 1945 von den Kommunisten umbenannten – Humboldt-Universität weist heute der Weg wieder zurück zur kaiserlichen Universität. »Ziel des Neuaufbaus« sei es – so unterstrich der Bonner Emeritus für Wirtschaftswissenschaft und Ökonometrie Wilhelm Krelle anläßlich der Neueröffnung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der eroberten Ostberliner Hochschule – einen »der alten Traditionder Friedrich-Wilhelm-Universität« würdigen Fachbereich zu schaffen. Das ist gerade auch mit seiner Hilfe gelungen. Weshalb nun auch den Mann aus dem Westen der Berliner Ehrendoktor ereilte, den er verdient, nämlich der erste, den die Humboldt-Universität in der frischgewonnenen Freiheit von Lehre und Forschung vergab: Wilhelm Krelle bekam ihn während eines würdigen Festakts, an dem fast alle Lehrkräfte der Fakultät, die Universitätspräsidentin Marlis Dürkop und sogar ein paar allerdings nicht völlig disziplinierte Studenten teilnahmen. »Herr Krelle, Sie werden die Galionsfigur unseres Schiffes Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin auf unserer Odyssee durch die Zeit sein«, rief wahrheitsgemäß der gleichfalls aus Bonn importierte Kollege Horst Albach dem Ausgezeichneten zu.

Das sitzt – wie alles, was Krelles Freund Albach sagt. Und davon kommt die Fakultät, ja die ganze neugestaltete Universität so leicht nicht mehr herunter. Denn Krelle ist nicht nur eine Galions-, er ist auch eine Kämpfernatur. Als er 70 wurde, erläuterte der Freund und Kollege Ernst Helmstädter ihm, wie er wurde, was er heute noch ist: »... und da waren zehn Jahre Wehrdienst, und ich glaube, daß dies auch ein Lehrdienst war, der Dich dauerhaft geprägt hat. Dein diszipliniertes und effektives Arbeiten, Dein nicht ermüdender Arbeitseinsatz, haben sie nicht ihre Wurzel in diesem Lehrdienst?«

Unbestreitbar. Dieser Lehrdienst begann 1935 (Neuanfänge haben Krelle schon vom frühesten Mannesalter an gereizt) bei der soeben von Hitler aus der Reichswehr neugegründeten Wehrmacht und endete zehn Jahre später – gezwungenermaßen – mit der Gefangennahme des SS-Sturmbannführers Wilhelm Krelle, stellvertretender Kommandeur der 17. SS-Panzer-Grenadier-Division »Götz von Berlichingen«. Kommissarisch war er sogar deren Chef, als er am 26. März 1945 dem gefallenen Divisionsführer, dem SS-Standartenführer Klingenberg, dem »glühenden, fanatischen Vertreter der Idee unseres Führers«, in die kalte Hand gelobte: »Wir wollen in seinem Sinne weiterkämpfen und arbeiten und das vollenden, für das er starb: unser Großdeutsches, Großgermanisches Reich.«

Damals hatte der gerade 28jährige Sturmbannführer sicher noch nicht daran gedacht, daß sein Kampf es 46 Jahre später mit sich bringen würde, eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät von rotem Unrat zu säubern. Am 3. April 1991 schickte der emeritierte Prof. Dr. Wilhelm Krelle aus Bonn ein Fax an die Ostberliner Humboldt-Universität, mit dem er kraft welchen Rechtes auch immer die »Struktur- und Berufungskommission zum Neuaufbau des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität« zu ihrer ersten Sitzung einberief. SBK – wie die Kommission sich abkürzte – war das Einsatzkommando zur westdeutschen Landnahme an der Humboldt-Universität. Zum engsten Duz-Kreis in der Kommission gehörten Krelles Schüler Martin Hellwig aus Basel und sein Freund Jaako Honko aus Helsinki. Mit der SBK, zu der auch einige Nickelemente der alten Humboldt-Universität gehörten, wurde der bestehende Fachbereichsrat aufgerollt und später durch ein Westberliner Gesetz solange kaltgestellt, bis er mehrheitlich aus neuberufenen Professoren bestand. Ein vielfach bezeugter Kampfruf, den Krelle inzwischen bestreitet, sprach sich schnell herum: »Kein Marxist soll seinen Fuß über die Schwelle dieses Hauses setzen, solange ich hier bin!«

Jetzt, da der Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes, allerdings ohne Eichenlaub und Schwerter, wieder weg ist, kann der Erfolg gewürdigt werden: Keiner der verbliebenen Professoren würde es wagen, sich als Marxist zu bezeichnen. Das würde auch schon rein quantitativ Schwierigkeiten bereiten. Denn von einst 180 Lehrkräften, die die Fakultät 1989 hatte, sind heute 20 übriggeblieben. Davon scheiden demnächst weitere zehn aus, darunter auch Überhang-Professoren – wie man die wertlosen Ossis nennt. Es stören eigentlich nur noch die Studenten.

Gesiegt hat die Seilschaft Krelle: seine Schüler, Freunde und Anhänger. Er ist der deutsche Papst der Ökonometrie, einer Wirtschaftswissenschaft, die deshalb unfehlbar ist, weil sie auf mathematischen Formeln beruht und der Mensch in ihr nichts gilt. Nur ein hoher amerikanischer Gast, der 1928 in Berlin promoviert hatte und letztes Jahr seine Goldene Promotionsurkunde überreicht bekam, der 88jährige Professor Wassily Leontief, konnte es sich leisten, bei dieser Gelegenheit milden Spott über den Geist der neuen Fakultät zu gießen. »In der Vergangenheit«, sagte er, nachdem Krelles Säuberungsauftrag beendet und der Ex-Sturmbannführer in den Bonner Ruhestand zurückgekehrt war, »gab es Mathematiker, die nicht gut genug waren, um eine mathematische Karierre zu machen«. Wer dem Amerikaner gesteckt hat, daß sich Krelle in seinen Übungen schon mal verrechnete, war bisher nicht herauszufinden, es verlangt aber eine harte und gerechte Strafe. Leontief jedenfalls fuhr fort: »So gingen sie in die Nationalökonomie und haben dort ihre Mathematik betrieben, ohne die nationalökonomischen Grundprobleme gut zu kennen.« Was gut ist, zählt für Krelle nicht. Es ist ihm zu wenig. Die Fakultät, die er mit entschlossener Hand aufbaute, soll eine Fachschaft der Besten, eine Elite-Fakultät sein.

Der allerbeste aus der Seilschaft, die Krelle in Berlin zurückgelassen hat, ist – unbezweifelbar – sein Freund und Bonner Kollege Horst Albach. Der hat sich in den herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Kreisen einen hervorragenden Namen gemacht, als er 1980 einen tiefen Sprung aus der betriebswirtschaftlichen Theorie in die Praxis wagte. Das unter seinem damaligen Leiter Wolfgang Schröder allseits auch finanziell zugängliche ZDF-Wirtschaftsmagazin »Wiso« hatte dem BP-Chef Buddenberg Gelegenheit zu einem Aufklärungs-und-Propaganda-Auftritt gegeben. Buddenberg versprach jedem 100.000 Mark, der seinem Ölkonzern Preistreiberei nachweise. Als Schiedsrichter stellte sich Albach zur Verfügung. Man hatte ihm Einblick in alle Bücher versprochen. Und siehe, heraus kam: Der Jahresgewinn der Deutschen BP sei »nicht unangemessen hoch gewesen«. Und: »Wir haben der Deutschen BP keine Preistreibereien nachweisen können.«

BP ist die Abkürzung von British Petroleum, und – das mußte der Professor schließlich eingestehen – die Rohölkosten, soweit sie in London entstanden waren, hatte er nicht nachprüfen können. Albach: »Ich habe angenommen in der Gewißheit, auch in London nachprüfen zu können.« Dort habe man ihn zwar nicht an die Bücher gelassen, ihm jedoch »glaubwürdig versichert«, daß die Zahlen stimmen. Solche Dash-Wissenschaft glänzt jetzt – nachdem der Sturmbannführer Platz geschaffen hat – an der Humboldt-Universität, und da ist für andere, weniger glanzvolle, kein Platz mehr.

Das weiß inbesondere der von Krelle aus Westberlin importierte jetzige Dekan der Fakultät, Wulff Plinke, dem, wenn es um die Sache der einzig richtigen Wissenschaft geht, auch einfachste Höflichkeitsformen zuwider sind. Da gab es an der Fakultät mal einen 1991 emeritierten Professor für Demographie, Parviz Khalatbari, der nach seiner Emeritierung drei Jahre lang eine von den Studenten gut besuchte Studium-Generale-Vorlesung mit einem freilich völlig unpassenden Titel gehalten hat. Das ging so nicht weiter. Obwohl der damals 69jährige – schon zu DDR-Zeiten ein unangepaßter und mutiger Wissenschaftler von hoher internationaler Reputation – seine Vorlesung unentgeltlich angeboten hatte, sagte der Dekan im November 1994 ab. Plinke brüsk: »Wie aus Ihrem Schreiben hervorgeht, ist Ihnen ja bekannt, daß im Namen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät nur lehren kann, wer einen Lehrauftrag der Fakultät hat ... Ihr Antrag auf Erteilung eines Lehrauftrags für die Vorlesung ›Politische Ökonomie der Unterentwicklung‹ wurde von der Fakultät nicht unterstützt, da diese Vorlesung nicht in das Ausbildungskonzept der Fakultät paßt und damit kein Bedarf für diese Vorlesung besteht.«

Der Bedarf bestand nicht, weil Khalatbari die Unterwerfung unter die neuen Herren verweigerte. Die Fakultäts-Studentenzeitung »Hermes«: »Eine Hoffnung gab es noch für die Durchführung der Veranstaltung. Dem Emeritus, dem man schon einmal, 1993, entgegen der Tradition noch nicht mal einen Raum für Diskussionen zur Verfügung stellen wollte, wurde bedeutet, er solle doch das *erste* Wort aus dem Titel entfernen, dann würde der Bedarf schon kommen. Khalatbari lehnte ab.«

Dekan Plinke, der eine Lehre bei der Deutschen Bank gemacht hat, beeindruckt auch sonst die ostdeutschen Studenten durch stupendes Fachwissen. Als sie bei der Planung für den Aufbau einer »Ludwig-Erhard-Gedächtnisbibliothek« an der Fakultät sich zu fragen unterstanden, warum man diese Bibliothek nicht nach einem hervorragenden ostdeutschen Wirtschaftswissenschaftler benennen wolle, etwa nach Friedrich Behrens, sprach der Herr aus Westberlin: Ein Zentralverwaltungswissenschaftler käme wohl nicht in Frage. Gut gegeben. Behrens, das wissen die Studenten, wurde von der SED aus Lehramt und Universität vertrieben, weil er für eine selbstverwaltete Organisation der sozialistischen Wirtschaft eintrat.

Allerdings, wissenschaftlicher Pluralismus ist der Fakultät nicht völlig fremd. Denn einig ist man sich dort nicht, welcher SS-Tradition der Vorzug zu geben ist: der Waffen-SS, deren Sturmbannführer Ehrendoktor Krelle war, oder der Allgemeinen SS, die es ja schon sehr viel früher gab. So ernannte etwa der von Krelle ebenfalls aus Westberlin importierte Prodekan der Fakultät, Charles B. Blankart, den 1946 in Madrid verstorbenen Johann Heinrich von Stackelberg zum Vorbild der Fakultät. Jedenfalls, so schrieb er im November 95 in der Universitätszeitung, sei von Stackelberg »sicherlich einer der bedeutendsten, wenn nicht der bedeutendste Wirtschaftswissenschaftler, den unsere Universität hervorgebracht hat«. Das kann gut sein. Auszug aus von Stackelbergs eigenhändigem Lebenslauf, den »Hermes« veröffentlichte: »1931, 1. Dezember: Eintritt in die NSDAP. 1932, Januar bis November: Kulturwart meiner Ortsgruppe. 1933, 30. Juni: Eintritt in die SS«. Seine SS hatte der Dozentenschaftsführer (ab Herbst 1933) korrekt mit Runen-Zeichen geschrieben.

Johann Heinrich von Stackelberg, dieses für den Prodekan so bedeutende Vorbild, trat für den »faschistisch-korporativen Markt« ein und sah – heute durchaus zeitgemäß – den Vorteil des faschistischen Staates gegenüber der Demokratie darin, daß jener nicht auf parlamentarische Kompromisse angewiesen ist.

Den Studenten der Humboldt-Universität ist klar: »Reformen und Erneuerung der 1989/1990er Jahre sollen nicht weitergeführt werden.« Das steht in einer Broschüre (*Der Vereinigungsprozeß an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität*), die der Student Christian Müller im Dezember letzten Jahres veröffentlichte. Kurz danach entdeckte er im Bundesarchiv die SS-Vergangenheit des Chefabwicklers seiner Fakultät und veröffentlichte dazu einen Artikel in der linken Tageszeitung »junge Welt«.

In dieser SS-Vergangenheit gibt es allerdings eine noch völlig ungeklärte Frage. Wenige Tage bevor SS-Sturmbannführer Krelle mit seiner Division in Gefangenschaft ging, ereignete sich am 2. Mai 1945 bei Bad Wiessee wieder einmal einen Doppelmord. Knapp elf Jahre zuvor hatten dort Hitlers Schutzstaffeln, die SS, Hitlers Sturmabteilungen, die SA, massakriert. Diesmal waren Zivilisten dran, die ihre Stadt den anrückenden US-Streitkräften friedlich übergeben wollten. Nach langen Auseinandersetzungen hatte zuvor der neue Divisionskommandeur, der SS-Oberführer Bochmann, die Verhandlungen mit der US-Army genehmigt. Doch als die drei deutschen Parlamentäre die Linien passierten, eröffnete die SS das Feuer auf sie. Zwei retteten sich schwerverletzt zu den Amerikanern – einer von ihnen starb. Der Dritte war hinter den deutschen Linien zurückgeblieben und ist seither verschwunden, vermutlich hat ihn die SS verscharrt.

Wilhelm Krelle, als »Ia« der stellvertretende Chef der Division, will – und das ist merkwürdig – davon erst 1967/68 erfahren haben, als ihn die Bonner Polizei »zu diesem Problem mal« vernahm. Das ist schwer vorstellbar. Schließlich hatte er, wie er mir erklärt, damals im Stab beim Divisionskommandeur gesessen. Wie war es möglich, daß er da nichts vom Streit Bochmanns mit den Parlamentären mitbekommen hat, nichts von deren Erschießung? Und warum legt er so großen Wert auf Kompetenzfragen? Jedenfalls sagt er heute: »Ich bin auch nicht der Kommandeur, der für alles verantwortlich ist, sondern ich war da der Gehilfe für Führung und habe da den Truppeneinsatz überlegt und dem Kommandeur vorgeschlagen. Das ist die Aufgabe des ersten Generalstabsoffiziers, ich habe aber keine Personalsachen oder Kriminalsachen gemacht.« Sein Aufgabengebiet als Ia sei das nicht gewesen, sagt er und betont: »Das ist Aufgabengebiet des IIa, Personalsachen und Kriminalsachen zu verfolgen.«

Er hat sich trotzdem, daran erinnert er sich wohl nicht, um solche Sachen gekümmert: Geheim. 17. SS-Pz.Gren.Div., Divisionsgefechtsstand 24.4.45: »Der Herr Oberbefehlshaber West hat folgende Weisungen gegeben, die hiermit befohlen werden: ... Standgerichtsurteile sind grundsätzlich vor versammelter Mannschaft zu vollstrecken ... Für das Divisionskommando. Der 1. Generalstabsoffizier.« Gezeichnet Krelle.

Und die Schüsse auf die Parlamentäre? »Ich kann nicht abstreiten, daß da ein Posten geschossen hat, natürlich nicht, man kann nicht neben jedem Soldaten stehen und aufpassen, was der da macht. Aber wenn das nicht rechtens gewesen ist, das weiß ich natürlich nicht, dann müßte das in dem Verfahrenherausgekommen sein.«

Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, weil keiner von den verhörten SS-Leuten etwas gewußt haben wollte. Vielleicht war die Erschießung der Parlamentäre also doch rechtens, die Mörder sind ja nicht verurteilt worden. Doch wie auch immer, der zweite Mann der Division, der direkt im Stab des Kommandeurs saß, erklärt mir, daß er von all dem nichts mitbekommen hat.

Im übrigen war er auch gar nicht richtig in der Waffen-SS. Er wurde als Major der Wehrmacht, erläutert er mir, gezwungenermaßen der SS überstellt. Und das werde heute ausgenutzt. Krelle: »Ich weiß nicht, ob sie den Hintergrund verstehen. Der Hintergrund ist doch der: die Humboldt-Universität und inbesondere den Fachbereich zu diskreditieren. Und das machen die alten SED-Genossen untereinander aus, die haben ziemlich viel Geld da reingesteckt und einen Studenten noch angeheuert. So sieht doch die Sache in Wirklichkeit aus. Ich kenne einige Namen, aber ich werde keine Namen nennen, weil ich im Augenblick keine Beweise habe.«

Wenige Tage nach diesem Telefongespräch sucht ein Redakteur der »Berliner Zeitung« Krelle in seinem Haus in Bonn auf. Kurz danach bekommt der zur Zeit in London weilende Verfasser der erwähnten Abwicklungsbroschüre, Christian Müller, per Internet in bestem Falschdeutsch, aber korrekt einen Brief von einem Mann, der es in seinem Gewerbe noch weit bringen wird. »Meine Name ist Gabriel Seiberth von der ›Berliner Zeitung‹. Ich recherchiere über die Hintergründe im Fall Krelle.« Der Mann von der »Berliner Zeitung« recherchiert tatsächlich »über« die Hintergründe des Falls Krelle hinweg, nämlich so: »Haben Sie Berlin bewußt unmittelbar nach der Veröffentlichung der ›jungen Welt‹ verlassen? Würden Sie sich selbst als marxistisch bezeichnen, oder stammt der Impetus von B. und Co?« Der Herr wäre »für sofortige Beantwortung« dieser Fragen »sehr dankbar. Sonst ...«

B. – der Name ist im Brief unabgekürzt – hatte in der schönen, anarchischen Zeit von 1989/90 das Fach Umweltökonomie an der Fakultät eingerichtet. Krelle hat ihn abgewickelt. Und jetzt wird denunziert.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 3/96 über eine neue Hitler-Biographie

Konkret 04/96, S. 17

Jürgen Elsässer

Deutschland den Volksdeutschen, Ausländer raus!

Wenn Deutsche aller Couleurs und Odeurs über einen Menschen herfallen, muß der irgendwas Vernünftiges gesagt haben. Wer? Lafontaine. Aber was?

»Hetzpropaganda«, schrien die »Republikaner«, »Pflichtverletzung gegenüber den Angehörigen des eigenen Volkes«, rief Gauweiler von der CSU, »katastrophal« der Metallgewerkschafter Riester, »populistisch« der sozialdemokratische Ostpfaffe Meckel, »demagogisch« der Polizeistaatsminister Kanther, »zynisch« das Präsidium der Liberalen und »zutiefst zynisch« die zutiefst Liberalen vom Bündnis 90/Die Grünen.

Was war geschehen? Der SPD-Vorsitzende Lafontaine hatte verlangt, den Zuzug der sogenannten Auslandsdeutschen erheblich zu begrenzen, und dazu die Rhetorik benutzt, die bei der Abschaffung des Asylrechts so gute Dienste geleistet hatte: Die Integrationsfähigkeit der Inlandsdeutschen sei erschöpft, das Boot voll. Und so war es keineswegs die populistische Demagogie, die das Volk gegen den Redner vereinte, sondern ein Unterton, den er 1988 schon einmal – damals zur Verteidigung des Asylrechts – angeschlagen: daß bei der Aufnahme in die Bundesrepublik einem um sein Leben bangenden Afrikaner Vorrang gebühre vor einem nicht bedrohten Rußlanddeutschen.

Die Nation hatte ihr nationales Thema. Gauweiler ging damit zur »Bild-Zeitung«, die Bündnisgrünen machten damit einen Parteitag. Ursprünglich sollte dort die langweilig-lästige Frage erörtert werden, warum die Bundestagsfraktion den deutschen Kriegseintritt gebilligt hatte, doch nun fanden die Ökoliberalen in Lafontaine einen ungleich dankbareren Serbenführer. Eine »unsägliche Hetzkampagne« erkannte Josef Fischer, der eigens zu diesem Anlaß seine Lederjacke aus dem Schrank geholt hatte, Jürgen Trittin jammerte, Lafontaine wolle eine »Minderheit« zum »Sündenbock« machen, und im Fernsehen demonstrierte der grüne Realo Cem Özdemir seine gelungene Integration in die deutsche Multibetroffenheitskultur: »Ich frage mich, was passiert, wenn das erste Aussiedlerheim brennt.«

Gegenüber den fiktiven Attentaten auf echte Volksdeutsche mußten die realen Anschläge auf Flüchtlinge verblassen. Die Brandkatastrophe von Lübeck spielte auf dem Konvent der Ökopartei ebensowenig eine Rolle wie die Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission oder das Schicksal das von der Polizei zum Tatverdächtigen aufgebauten Safwan E.

Ihre menschenrechtliche Weihe erhielt die Besinnung auf das eigene bedrohte Volk von der »Gesellschaft für bedrohte Völker«, mit deren Hilfe die Grünen das Blutrecht der deutschen Verfassung schon auf Bosnien angewendet und dort die Nation der Muslime entdeckt hatten. »Sozialdemokratische Aussiedlerfeindlichkeit« sei »nicht weniger übel als rechte Ausländerfeindlichkeit«. Von der Demagogie dieser Menschenrechtler, die den Hinweis auf die Benachteiligung von Flüchtlingen und Asylbewerbern gegenüber »Volksdeutschen« als eine Art verbales Mölln denunzieren, kann sogar Lafontaine noch lernen.

Die faktische Aufhebung des Grundrechts auf Asyl im Jahre 1993 hat die Zahl der Asylbewerber radikal gesenkt: 1995 lag sie bei nur noch 128.000 Menschen und damit halb so hoch wie die Zahl der Aussiedler. Wen die Deutschen mögen und wen nicht, lassen sie deutlich spüren: Die doppelt so große Gruppe der Aussiedler erhält das Achtfache dessen, was im Zusammenhang mit den Asylbewerbern von der Regierung aufgewendet wird. Unter verschiedenen Haushaltstiteln wurden für die »Volksdeutschen« im letzten Jahr 3.261 Millionen Mark ausgegeben, während an das »Bundesamt für die Anerkennung von Asylbewerbern« lediglich 464 Millionen Mark überwiesen wurden. Beide Summen enthalten nicht die Beträge, die von den Kreisen und Kommunen an Aussiedler und Asylbewerber verausgabt werden, wozu unter anderem die Sozialhilfe gehört.

Das tatsächliche Mißverhältnis ist allerdings noch krasser: Einerseits profitieren Aussiedler zusätzlich von Rentenzahlungen und bevorzugter Übernahme in das Beamtenverhältnis, was sich in den genannten Summen nicht ausdrückt und für Flüchtlinge unerreichbar ist, weil sie mangels deutschen Blutes – was immer das sein mag – keine Staatsbürger werden können. Andererseits kommen die Flüchtlinge nur in den Genuß des kleinsten Teils der 464 Millionen Mark, die vor allem für ihre polizeiliche und juristische Beaufsichtigung aufgewandt werden. Die Aussiedlern hingegen bekommen den größten Teil der Staatsgelder direkt – so die Eingliederungshilfe (262 Millionen Mark), Ausbildungsbeihilfe (240 Millionen Mark) und die Einrichtungsdarlehen (53,5 Millionen Mark).

150 Millionen Mark läßt sich die Bundesregierung die Förderung der sogenannten deutschen Minderheiten in Mittelosteuropa und der GUS kosten, elf Prozent mehr als im Vorjahr. Davon fließen 93 Millionen in volksdeutsche Siedlungsschwerpunkte nach Rußland. Die Moskauer Regierung konnte zur Zahlung derselben Summe verpflichtet werden, hinzu kommen Aufwendungen deutscher Missionskirchen in unbekannter Höhe. Für die Verteilung der Mittel vor Ort ist übrigens das Bundesinnenministerium zuständig, als ob es sich um bereits annektierte Gebiete handeln würde.

Nachdem die Wiedererrichtung eines »Wolga-Germania« (so anerkennend das Wirtschaftsmagazin »Forbes« 1992) wegen örtlicher Widerstände nicht vom Fleck kommt, konzentriert man sich in Bonn auf zwei deutsche Rayons in Westsibirien (Altai und Omsk). Dort leben mittlerweile bereits 600.000 der insgesamt 800.000 »Rußlanddeutschen«. Kohls Aussiedler-Beauftragter Horst Waffenschmidt schwärmt: »Die Dimensionen dieser Region sind beachtlich. Allein das Altai-Gebiet ist etwa dreiviertel so groß wie Deutschland.« Gegenüber Jelzin habe man schon viel durchgesetzt: »Ab sofort werden die Deutschen Nationalen Rayons in Westsibirien mit ihren Nachbarkreisen, in denen viele Deutsche leben, in ›Deutschen Regionalverbänden‹ gefördert.« Deutschland den Auslandsdeutschen, und Rußland auch.

Die richtige Lösung des Problems aber hat auch Lafontaine nicht vorgeschlagen: Die Streichung des Blutsrecht-Artikels im Grundgesetz und damit die Gleichstellung aller Immigranten. Das würde den ganzen volksdeutschen Zauber diesseits und jenseits des Ural beenden und die völkischen Waffenschmiede vor die Wahl stellen, entweder das Asylrecht wiederherzustellen und großzügigst zu handhaben oder auf den Zuzug ihrer »volksdeutschen«, die russische Marktwirtschaft fliehenden Klientel zu verzichten. Lafontaines Forderung nach Begrenzung des Aussiedlerstroms ist dagegen mit Waffenschmidts Revanchismus durchaus kompatibel: Auch die CDU/CSU sähe die Volksdeutschen lieber außerhalb der Staatsgrenzen.

Wenn der rhetorische Pulverdampf verraucht ist, werden sich die Kontrahenten auf ein Einwanderungsgesetz verständigen, das »Rußlanddeutschen, die während des Zweiten Weltkrieges unter Verfolgung gelitten haben, Vorrang einräumt« (Burkhard Hirsch, FDP), die übrigen als fünfte Kolonne in deutschen Interessengebieten etabliert und die Zahl der Flüchtlinge, denen politisches Asyl gewährt wird, noch einmal senkt. So rächt sich, wenn man statt linkem Antinationalismus rechten Wohlstandschauvinismus betreibt – wie 1990, als Lafontaine mit dem Haushaltsbuch gegen die Wiedervereinigung polemisierte: Stets bereitet das kleinere Übel dem größeren den Weg.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 3/96 über die Attacken der Bundesbank gegen die Europäische Währungsunion

Konkret 04/96, S. 22

Oliver Tolmein

Virtuelle Bedrohung

Wieviel Mühe Staatsschützer und Bundesanwälte sich mit der Konstruktion einer schwarz-roten Gefahr geben, zeigt u.a. die mediale Inszenierung der Verhaftung zweier angeblicher AIZ-Mitglieder

Die Inszenierung war gelungen und wurde in den Medien mit Fotos, Filmberichten und fetten Schlagzeilen angemessen gewürdigt: Eine atemberaubende Verfolgungsjagd, Showdown in einem norddeutschen Dorf, neben den hochgerüsteten Polizeibeamten kommt auch ein Sprengstoffroboter zum Einsatz. Ein gutes halbes Jahr nach dem letzten »großen Schlag« gegen den »linken Terrorismus« können die Fahnder erneut einen respektablen Erfolg vorweisen. »Zum ersten Mal haben Staatsschützer Aktivisten der ›Antiimperialistischen Zelle‹ gefaßt«, freute sich der »Stern«, und auch die »Taz« war sich der Sache des Staatsschutzes so sicher, daß sie auf Seite eins meldete: »AIZ-Mitglieder ... brachten belastendes Material beiseite.«

In der Tat wirkt die Indizienkette, die die Bundesanwaltschaft aufreiht, zunächst beinahe lückenlos: Der rote Passat, mit dem die beiden Verhafteten unterwegs waren, soll bei Ausspähungsaktionen und kurz vor dem Anschlag auf das Haus des peruanischen Honorarkonsuls in Düsseldorf (23. Dezember 95) in dessen Nähe aufgefallen sein. Einige Stunden nach der Detonation, die Sachschaden anrichtete, soll er sich dann in jenem Ort im Landkreis Göttingen befunden haben, in dem das Bekennerschreiben zum Anschlag in einen Briefkasten geworfen worden sein soll. Weiter behaupten die Ermittlungsbehörden, S. und F. bei Berlin beobachtet zu haben, wie sie Schwarzpulver in einem Erddepot lagerten. Die Polizei will den explosiven Stoff ausgetauscht haben. Nachdem die beiden mutmaßlichen AIZ-Mitglieder das Depot geräumt hatten, so die amtliche Version, wurden sie beschattet, konnten ihre Verfolger aber abschütteln und wurden schließlich von zu Hilfe gerufenen schleswig-holsteinischen Beamten gestellt und ohne Gegenwehr verhaftet. Sie hatten keine Waffen bei sich.

Spätestens hier hätten bei auch nur mäßigem Mißtrauen gegenüber dem Staat und seinen Agenturen Fragen aufkommen können: Nicht nur, weil es wenig plausibel klingt, daß die beiden Gesuchten, nachdem sie sich monatelang an Tatorten sowie darum herum – in Großstädten wie auch auf dem Land – haben observieren lassen, nun ausgerechnet auf der Strecke Berlin-Hamburg die Verfolger entdeckt und – wo's doch außer Geraden und ein paar Abfahrten dort nichts gibt – auch noch abgeschüttelt haben sollen. Auch daß die Polizei, obwohl das Schwarzpulver gegen einen harmlosen Stoff ausgetauscht worden sein soll, Sprengstoffroboter einsetzte und eine ganze Ortschaft für mehrere Stunden lahmlegte, erstaunt. Daß der Ersatzstoff nicht im Auto gefunden wurde, paßt auch nicht ganz ins High-Tech-Fahndungsbild. Noch mehr verblüfft, daß er zwei Tage lang überhaupt verschwunden schien, bis ihn die Bundesanwaltschaft (BAW) dann endlich als »wiedergefunden« deklarieren konnte. Derzeit werden zwar Tatmittelvergleiche zwischen dem angeblich von S. und F. versteckten Schwarzpulver und den Substanzen, die bei AIZ-Anschlägen verwendet wurden, angestellt. Die Bundesanwaltschaft bezweifelt aber jetzt schon, daß das »überhaupt Ergebnisse bringen kann«, weil Schwarzpulver sich nicht spezifizieren läßt und Aussagen über seine Herkunft nicht möglich sind.

Ein zweiter Blick auf die Beweisführung der BAW läßt diese als nicht nur punktuell wenig schlüssig erscheinen. Sie kombiniert vielmehr äußerst detaillierte Anschuldigungen mit großzügigen Lücken in wesentlichen Fragen. So will die BAW zwar wissen, wo sich der rote Passat vor und nach der Explosion aufgehalten hat, just zum Tatzeitpunkt scheinen der Wagen und seine Insassen aber außer Kontrolle geraten zu sein. Entweder haben, die Richtigkeit der Bundesanwaltschaftsversion vorausgesetzt, also die Fahnder seelenruhig zugeschaut, wie der Sprengstoff deponiert und gezündet wurde (was sie nicht zugeben können), oder der Wagen wurde nicht direkt observiert, sondern mittels technischer Hilfsmittel überwacht. Diese Version brachte die »Taz« ins Gepräch, die sich mittlerweile rühmen kann, die aus ungenannten Quellen innerhalb der Sicherheitsbehörden bestgefütterte Zeitung zu sein: Ihr linkes Image und ihr Wunsch nach dem guten Staat, der keine Schläge gegen militante Gruppen »vermasselt«, eine brave Opposition aber agieren läßt, machen es möglich, besonders elegant glaubwürdig wirkende Versionen in der Öffentlichkeit zu plazieren. Da alle gerne an die technologische Allmacht von »Big brother« glauben, wirkt die Variante »technische Überwachung« plausibel, entlastet aber vor allem den Apparat von der Notwendigkeit, ansonsten ungelöste Fragen zu klären.

Im übrigen birgt dieses Szenario mehrere Probleme in sich: Erstens erlaubt es keine genauen Aussagen über den jeweiligen Aufenthaltsort der beiden Inhaftierten, weil ja nur der Wagen beobachtet wurde. Zweitens behauptet der Haftbefehl, die beiden hätten sich an drei Wochenenden der Observation entzogen, was unter der Prämisse, daß sie mit einem Peilsender verfolgt wurden, nicht überzeugend ist. Drittens hat bei Bernhard F. und Michael S. schon am 13. Juni 1995 eine Hausdurchsuchung stattgefunden, weil ihnen Kontakte zur bzw. Mitgliedschaft in der AIZ vorgeworfen wurden. Auf der Liste der damals bei S. beschlagnahmten Gegenstände ist u.a. ein Peilsender aufgeführt: Die Polizei hatte den Sender zu früheren Zeiten an seinem Wagen angebracht, S. hatte ihn entdeckt, entfernt und aufbewahrt. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß S. und F. nach dieser Erfahrung versäumt haben sollten, den Wagen, den sie regelmäßig benutzten, wenigstens ab und zu, auf jeden Fall aber vor wichtigen Aktionen oder Treffen, auf neue Sender zu untersuchen.

Aber nicht nur diese Details machen stutzig: Die BAW setzt voraus, daß S. und F. mit geradezu krachender Sorglosigkeit und gegen alle Regeln der Konspirativität vorgegangen sind. Nachdem sie wegen einer militanten Aktion gegen Shell-Tankstellen und der symbolischen Störung einer Bundeswehrfeier zu Bewährungsstrafen verurteilt, außerdem im Zuge der Großrazzia vom 13. Juni 95 (siehe KONKRET 10/95) durchsucht und mit der AIZ in Verbindung gebracht worden waren, sollen sie mit dem eigenen Wagen nicht nur Tatorte ausgespäht haben, sondern auch zur Aktion selbst gefahren sein, um anschließend, immer noch im eigenen Wagen, das Bekennerschreiben bei der Post aufzugeben ...

Die »Spiegel«-Hypothese, die AIZ bestehe aus gerade mal zwei Mitgliedern (den Verhafteten nämlich), erscheint nur plausibel, wenn man die BAW-Version für richtig hält. Diese Hypothese widerspricht allerdings den Annahmen der BAW und mancher Verfassungsschutzämter, die die AIZ zu einer Nachfolgerin der RAF mit ungeheurem Gefährdungspotential aufgebaut haben und seit dem 13. Juni 1995 versuchen, mit einer Vielzahl von 129a-Verfahren zu Ergebnissen zu kommen, die diese Annahmen stützen. Nun erscheint es tatsächlich fraglich, ob es im linksradikalen Spektrum eine Gruppe von nennenswerter Größe geben kann, die sich den islamischen Kriegern in Tschetschenien, Algerien und sonstwo auf der Welt, gleichzeitig aber auch der PKK und Sendero Luminoso verbunden weiß und deswegen vor der Haustür drittklassiger deutscher Politiker Sprengsätze deponiert und detonieren läßt. Dennoch spricht zur Zeit wenig dafür, daß die BAW wirklich viel weiß und Zutreffendes bekannt macht. Der Haftbefehl beispielsweise behauptet, für die Mitgliedschaft von S. in der AIZ spreche, daß die bei ihm aufgefundenen Schriftstücke sich mit den gleichen Themen inhaltlich übereinstimmend befaßten, die auch die AIZ beschäftigten. Am 13. Juni wurden bei S. allerdings nur sieben Broschüren aus dem linken Standardrepertoire beschlagnahmt. Auch die behauptete inhaltliche Nähe der Erklärungen zu den Anti-Shell-Aktionen und den Positionen der AIZ trifft gerade mal insoweit zu, als beide – und das ist wohl der kleinste gemeinsame Nenner fast aller linksradikalen militanten Aktionen – jeweils antiimperialistisch begründet wurden.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Bundesanwaltschaft den staunenden Medien mit scheinbar wasserdichten Beweisen »linke Terroristen« präsentiert, im anschließenden Verfahren aber nur noch wenig mehr gegen die Beschuldigten in der Hand hat als Beweismittel, die vor allem belegen, daß sie Linke und als solche auch Staatsfeinde sind. Erinnert sei hier nur an das großaufgezogene Verfahren gegen Holger D. und Ute H., angebliche Kader aus der Kommandoebene der RAF, denen schließlich nur nachgewiesen werden konnte, daß sie Antiimperialisten waren. Und auch die großangelegte Razzia gegen Linke am 13. Juni letzten Jahres, die erst als »großer Schlag« gefeiert wurde, hat letztlich wenig Greifbares gebracht. Auch das Verfahren gegen vier angebliche Mitarbeiter der Zeitschrift »radikal«, das immerhin anfangs als so bedeutend galt, daß die Beschuldigten trotz fester Arbeitsplätze und Wohnsitze ein halbes Jahr in Untersuchungshaft mußten, schnurrt gegenwärtig eindrucksvoll zusammen: Die vier Beschuldigten wurden entlassen, Anklage gegen sie ist noch nicht erhoben, denn trotz monatelangen großen Lauschangriffs und aufwendiger Observationen hat die BAW so wenig Interessantes gefunden, daß sie das Verfahren jetzt wegen »minderer Bedeutung« an die Generalstaatsanwaltschaft von Rheinland-Pfalz abgegeben hat. Ob deren Anklage dann vom Oberlandesgericht Koblenz wirklich zugelassen wird, ist durchaus offen. Das bis dato letzte große »radikal«-Verfahren endete vor dem Bundesgerichtshof schließlich nicht mit einer Verurteilung wegen 129a, sondern mit Zahlung einer Geldbuße und Einstellung.

Anders als der Bundeskanzler ist die BAW allerdings auch nicht der Meinung, entscheidend sei, was hinten rauskommt – für sie ist oft schon der Weg das Ziel. Und während die vier Hauptbeschuldigten im »radikal«-Verfahren nur noch als Staatsfeinde zweiter Klasse traktiert werden, behandelt die Karlsruher Behörde die Ermittlungen gegen die übrigen Beschuldigten, denen, den bislang bekanntgewordenen Akten zufolge, noch weitaus weniger angelastet werden kann, weiterhin als Chefsache. »Noch nicht ausermittelt«, bescheidet BAW-Pressesprecher Rolf Hannich eine Nachfrage. Und das heißt wohl: Wir behalten uns vor nachzulegen. So wie im Dezember, als erneut Wohnungen durchsucht wurden. So wie im Februar im Fall von S. und F.

Die BAW und ihre Getreuen legen Wert darauf, daß die schwarz-rote Gefahr in der Öffentlichkeit präsent bleibt – als Bedrohungsszenario wie als Aufforderung zum Konformismus. Daher die mediale Inszenierung der Festnahme und der sich daran anschließenden Bekanntgabe und Diskussion angeblicher Fahndungsergebnisse, die mindestens genauso wichtig ist wie die darauf folgende strafprozessuale Prozedur. Daß die Politiker in den Tagen, in denen die AIZ das Topthema der Deutschen sind, vor den Kameras Schlange stehen, um kundzutun, wie bedroht sie persönlich aufgrund ihrer aufrichtigen antitotalitären Haltung gewesen seien, ist der unterhaltsame Teil des politischen Justizspektakels. Wenn die Staatsmänner dann noch, wie Freimut Duve in den »Tagesthemen«, die RAF als seriöse militante Gruppe rehabilitieren, der es noch um Inhalte und nachvollziehbare Ziele gegangen sei, um so die AIZ als noch gefährlicher auszumalen, hilft das dem Nachdenken über das Verhältnis von staatlicher und linksradikaler Politik zwar nur sehr bedingt weiter, ist aber dennoch schön anzuhören.

Allein: Die Strafverfolger können auch anders. Sie sind nicht nur die Herren des Morgengrauens und der Metaebene, sie mühen sich auch immer wieder und immer öfter ernsthaft darum, linke Politik möglichst nachhaltig zu beeinträchtigen. Zwischen großem Erfolg und bitterer Niederlage liegen dabei oftmals nur wenige Schriftsätze. Das Verfahren gegen die Antifa (M) aus Göttingen, an dem die Generalstaatsanwaltschaft in Celle seit Jahren werkelt (siehe KONKRET 10/94), liefert dafür ein beeindruckendes Beispiel: Vier Jahre lang hat das LKA Niedersachsen observiert, abgehört, beschlagnahmt

und verhört. Zig politische Veranstaltungen wurden überwacht, die Verantwortlichen von »Büchertisch-Preislisten« wurden identifiziert und Computerdisketten entschlüsselt. Aus der Fülle der Ergebnisse hat die Generalstaatsanwaltschaft in mühevoller Kleinarbeit eine mehr als 200 Seiten umfassende Anklageschrift erstellt, in der den 17 Angeklagten vorgeworfen wird, gegen mehr als 20 Strafvorschriften, darunter auch die Paragraphen 129 und 129a, verstoßen zu haben. Zur allgemeinen Enttäuschung weigerte sich der 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts Celle, die Anklage in den wichtigsten Punkten zuzulassen. Daß ein Plakat, auf dem u.a. die Ruine des gesprengten Weiterstädter Knastes zu sehen ist, gleich Werbung für eine »terroristische Vereinigung« sein soll, mochte auch der von den Staatsanwälten zu Hilfe geru-fene Bundesgerichtshof nicht einsehen. Immerhin rettete er das Verfahren und ließ wenigstens den Vorwurf, die Antifa (M) bilde eine kriminelle Vereinigung, nach 129 StGB bestehen.

Verhandelt werden soll jetzt vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg. Der genaue Termin steht noch nicht fest, weil die Reithalle, in der die kleine Staatsschutzkammer diesen großen Prozeß durchziehen wollte, zur geplanten Prozeßeröffnung am 8. Mai 1996 (!) nicht bezugsfertig sein wird. Die Verlegung nach Lüneburg ist einerseits eine Abfuhr erster Klasse für die übereifrige Generalstaatsanwaltschaft Celle, kann andererseits den Angeklagten trotzdem und unabhängig vom späteren Ausgang des Prozesses enorm schaden: Angesichts des Umfangs des Verfahrens ist von mindestens einem Jahr Verhandlungsdauer auszugehen, die Angeklagten sollen in dieser Zeit dreimal wöchentlich im etwa 170 Kilometer von ihrem Wohnort entfernten Lüneburg erscheinen. Für Studium, Beruf und politische Arbeit bleibt bei diesem Pensum, das durch Vorbereitung der Verhandlung und Koordination von 17 Angeklagten mit 34 Anwältinnen und Anwälten sich ausweitet, kaum mehr Zeit. Daß der Prozeß zudem viel Geld kosten wird, dürfte den Anklägern zusätzlich gelegen kommen.

Sollte die Anklage wegen Bildung einer »kriminellen Vereinigung« auch nur teilweise durchkommen, könnte sich das, was bislang noch die Züge einer Provinzposse trägt, zur ernsthaften Bedrohung organisierter linker Politik auswachsen. Denn begründet wird der 129-Vorwurf in der Anklageschrift im wesentlichen damit, daß die Antifa (M) politisch aktiv ist und sich dafür einen halbwegs verbindlichen Rahmen geschaffen hat. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Streit zwischen dem Oberlandesgericht Celle auf der einen und dem BGH und der Generalstaatsanwaltschaft auf der anderen Seite darüber, was eine kriminelle Vereinigung nach 129 StGB denn überhaupt sein soll. Das OLG glaubt, daß der Antifa (M), die immer wieder dazu aufrief, sich auf Demos zu vermummen, als Organisation im wesentlichen nur Verstöße gegen das Versammlungsgesetz zur Last zu legen sind. Die öffentliche Sicherheit sei dadurch nur unmaßgeblich beeinträchtigt worden, weil sich die Antifa (M) schließlich als Ordnungsfaktor etabliert habe. Sie habe sich »sogar als in der Lage erwiesen, den ›schwarzen Block‹ als solchen gewaltfrei zu halten«. Der BGH meint dagegen, diese auf faktische Gewaltfreiheit abstellende Sichtweise setze »sich nicht ausreichend mit dem Bekenntnis der AA(M) zur Militanz« auseinander. Die allein durch dieses Bekenntnis gezeigte »verbliebene Gewaltbereitschaft« stelle eine »erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit« dar und rechtfertige die Anklageerhebung wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Damit wird die »kriminelle Vereinigung« als Gesinnungsgemeinschaft behandelt. Und die öffentliche Sicherheit zeigt sich in der Sicht des BGH als so fragil, daß schon die bloße Diskussion eines vagen Konzepts wie ›Militanz‹ ausreicht, sie ernsthaft zu gefährden. Der staatlichen Repression reicht heute, da radikale Opposition ein knappes Gut geworden ist, zur Not auch die virtuelle Bedrohung, um ihre volle Pracht entfalten zu können.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 3/96 über den Rassismus unter deutschen Polizisten

Konkret 04/96, S. 23

Oliver Tolmein

129a-Verfahren

Vor dem Oberlandesgericht Frankfurt/M. läuft der Prozeß gegen Birgit Hogefeld, die u.a. wegen Mordes und mehrfachen versuchten Mordes in Bad Kleinen, wo sie als wahrscheinlich einzige Beteiligte definitiv keine Waffe gezogen hat, zu lebenslanger Haft verurteilt werden soll. Vorerst geplatzt ist das Verfahren gegen Monika Haas vor dem gleichen Senat, weil Frau Haas in der Haft einen Bandscheibenvorfall erlitten hat.

Göttingen entwickelt sich auf der Landkarte der Staatsschützer zu einer besonders bedrohlichen Gegend: Neben der Antifa (M) sind hier auch Castor-Gegnerinnen und -Gegner aktiv, denen nach einer Einkesselungsaktion im Bahnhof ein Prozeß wegen Verstoßes gegen den 129a gemacht werden soll. Noch gefährlicher ist aber die im Jugendzentrum »Juzi« tagende Gruppe »Feuerzangenbowle«, die dem Ermittlungsrichter am BGH Dr. Beyer ein Drohfax geschickt hat. Damit der gute Mann weiß, wo er seine Feinde zu suchen hat, ist auch die Kennung auf dem Fax nicht vergessen worden. Daß eine anonyme Gruppe sich später zur Fax-Versendung bekannt und sie als »mißlungenen Scherz« bezeichnet hat, hindert die Bundesanwaltschaft nicht, auch hier ein 129a-Verfahren gegen Unbekannt zu führen. Drei Vorstandsmitglieder des »Juzi« wurden bereits zu Zeugenaussagen nach Karlsruhe zitiert. Drei weitere Personen wurden vom BKA vorgeladen.

Weiterhin laufen in Darmstadt, Wiesbaden und Frankfurt mehrere Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« gegen Unbekannt und einzelne Personen aus der Szene. Immer geht es dabei um den Anschlag der RAF auf Weiterstadt. Anknüpfungspunkt bilden meistens die Fahrzeuge des VS-Spitzels Steinmetz, die nach dessen Abtauchen in der Szene weiterbenutzt wurden und in denen das BKA bei einer der vielen Hausdurchsuchungen im Rhein-Main-Gebiet Sprengstoffspuren gefunden haben will. Weil diejenigen, die in diesem Verfahren erst als Zeugen, dann gelegentlich als Beschuldigte einbezogen werden, die Aussagen verweigern, wurde gegen vier Leute Beugehaft verhängt; von diesen sitzen noch zwei ein. 23 weiteren droht das gleiche.

Tatsächliche und mutmaßliche PKK-Mitglieder bzw. Sympathisanten bilden im übrigen die größte Gruppe der 129a-Beschuldigten. Mindestens 19 Kurdinnen und Kurden sitzen deswegen in Haft, wobei die Bundesanwaltschaft aus dem Desaster, das sie mit ihrem Großprozeß vor dem OLG Düsseldorf erlebte, gelernt hat: Die neuen Verfahren werden dezentral geführt, was man damit begründet, daß es eine Vielzahl von »terroristischen Vereinigungsstrukturen« innerhalb der PKK geben soll. Auch den meisten inhaftierten Kurdinnen und Kurden legt die Anklage nicht mehr zur Last, als linksoppositionelle Politik betrieben zu haben: Straßenblockaden, Veranstaltungen, Demovorbereitungen – das ist der Stoff, aus dem der neue »Terrorismus« ist.

Konkret 04/96, S. 25

Antirassismus-Büro Bremen

Antifa à la Staatsschutz

Wer in Bremen rassistische Praktiken der Polizei kritisiert, muß mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen

Am Morgen des 17. Januar war Razziazeit für die Bremer Polizei: Mit 40 Beamten und einem veritablen Staatsanwalt wurden zeitgleich das Jugendzentrum, in dem unser Büro untergebracht ist, und zwei Privatwohnungen durchsucht. Begründet wurde der Einsatz mit dem Flugblatt »Gute Reise, Herr Kanther!«, mit dem wir zu einer Demonstration gegen den Besuch des Innenministers in Bremen aufgerufen hatten. Das Flugblatt sei eine »Verunglimpfung von Personen des politischen Lebens« gemäß Paragraph 187a, so Staatsanwalt Picard, und zwar aufgrund folgender Formulierungen: »Wenn es um Massendeportationen geht, sind Manfred Kanther und das von ihm geleitete Bundesinnenministerium wahre Spezialisten« und: »Während im Zuge der größten Abschiebewelle in der Geschichte der BRD diese Menschen (es geht um bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge) in Ruinenlandschaften, verwüstete Dörfer und zerstörte Städte gezwungen werden sollen, werden sich die Schreibtischtäter Kanther und Borttscheller freudig zuprosten.«

Picards geradezu antifaschistischer Kommentar: »Diese Formulierungen enthalten eine üble Nachrede gegen den Bundesinnenminister und den Bremer Innensenator, die im politischen Leben des Volkes stehende Personen sind. Durch die Verwendung der Wörter ›Deportation und Massendeportationen und Schreibtischtäter‹ werden bei Lesern des Flugblattes Assoziationen dahingehend gefördert, das politische Wirken des Bundesinnenministers und des Senators für Inneres sei mit den entsetzlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Täter des Dt. Nationalsozialismus in der Zeit zwischen 1933 und 1945 vergleichbar. Diese Formulierungen sind geeignet, das öffentliche Wirken der Verletzten durch Untergrabung des Vertrauens erheblich zu erschweren.«

Abgesehen von dem ermutigenden Kompliment, unsere Veröffentlichungen könnten Kanthers oder des Bremer Innensenators Wirken erschweren, geht es bei dem Einsatz von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen das Bremer Antirassismus-Büro natürlich darum, einer unterfinanzierten und überarbeiteten Initiative die Arbeit zu erschweren, den Computer und diverse Materialien zu beschlagnahmen und die Initiative zu isolieren.

Im März letzten Jahres brachten wir die Bremer Praxis der Brechmittelvergabe an die Öffentlichkeit. Die Polizei zwingt dabei Verhaftete, z.T. unter Verwendung einer Nasensonde, das Brechmittel Ipecacuanha zu schlucken. Begründet wird das mit dem Vorwurf, die Verdächtigen seien Drogenhändler und hätten (möglicherweise) Kapseln mit Rauschgift geschluckt, um sie im Magen zu verstecken. Innerhalb von 2 Jahren wurde das Brechmittel in 400 Fällen angewandt, fast ausschließlich gegen afrikanische Asylbewerber. Ipecacuanha, dessen Wirkung gesundheitlich bedenklich ist, wird dabei in Kombination mit Abführ- und anderen Brechmitteln verwandt – ein Verfahren, das medizinisch vorher noch nirgends praktiziert wurde. Die Veröffentlichung dieser Tatsachen hatte ein beachtliches Presseecho und führte dazu, daß die Bremer Ärztekammer die Maßnahme als nicht vereinbar mit dem ärztlichen Berufsethos bezeichnete. Auch die Bremer Gesundheitssenatorin lehnte daraufhin die Zwangsvergabe zu Beweiszwecken als nicht vertretbar ab.

Amnesty International unternahm aufgrund unserer Publikation eigene Recherchen und nahm Bremen in den aktuellen Bericht über deutschen Polizeirassismus auf. Obwohl die Brechmitteltortur darin von AI als »grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung« bezeichnet wird, und entgegen der Stellungnahme der Ärztekammer erklärte die Bremer Justizbehörde die Maßnahme für medizinisch unbedenklich, denn über medizinische Bedenken entscheiden in Bremen nicht Mediziner, sondern Staatsanwälte. Ungerührt kündigte sie außerdem an, das Brechmittel weiter anwenden zu wollen. Trotzdem blieb die Kritik nicht ohne Reaktion: »Volksverhetzung«, so die Staatsanwaltschaft, sei die Broschüre *Polizisten, die zum Brechen reizen*, in der wir unsere Recherchen zur Brechmittelvergabe an die Öffentlichkeit gebracht haben. Darin finden sich neben einem juristischen Gutachten fachliche Hinweise auf die medizinischen Folgen und Protokolle von Gesprächen mit Betroffenen sowie eine Analyse des Polizeirassismus in Bremen und der BRD.

Gegen zwei unserer Mitarbeiter erhob die Staatsanwaltschaft Anklage, weil sie diese Broschüre verteilt haben sollen. Tatort soll ausgerechnet eine Podiumsdiskussion über die Brechmittelvergabe der »ÖTV RichterInnen und StaatsanwältInnen« gewesen sein, an der neben dem Antirassismus-Büro Vertreter des Justizsenators und der Staatsanwaltschaft teilnahmen. Unter anderem folgende Passagen sollen der Anklageschrift zufolge die Menschenwürde der Bremer Polizei verletzen: »... mit der Brechmittel-_Behandlung wurde ein Instrumentarium geschaffen, mit dessen Hilfe die Polizei im Fließbandverfahren rassistische Sonderbehandlungen durchführt ...« – »... mit dem sie Menschen schwarzer Hautfarbe inunglaublicher Weise schikanieren und terrorisieren.« – »... daß es nämlich eine Systematik von rassistischer Gewalt, Körperverletzungen und Mißhandlungen durch Polizeibeamte gibt.«

Auch der folgende Passus soll bestraft werden: »Mit dieser Dokumentation gehen wir ein zweites Mal an die Öffentlichkeit, um die rassistischen Polizeipraktiken in Bremen aufzuzeigen. Allein schon die Tatsache, daß seit 1992 eine Fülle von Mißhandlungen auf Bremer Polizeiwachen dokumentiert sind, daß bewiesenermaßen routinemäßig Geld beschlagnahmt und z.T. auch gestohlen wird, daß willkürliche Festnahmen und Platzverweise für bestimmte Gruppen von

MigrantInnen offensichtlich eine alltägliche Bedrohung darstellen, weist darauf hin, daß es sich hier nicht um ›vereinzelte Übergriffe‹ einiger ›schwarzer Schafe‹ innerhalb des Polizeiapparates handelt, sondern diese Polizeipraktiken die Regel sind. Wir haben es hier mit einem strukturellen Rassismus zu tun, durch den MigrantInnen ganz grundsätzlich ins Visier polizeilicher Ermittlungen geraten und einer verschärften und systematischen Repression ausgesetzt werden. Die körperliche Mißhandlung von MigrantInnen stellt dabei lediglich die ›Spitze des Eisbergs‹ dar.«

Dieses Zitat macht klar, daß es nicht um Formulierungsfragen geht, sondern daß eine politische Position aus der öffentlichen Diskussion herausgesäubert werden soll. Dies gilt um so mehr, als sich für alle Vorwürfe handfeste Belege finden lassen. Z.B. für den Diebstahl von Geld: Mitte 1992 wurde Beamten des 3. Polizeireviers vorgeworfen, Afrikaner nicht nur geschlagen, sondern sie auch dazu gezwungen zu haben, Geld in das Sammelschiffchen der »Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger« zu stecken. Ein Journalist recherchierte, daß im fraglichen Jahr im Sammelschiffchen des 3. Reviers 2.730 DM zusammenkamen, während es im Vorjahr nur rund 50 DM gewesen waren. Im bremenweiten Durchschnitt sammelten sich in den 750 Schiffchen jeweils etwa 80 DM an. Der Bremer Polizeipräsident Lüken erklärte sich den hohen Betrag mit Spenden »dankbarer Bürger«.

Daß die Angeklagten die inkriminierte Broschüre tatsächlich verteilten, sollte Kommissar Werner Glemnitz bezeugen, der in der EG 13 tätig ist, der »Ermittlungsgruppe gegen linksextreme und autonome Gewalt«. Diese Sondereinheit innerhalb der Staatsschutzabteilung (K73) beschäftigt sich ausschließlich damit, Verfahren gegen linke Gruppierungen in Bremen zu konstruieren. Doch beim ersten Prozeß erwies sich der nach eigenen Angaben »dienstlich« auf der ÖTV-Veranstaltung anwesende Polit-Polizist als unbrauchbarer Zeuge. Nachdem er seine reichlich vage Aussage gemacht hatte, wurden Glemnitz von der Verteidigung einige Zitate aus dem AI-Bericht vorgelesen, worauf der Staatsschutz-Clouseau zur Erheiterung des Publikums auch Amnesty International als kriminell bezeichnete. Nach diesem denkwürdigen Auftritt wurde das Verfahren eingestellt, ohne daß es zu einer Diskussion der Inhalte der Broschüre gekommen wäre.

Die Entscheidung über die kriminalisierten Inhalte wird also erst im zweiten Verfahren fallen, das Mitte März begonnen hat (und bei Redaktionsschluß noch nicht beendet war). Dabei geht es um einiges: um die Herausgabe der beschlagnahmten Exemplare der Broschüre (ca. 500 Stück), um die finanzielle und politische Arbeitsfähigkeit des Antirassismus-Büros und nicht zuletzt darum, ob es in Zukunft möglich sein wird, die Bremer Polizei zu kritisieren.

Antirassismus-Büro Bremen, Sielwall 28, 28203 Bremen. Telefon: 0421/706444, Telefax: 0421/706445. E-Mail: arabis-Bremen.de
world wide web: http://www.is-bremen.de/arab

Es werden sowohl für den Prozeß wie auch für die politische Arbeit des Büros noch Spenden benötigt. Spendenkonto: Rote Hilfe Bremen, Kontonr. 481912-206, Postbank Hamburg BLZ 20010020, Stichwort ARAB (unbedingt Stichwort angeben, da uns das Geld sonst nicht erreicht).

Konkret 04/96, S. 26

Wolfgang Wippermann

Kinkel und die Revisionisten

Aus gegebenem Anlaß haben Amerika, England und Rußland in einer gemeinsamen Erklärung den deutschen Außenminister daran erinnert, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg verloren hat

Das Ereignis wurde nicht im Fernsehen gezeigt und erinnert in seiner diplomatischen Förmlichkeit mehr an das 19. Jahrhundert, als die »große Politik der europäischen Kabinette« auch nicht vor surrenden Kameras auf Pressekonferenzen ›verkauft‹, sondern den befreundeten und gegnerischen Staaten durch Noten offiziell verkündet wurde. Die Rede ist von der gemeinsamen Erklärung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs Amerika, England und Rußland, die sie der tschechischen Regierung am 14. Februar 1996 durch ihre Botschafter in Prag übergeben ließen. Darin versicherten die Siegermächte feierlich, daß die »Ergebnisse der Potsdamer Konferenz« immer noch gültig und eine »historische Tatsache« seien. Die USA erklärten darüber hinaus, sie seien »zuversichtlich«, »daß niemand sie (die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz, W.W.) in Frage stellen will.«

Das ist keineswegs mehr diplomatisch, sondern bemerkenswert deutlich formuliert und wäre im 19. Jahrhundert als Provokation empfunden worden. Man fühlt sich fast an Bismarcks berühmt-berüchtigte »Emser Depesche« erinnert, die Frankreich mit der Kriegserklärung beantwortete. Doch es geht nicht um Frankreich, das sich dem Schritt Englands, Rußlands und der USA nur deshalb nicht anschloß, weil es an der Potsdamer Konferenz nicht beteiligt war. Es geht um Deutschland bzw. seinen Außenminister Klaus Kinkel, der Ende Januar 1996 – nicht zum ersten Mal – drohende Worte an die Adresse Tschechiens gerichtet und in diesem Zusammenhang erklärt hatte, daß Deutschland »das Potsdamer Abkommen niemals als Rechtfertigung der Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Krieg anerkannt habe«.

Tatsächlich haben die Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz die Vertreibung der Sudetendeutschen durch die damalige bürgerliche Benesch-Regierung ausdrücklich toleriert. Die Regierungen Englands, Rußlands und der USA haben recht, wenn sie in ihrer Erklärung vom 14. Februar betonen, daß auf der Potsdamer Konferenz die »Notwendigkeit des Transfers der ethnischen Deutschen aus der Tschechoslowakei anerkannt« worden sei. Man habe die »Umsiedlung« als »geregelt und human« eingestuft.

Wir wissen, daß dies nicht der historischen Wahrheit entspricht. Die Vertreibung war kein bloßer »Transfer« und erfolgte keineswegs »human«. Doch darum geht es hier nicht. Auf der Potsdamer Konferenz wurde über das Schicksal eines Landes verhandelt, das den Krieg begonnen, unfaßbare Kriegsverbrechen begangen und schließlich bedingungslos kapituliert hatte. Ob es den Deutschen gefiel oder nicht, sie mußten die Entscheidungen der Siegermächte hinnehmen. Die Beschlüsse von Potsdam wurden zwar nur in einer Abschlußerklärung und nicht in einem förmlichen Vertrag oder Abkommen niedergelegt, setzten aber neues Recht, das zwar unterschiedlich interpretiert (etwa was die ehemaligen deutschen Ostgebiete unter »polnischer Verwaltung« anging), aber von allen Beteiligten (wie erwähnt, auch von Frankreich) anerkannt wurde. Auf der Basis von und unter deutlichem Bezug auf die Potsdamer Beschlüsse fanden schließlich 1990 die sogenannten 2+4-Verhandlungen statt, durch die Potsdam Geschichte und die Wiedervereinigung möglich geworden ist.

In der Forschung ist allenfalls darüber gestritten worden, ob in Potsdam eher die bisherige »Kooperation« oder der neue »Konflikt« (Christoph Kleßmann) zwischen den drei Siegermächten deutlich geworden sei, ob also Potsdam im doppelten Sinne »zwischen Krieg und Frieden« (Herbert Feis) stattfand. Aber kein ernstzunehmender Historiker ist auf die Idee gekommen, die Legitimität der Beschlüsse von Potsdam in Frage zu stellen. Dies blieb bislang den Revisionisten vorbehalten, die behaupteten, daß, wie man im revisionistischen Lexikon *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert* lesen kann, das Potsdamer Abkommen »für Deutschland, auch wegen dessen Nichtteilnahme, keinerlei völkerrechtliche Bindung« besitze. Der Verfasser dieses Artikels stützt sich dabei auf ein Buch des Verlegers Wigbert Grabert, der den rechtsradikalen Grabert-Verlag leitet.

Von Helmut Kohl weiß man, daß er die rechtsradikale Zeitschrift »Mut« liest; liest Herr Kinkel die Veröffentlichungen des Grabert-Verlages? Es ist ein mehr als bemerkenswerter Tatbestand, daß ein deutscher Außenminister die Argumente deutscher Revisionisten verwendet, um eine Außenpolitik zu betreiben, die in Prag und, wie die Erklärung der amerikanischen, englischen und russischen Regierungen zeigt, offensichtlich nicht nur dort als revisionistisch empfunden wird.

Berücksichtigt man, daß exakt zehn Tage vor der bemerkenswerten Demarche der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs der »Spiegel« mit einer Titelgeschichte »über neue Thesen zum Rußland-Krieg« erschien, in der Rudolf Augstein großes Verständnis für die Ansichten einiger revisionistischer Historiker über die deutsche Kriegsschuld zeigte, dann wird man nicht umhinkommen festzustellen, daß »Bonn« bzw. »Berlin« zwar noch nicht »Weimar« geworden ist, aber einen weiteren Schritt auf dem Wege zurück in die Geschichte der ersten deutschen Republik gemacht hat, als man ebenfalls die Kriegsschuld bezweifelte, den Friedensvertrag nicht anerkennen wollte und eine revisionistische Außenpolitik betrieb.

Das Schicksal der Weimarer Republik hatte Theodor Eschenburg vor Augen, als er zu Beginn der 60er Jahre erklärte, daß »die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers (am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, W.W.) eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik« sei. Sieht man von einigen Offizieren Hitlers ab, die ihren »verlorenen Siegen« (Erich v. Manstein) nachtrauerten und schon mal bezweifelten, ob Deutschland 1941 wirklich die Sowjetunion überfallen habe (Ernst Helmdach, *Überfall?*), hielten sich die deutschen Historiker auch lange Zeit an die Mahnung Eschenburgs. Noch 1980 konnte Andreas Hillgruber befriedigt feststellen, daß es eine mit der »Kriegsschuldfrage 1914 irgendwie vergleichbare Auseinandersetzung für den Krieg von 1939« nicht gebe und auch nicht geben könne, »da an der Entfesselung des Krieges von 1939 durch Hitler-Deutschland von Anfang an kein ernstzunehmender Zweifel bestand«.

Hillgruber hatte nicht mit der »FAZ« gerechnet. Sie entfachte nämlich eine PR-Kampagne für die These, daß Hitler 1941 dem Angriff Stalins nur zuvorgekommen sei, die von den PK-Kompanien der Wehrmacht nicht besser hätte organisiert werden können. Als »Wunderwaffen« setzte die »FAZ« einen pensionierten Philosophieprofessor (Ernst Topitsch), einen übergelaufenen KGB-Agenten (Wladimir Resun alias »Suworow«) und einen deutschen Historiker und Spezialisten für die Kalmyken (Joachim Hoffmann) ein. Der Ausgang dieses Feldzuges, der, wie Günther Gillessen am 10. Oktober 1995 in der »FAZ« schrieb, ursprünglich nur ein »Nebenschauplatz des ›Historikerstreits‹« war, zeigt, wer wirklich den »Historikerstreit« gewonnen hat: die Revisionisten.

Inzwischen haben sich nämlich auch Geschichtsprofessoren der Präventivkriegsthese angeschlossen. Zu ihnen gehört Werner Maser, der als Hitlerforscher gilt, weil er angeben kann, welche Temperatur (»7 Grad«) und welche Luftfeuchtigkeit (»89 Prozent«) bei Hitlers Geburt geherrscht haben und wie die Hebamme hieß (»Franziska Pointecker«), die den kleinen Adolf mit den »auffallend blauen Augen« entband. Man sieht, Maser ist ein Fachmann. Schließlich hielt es auch der Direktor des Militärarchivs Freiburg, Manfred Kehrig, für geboten, zu dem neuesten Hoffmann-Buch ein Vorwort zu schreiben, in dem er behauptet, daß Stalin »den Krieg gegen das Deutsche Reich als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipiert und dann auch durchgeführt« habe, während Hitler seinem »Feldzug gegen die Sowjetunion« nur »rassenkämpferische Motive beimischt(e)«. Wie beispielsweise in Babi Jar.

Die Präventivkriegsthese ist aber nur die eine Seite des ›Zweifrontenkrieges gegen die Kriegsschuldthese‹. Die andere Offensive richtet sich gegen den amerikanischen Präsidenten Roosevelt und seinen (jüdischen!) Finanzminister Morgenthau. Diese samt und sonders deutschfeindlichen Politiker seien es gewesen, die die britische Regierung bewogen hätten, Polen am 31. März 1939 einen »Blankoscheck« (gemeint ist die Garantieerklärung) für dessen antideutsche »Provokationen« auszustellen. Dem Angriff Polens, das bereits Pläne für die Teilung Deutschlands entwickelt habe, sei Hitler am 1. September 1939 zuvorgekommen, der dann am 5. Oktober 1939 den Westmächten ein »großzügiges Friedensangebot« gemacht habe, bei dessen Annahme der Zweite Weltkrieg »vermeidbar« gewesen wäre. Doch auch dies habe Roosevelt verhindert und statt dessen seinen jüdischen »Racheengel« Morgenthau beauftragt, Pläne für eine »fast biblisch anmutende Vergeltungsaktion« (»FAZ«, 13.9.1995) zu entwickeln, deren Spuren Klaus Rainer Röhl bis zu den antifaschistischen 68ern mit ihrem schrecklichen »Selbsthaß« verfolgt, der bei den Deutschen diese schreckliche »Unfähigkeit zu lieben, sich selbst, seine Sitten und seine Geschichte«, hervorgerufen habe.

Die Roosevelt-war-der-Kriegstreiber-These wird unter anderem vom Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Alfred Schickel, vertreten, der 1992 in Anerkennung seiner Verdienste im Kampf gegen »Unkenntnis, Vorurteil und Desinformation« mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde.

Wenn deutsche Professoren, Archivdirektoren und Bundesverdienstkreuzträger die revisionistische These vertreten, daß Deutschland 1939 und 1941 gezwungen wurde, Präventivkriege zu führen, dann wird man es einem deutschen Außenminister nicht verargen dürfen, wenn er die Legitimität des Potsdamer Abkommens, das am Ende dieser ›Präventivkriege‹ stand, in Frage stellt.

Wolfgang Wippermann ist Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin

Konkret 04/96, S. 28

Susan Zimmermann

Aus den befreiten Gebieten III

Der versprochene Wohlstand will sich im gewendeten Ungarn partout nicht sehen lassen. Statt seiner kamen Nato-Truppen. Bilanz eines sozialen Absturzes

Wenn sich – unterm Jahr und nicht zu Weihnachten – in der Presse die Berichte mehren über das Elend in den Dörfern im Nordosten, über Aas verzehrende Zigeuner und über leerstehende staatliche Kinderheime, dann ist der *Systemwechsel* vollzogen. Schaulustige begaffen die Folgen der Tragödie. Die Manager sind es, die Nutznießer und die halbwegs Integrierten, die für einen Sekundenbruchteil auf das Verdrängte starren, sich für einen Augenblick den ins Rampenlicht gezerrten Histörchen aus der Unterwelt widmen. Nur wenig später geben sich die Gewinner der Wende in Institut und Büro, im Chef- und Managersessel, in Amt und Ministerium mit Handy, E-Mail und *connections* wieder dem alltäglichen Streß hin. Unter den politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Eliten der nachsozialistischen Welt ist die kritische Analyse der eigenen Gesellschaft, sofern sie deren Lebenszeichen überhaupt empfangen, selbst in feinsten Dosen verpönt. Sie leben, ähnlich wie in den größeren Staaten Lateinamerikas, in einer eigenen, sozial vollständig abgeschlossenen Welt, die ausschließlich mit sich selbst, mit den eigenen Verbindungen, der eigenen Profession und den Statusgleichen beschäftigt ist. Man macht Geld aus der eigenen Mehrsprachigkeit, stellt seine Kenntnisse in die wohlbezahlten Dienste internationaler Forschungsinstitute, gründet eine GmbH zur gutbezahlten Durchleuchtung der »Effizienz« der Nationalbank oder des kommunalen Kinderschutzes und freut sich der fortschreitenden »Verbürgerlichung«.

Eine eigene elitäre Kaste ist da entstanden, und sie ist von der Mehrheit der Bevölkerung durch materielle und kulturelle Abgründe getrennt, die für westliche Beobachter kaum auslotbar ist. In den 80er Jahren lebte etwa eine Million der rund 10,5 Millionen Bürger/innen des Landes unter dem vom Statistischen Zentralamt errechneten Existenzminimum. 1991 waren es 1,5 Millionen, 1992 2, 1993 2,5 und im April 1994 schon 3 bis 3,5 Millionen Menschen. Besonders armutsgefährdet sind – in der Reihenfolge ihrer Gefährdung – Roma, Haushaltsmitglieder ohne eigenes Einkommen, Arbeitslose, Krankengeldbezieher/innen, Kinder, Rentner/innen, Personen mit Hauptschulabschluß oder nicht abgeschlossener Hauptschule, Bauern und landwirtschaftliche Arbeiter. Zugleich wächst ganz generell die gesellschaftliche Ungleichheit dramatisch. An der Spitze der sozialen Pyramide steht heute ein Zehntel der Bevölkerung, insbesondere die obere und mittlere Führungsschicht, Intellektuelle, Schichtführer etc., deren Einkommensniveau sich zunehmend von dem der übrigen Bevölkerung entfernt. Die Zwischenschichten, insbesondere Angestellte, selbständige Gewerbe- und Handeltreibende sowie Bezieher individueller Pensionen, halten ihre relative Position im sozialen Gefüge. Diese Gruppen umfassen rund die Hälfte der Gesellschaft. Die unteren 40 Prozent befinden sich nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu den Zwischen- und Oberschichten sozial im freien Fall.

Bereichere sich, wer kann

Hinter alledem steckt eine gesellschaftliche Umwälzung, die für die einzelnen oft viel einschneidender ist, als dies die Dynamik der allgemeinen sozialen Katastrophe allein vermuten läßt. Die Zyklen der Weltwirtschaft wirbeln Lebenswege und Schicksale der Menschen in Ungarn gründlicher durcheinander als im Westen, wo das Pendel in der Regel weniger weit ausschwingt als in der osteuropäischen Peripherie und Semiperipherie. Daß sich beispielsweise ein Zuckerbäckermeister von heute auf morgen als Gemüsegroßhändler wiederfindet, ist in Budapest ganz normal. Sein eigentliches Gewerbe würde ihm heute, bei einem Preisniveau, das allenfalls 20 Prozent unter dem des Westens liegt, ca. 300 Mark netto im Monat einbringen. Der offizielle Mindestlohn, auf den sich Gewerkschaften und Arbeitgeber vor kurzem geeinigt haben, liegt bei 160 Mark. Dieser Betrag reicht in Budapest nicht einmal unter Freunden für die Miete einer 25 m2-Wohnung.

Für ältere Arbeiter/innen ist die Verdrängung von egal welchem Arbeitsplatz gleichbedeutend mit dem sozialen und wirtschaftlichen Aus. Die registrierte Arbeitslosigkeit beträgt 10,2 Prozent, und mehr als drei Fünftel der Betroffenen beziehen keine Arbeitslosenunterstützung, nur ein Teil von ihnen Sozialhilfe. Regional sind die Beschäftigungslosen höchst ungleich verteilt, in einigen Bezirken liegt die Rate weit über 20 Prozent. Die Unterstützungssummen sind, selbst gemessen am Durchschnittseinkommen, lächerlich gering. Die Leistungen aus dem System der sozialen Sicherung, das mit großen Versprechungen über den auf diesem Wege herstellbaren Wohlstand in den Jahren 1988-1991 aus dem Westen importiert wurde, hat man gleich wieder dramatisch reduziert. Im Zeichen der Budgetkonsolidierung wurden Staatsbeiträge für Kranken- und Arbeitslosenversicherung gestrichen, Beiträge erhöht, Leistungen Schritt für Schritt gekürzt und abgeschafft. Mittlerweile erzeugt die »Schattenwirtschaft« schätzungsweise 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Selbst gemessen an der Zerschlagung des Sozialstaats, wie sie in den EU-Staaten auf dem Programm steht, ist in Ungarn nur noch das vollkommen ausgehöhlte Skelett eines formalen Rechtssystems übriggeblieben. Wohlfahrtspolitik wird immer stärker einzig als Kostenfaktor im harten Kampf um die internationale Wettbewerbsfähigkeit betrachtet. Das Design des

sozialpolitischen Systems wird dabei – wie im übrigen Osteuropa – immer stärker von internationalen Agenturen wie Weltbank, ILO und IWF bestimmt, in je unterschiedlicher Kombination.

Was tun? fragen sich tagtäglich die ehemals werktätigen Massen. »Übernehme Arbeit aller Art«, ist die Antwort der *Fleißigen* auf den wirtschaftlichen und sozialen Absturz. Die alleinerziehende Bibliothekarin tippt für 1,10 Mark die Seite. Die Groschenroman-Serien des Verlagshauses Springer werden heute von jener Redakteurin betreut, die seinerzeit im staatseigenen Verlag die Gesamtausgabe der Werke der marxistischen Klassiker überwachte; abends und am Wochenende stehen Übersetzungen aus dem Deutschen für 7 Mark pro Seite auf dem Programm. Der Abteilungsleiter in der Staatsbibliothek stellt während der Arbeitszeit Fotoseiten für eine historische Zeitschrift zusammen, und die Pächterin der Reinigung verkauft nebenbei Christbaumkugeln und gebrauchte Kinderkleidung in ihrem Geschäft. Jeder Besuch beim Friseur wird viertelstündlich durch ungebetene Gäste aufgelockert, die der Kundschaft Kugelschreiber, Kosmetika und Unterhosen und der Friseurin ein altes Haarteil anbieten. Der wohnungslose ehemalige Mitarbeiter eines subkulturellen Klubs mit Abitur und einem etwas ominösen Fotografendiplom tourt für internationale Meinungsforschungsinstitute durch die Hauptstadt; seine Mutter, Rentnerin, vermietet das halbe Zimmer ihrer Eineinhalb-Zimmer-Wohnung an einen Studenten, und seit neuestem gibt ihr die Nachbarin von unten die »weniger einkommenschaffenden Stücke« jener Maschinennäharbeiten, über denen sie selbst, wie so viele Tausende anderer Bürgerinnen, im Auftrag eines dubiosen Boutiquenlieferanten in ihrer Wohnung sitzt.

Doch es sind, insgesamt gesehen, wohl nicht mehr als 20-30 Prozent der Bevölkerung, die Zugang haben zu solchen Möglichkeiten. Sie können sich glücklich schätzen gegenüber all jenen, die in Dörfern, kleineren Städten oder den ganz normalen Wohnsilos leben, zur Garten- oder Landwirtschaft keine Zuflucht nehmen können, über keinerlei *connections* verfügen oder einfach weniger Flexibilität aufbringen. Beide Gruppen, die *Unnützen* und die *Fleißigen*, leben in einer Gesellschaft, in der man Otto und Gisela Normalverbraucher längst mit der Lupe suchen muß. Gähnende Leere in den wenigen verbliebenen Gasthäusern und Kantinen, in denen er früher für 2 bis 3 Mark sein Mittagessen einnahm, »Termine jederzeit« bei ihrem Friseur, wo früher drei Wochen Wartezeit durchaus üblich waren. Der gesellschaftliche Zusammenhalt, also die Gemeinschaft der staatssozialistischen Bürger und Bürgerinnen, die auf relativer materieller Gleichheit und staatlichen Subventionen beruhte, hat sich aufgelöst. An ihre Stelle ist eine Wolfshund- und Raubtiergesellschaft getreten, in der sich die *Unnützen* und die *Fleißigen* auf Recht und Rechte nicht berufen können.

Immer größer ist die Zahl jener, die den Job für 300 Mark nicht bekommen haben oder nicht haben wollen, die in der sozialstrukturellen Mischmaschine auch die letzten Reste ihrer kulturellen und sozialen Zugehörigkeit verloren und auf der Suche sind nicht nach »Arbeit«, sondern nach »Einkommen jeder Art«. Da wird gehandelt mit schwarz importierten Lederjacken, oder es wird ein Jeep aus dem Villenviertel abgeschleppt und am Stadtrand dem Auftraggeber ausgehändigt (Kostenpunkt eines solchen Auftrags derzeit: rund 2.000 Mark, zahlbar in Devisen). Seitdem die Kundschaft sich davor hütet, die sogenannten freien Taxis auf der Straße anzuhalten, wird das Markenzeichen der Firma »Pest-Taxi« eben getürkt. Fingierte Spender verschieben in schöner Regelmäßigkeit 10.000 oder 100.000 Mark an nichtexistente Stiftungen und bekommen vom Staat ganz legal die Hälfte der Steuern zurück. Und wer im Supermarkt in der Budapester Innenstadt rein zufällig etwas vom Diebstahl einer Tafel Schokolade mitbekommt, sollte am besten sofort die Beine in die Hand nehmen, will er nicht den eigenen Mantel aufgeschlitzt sehen.

Privatisierung und Verschuldung

Viele der genannten Praktiken stehen bloß in den Augen völlig unbedarfter Hinterwäldler im Gegensatz zur rechtlich abgesegneten, offiziellen Wirklichkeit. Plötzliche Bereicherung, die Schaffung von Vermögen oder Einkommen aus dem Nichts findet in allen Größenordnungen und mit Hilfe diverser Tricks auf tausend Wegen statt – rechtsfrei, legal und weniger legal. So ist es zum Beispiel anerkannte Praxis, eine eben privatisierte Kommunalwohnung zum mindestens zehnfachen Preis am freien Markt abzustoßen, und es erfordert nur wenig mehr Geschick und abermals *connections*, sich in eine solche kurz vor der Privatisierung stehende Behausung als Hauptmieter hineinzutauschen, obwohl es für die Erlangung dieses heißbegehrten Status offiziell Wartelisten gibt bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Allerdings geht diese Form des Wohnungsschachers mangels Masse langsam ihrem Ende entgegen. Wer bis jetzt seine Mietwohnung nicht kaufen konnte, hat das Vorkaufsrecht verloren. Die Frage, was die kommunalen Selbstverwaltungen mit dem Bestand, der ihnen auf diese Weise geblieben ist, anfangen werden, ist noch offen.

Aber das sind nur die kleinen Fische. Ein Gesetz über die Privatisierung gibt es zum Beispiel bis heute nicht. Kundige Mitglieder der neuen Bourgeoisie gehen ganz legal etwa folgendermaßen vor1: Man erhalte bei der mehr als preisgünstigen Ausschreibung zur Privatisierung einer großen staatlichen Druckerei den Zuschlag. Danach schalte man eine zweizeilige Kleinanzeige im Massenblättchen »Express«: »Kaufe Entschädigungsgutscheine zum Tageskurs.« Man rüste sich im Büro auf den Ansturm tausender *Fleißiger* und *Unnützer* sowie einiger Dutzend Fälscher, die ihre Gutscheine in Höhe von 100 oder einigen 100 Mark zum Tageskurs von 40 Prozent des Nennwertes gegen Bargeld eintauschen. Man bezahle der AVÜ

(Staatliche Vermögensagentur) den Kaufpreis für die Großdruckerei bis zum erlaubten Höchstanteil mit den erworbenen Entschädigungsgutscheinen, die zum Nennwert und nicht zum realen Kaufpreis von 40 Prozent verrechnet werden.

Verscherbelt wurden so mittlerweile rund 70 Prozent des ehemaligen staatlichen Eigentums. Mit dem Ausverkauf der staatlichen Infrastrukturbetriebe löste die sozialistisch-liberale Regierung in der zweiten Jahreshälfte 1995 ihr Versprechen ein, die Privatisierung zu beschleunigen. Von den 453 Milliarden Forint (ca. 3,3 Milliarden US-Dollar) Einnahmen im vergangenen Jahr stammen ca. 100 Milliarden aus der Privatisierung der Gasversorgung (Favoriten unter den Bewerbern waren die italienische Italgaz, die deutsche Ruhrgas und die Firma Gaz de France), 190 Milliarden aus dem Verkauf der staatlichen Elektroindustrie. Die Aktienmehrheit der Ungarischen Fernsprechunternehmung MATAV befindet sich in den Händen der Deutschen Telekom und des US-Konzerns Ameritech. Zum Jahresende 1995 wurde erstmals auch eine der Großbanken, die Budapest Bank, abgestoßen. Den größten Miteigentümer stellt nunmehr die zur Unterstützung des osteuropäischen Transformationsprozesses gegründete European Bank for Recovery and Development (EBRD) mit Sitz in London. Laut Abkommen mit dem IWF muß Ungarn ein Drittel der Privatisierungseinnahmen unmittelbar für den internationalen Zinsendienst ausgeben. Überhaupt hängt die Bevorzugung des Auslandskapitals bei der Privatisierung direkt mit den Notwendigkeiten der Bedienung des internationalen Schuldendienstes zusammen.

Doch der Schuldendienst gibt nicht nur in diesem Bereich den Takt der wirtschaftspolitischen Ereignisse an. Die Schuldenkrise war schon vor und blieb auch nach der politischen Wende von 1989 der wichtigste Einzelfaktor, der Verlauf und Ergebnisse der ökonomischen und gesellschaftspolitischen Transformation bestimmte. Ungarn war angesichts eines dramatischen Anwachsens der Auslandsverschuldung schon 1982 dem IWF beigetreten, und seitdem steuerte des Land ungeachtet einiger Schlenker auf die Rolle eines Musterschülers in Sachen *structural adjustment* hin. Die Abfolge der politischen Kurswechsel, der Zeitpunkt für Forintabwertungen, der Verzicht auf die Ausrichtung der Weltausstellung im Sommer 1994, die öffentliche Ankündigung der bisher drastischsten Drosselung der Staatsausgaben Anfang März 1995, ja sogar die Zusammensetzung von Regierungen – all dies folgte in den letzten Jahren zeitlich immer wieder unmittelbar auf Visiten von IWF-Delegationen in Budapest, auf internationale Gipfeltreffen mit ungarischer Beteiligung etc. Die alten und neuen politischen Eliten im Lande haben ihre Abkehr vom *Staatssozialismus* in seltenem Einklang mit der Zunahme des westlichen Einflusses im Lande vollzogen. Sie haben ihre wirtschaftliche Lage und ihre gesellschaftlichen Möglichkeiten dabei wesentlich verbessert und die Mehrheitsbevölkerung in die soziale und wirtschaftliche Marginalisierung gestoßen.

Die neuen Priester des Kapitals

Wenn sich Sozialreportagen und Elendsbeschreibungen in der Presse häufen, dann ist der Strukturwandel bis auf weiteres unumkehrbar geworden. Politiker, Industrielle und Intellektuelle haben den *Systemwechsel* ab- und das Volk auch politisch erfolgreich ausgeschlossen. Bis 1990 und abermals seit ihrem Wahlsieg von 1994 haben die ehemaligen Reformkommunisten mitsamt der ehemals realsozialistischen Bürokratie die Spitzenpositionen im Management dieser Wende besetzt. Die sogenannten Reformkräfte in der KP hatten sich in Ungarn schon seit den 60er Jahren, also in der Periode der »Konsolidierung« nach 1956, stets innerhalb des staatssozialistischen Institutionengefüges artikulieren können. Gleichsam im Gegenzug zur direkten Kontrolle durch die sowjetischen Truppen zwischen 1956 und 1991 wurden wirtschaftspolitische Reformen und später zunehmend auch gesellschaftliche und politische Liberalisierung geduldet. »Reform« wurde dabei spätestens Mitte der 80er Jahre zu einem Codewort, in dessen Schutz man kaum verdeckt den Aufbruch in die Marktwirtschaft als Antwort auf die Probleme des real existierenden Sozialismus predigte. Gemeinsam war den gesellschaftstheoretischen Ideologen der »demokratischen Opposition«, den Wirtschaftsexperten und den »Reformkräften« in der Partei dabei der Glaube an die Machbarkeit einer nachholenden industriellen Entwicklung mit anderen Mitteln als denen des Stalinismus.

Die Verschuldungskrise der 80er Jahre machte es dann für einen Teil der Eliten der Staatspartei ebenso wie für die »demokratische Opposition« offenkundig, daß ihr eigenes politisches Überleben in naher Zukunft davon abhängen würde, daß sie die Interessen des westlichen Finanzkapitals im Lande geltend machten. Die so entstehende Kompradoren-Kaste wurde zur politischen Hauptantriebskraft des *Systemwechsels* im Lande selbst und bewerkstelligte schließlich gerade noch rechtzeitig die Metamorphose der ehemaligen Sozialistischen Arbeiterpartei USAP zur Sozialistischen Partei USP, die heute über die absolute Mehrheit der Parlamentssitze verfügt. Die Sozialisten regieren gemeinsam mit den Freien Demokraten, deren Spitzenmannschaft mehr oder weniger identisch ist mit der Führung der vormaligen »demokratischen Opposition« und die die Interessen der internationalen Finanzwelt am lautesten propagiert.

Die USP hat sich mit Haut und Haar dem Programm einer *Modernisierung* des Landes verschrieben. Dieses Schlagwort ist in jüngster Zeit überall in Osteuropa zum neuen Markenzeichen des wirtschaftlichen und politischen Ausverkaufs geworden, nachdem *Zivilgesellschaft*, *Marktwirtschaft* und *Europa* an Anziehungskraft spürbar verlieren. Die Sozialisten hoffen darauf, die generelle Unterordnung unter die IWF- und Weltbankprogramme mit Strategien erfolgreicher »selektiver« Weltmarktintegration als kleine, offene Volkswirtschaft verbinden zu können, ganz nach dem Muster Südostasiens, wobei die ungarischen Besonderheiten durchaus ernst genommen werden. Das pfundschwere

Modernisierungsprogramm aus der Kabinettskanzlei von Ministerpräsident Gyula Horn wurde im Frühherbst 1995 druckfrisch unter die Leute gebracht. Die Sozialisten setzen darin insbesondere auf »Humanpolitik« im Sinne einer gezielten »Ausnutzung« vorhandener »Produktionsfaktoren« – im Klartext: Schulung, Weiterbildung und Nutzung von Arbeitskräften im Dienste des Ausbaus internationaler Standort- und Wettbewerbsvorteile. Man ist sich bewußt, daß die Konkursmasse Mensch der staatssozialistischen Ära durchaus einigen Wert hat.

Genauso wichtig ist den Sozialisten der Ausbau der »Transitrolle« Ungarns zwischen West- und Südosteuropa vor allem im Bereich von Handel, Banken und internationalem Transfer von Dienstleistungen und Gütern. Kaum vier Monate nach Erscheinen des Modernisierungsprogramms hat das Land bereits einen Riesensprung in diese Richtung gemacht. Mit der Errichtung der Nachschubbasis für die IFOR-Truppen in Bosnien in der Nähe des südungarischen Städtchens Kaposvár ist Ungarn dabei, sich zum Aufmarschterrain der Nato-Truppen in Osteuropa zu mausern. Im Parlament hatte man die »übergangsweise« Stationierung der Truppen des westlichen Bündnisses bzw. der US-Armee (man beachte den Unterschied zur »vorübergehenden« Anwesenheit der Roten Armee bis 1991) mit nur einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen im Triumph beschlossen. Die Presse überschlug sich im Überschwang der Willkommensgrüße für die »Friedenserhalter«.

Mittlerweile übersteigt die Zahl der militärisch genutzten Einrichtungen und der anwesenden Soldaten schon einen Monat nach Beginn der Stationierung den ursprünglich beschlossenen Umfang erheblich. Der heiß ersehnte Wirtschaftsaufschwung für Südungarn beschränkt sich dagegen auf rund 1.000 zumeist befristete Arbeitsplätze für Bauarbeiter und Lastkraftfahrer in Diensten der texanischen Großfirma, die den Zuschlag für die Durchführung der notwendigen Bauarbeiten bei Kaposvár erhalten hat. Die Belegung der Hotelzimmer in der Kleinstadt vor allem durch die ukrainische Mafia (»für alle Fälle«), der Umzug des hauptstädtischen Rotlichtgewerbes gen Süden und die Reparatur von Rohrbrüchen und Straßenschäden auf Kosten der umliegenden Gemeinden – derartige Errungenschaften können als Randerscheinung abgebucht werden.

Mit alledem hat sich im Zuge des ungarischen Absturzes eine konfuse Doppelherrschaft fremdbestimmter Strategien herausgebildet. Während das Land in seinen Handelsbeziehungen immer abhängiger von der EU unter der Führung Deutschlands wird, erfolgt die makroökonomische Stabilisierung und Strukturanpassung nach den Rezepten der Bretton-Woods-Organisationen. Während militärisch der Westen unter der Führung von Nato und USA schon eingerückt ist, ohne daß Ungarn die Rechte eines Mitgliedslandes erworben hätte, ist man *Europa* ökonomisch ferner als vor fünf Jahren und dem heißersehnten EU-Beitritt auch politisch kaum nähergekommen. Angesichts dieser Zuspitzung der Widersprüche geht die »Linke Pattform« in der USAP unter der Führung der beiden Historiker Sándor Balogh und Tamás Krausz seit einigen Monaten in offene Opposition nicht nur zur Anbindung Ungarns an die Nato, sondern insbesondere zum wirtschaftlichen Kurs der Koalitionsregierung. Die Plattform hat ein umfängliches Grundsatzprogramm vorgelegt2, und im Januar forderte Krausz öffentlich den Rücktritt von Finanzminister Bokros und seine Ersetzung durch einen sozialistischen Politiker, der »menschenzentrierte Werte« in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit stellt.

Die Presse schäumt, die Plattform kann in der Bevölkerung auf breite Sympathien zählen, doch die Parteien gehen ihren Geschäften weiter nach, als wäre nichts geschehen. Auch für die *Fleißigen* und die *Unnützen* setzt sich der Absturz, bis auf weiteres, ungebremst fort. Wenn am Samstagvormittag nach dem Einkauf in der Markthalle der Bus nicht kommt, brechen sich Wut und Haß, Nostalgie und Angst offen Bahn. »Aber warum haben Sie dann den Systemwechsel unterstützt?« fragt eine verschüchterte Stimme leise dazwischen. »Ich habe nicht gewählt!« kreischt die Oma aufgebracht, »ich bin nicht dafür gewesen, denn ich habe immer gewußt, daß es nur für die Zigeuner besser wird.« »Genau, und für die aus Israel, für die mit den langen Nasen!« blökt eine andere zurück.

Anmerkungen

1 Branche und Details sind frei erfunden.

2 Abgedruckt in englischer Sprache in: »Labour Focus on Eastern Europe«, Nr. 53, Anfang 1996.

Ich danke meinen Redaktionskollegen in der Zeitschrift »Eszmélet« [Besinnung] für die Zurverfügungstellung von Materialien

Susan Zimmermann ist Journalistin und lebt in Budapest und Wien

Konkret 04/96, S. 31

Benedikt Pauka

»Jüdische Zeugen«

Es sollte ein Höhepunkt des deutschen Fernsehjournalismus werden. Der Moderator Joachim Wagner hatte »das Ende einer Legende« angekündigt. Die Legende, die ihr Ende erlebte, hieß: »Panorama«

Die Sendung wurde mit erheblichem Aufwand promotet: Pressekonferenz, Meldungen an die Nachrichtenagenturen, Vorabvorführung für Journalisten. Ein Beitrag von 21 Minuten Länge sollte den »Nazi-Jäger« Simon Wiesenthal als Scharlatan überführen. Der Mann habe keineswegs, wie er behauptet, 1.000 Nazis zur Strecke gebracht. »Die Zahl könnte unter zehn liegen« – läßt das Magazin den Leiter der Nazi-Verfolgung im US-Justizministerium, Eli Rosenbaum, behaupten.

Die Autoren des NDR waren um die halbe Welt gereist. Aus einer durchaus kritischen Diskussion über Wiesenthals Arbeit, die seit Jahren in den USA und in Israel geführt wird, hatten sie alle Stimmen gesammelt, die sich gegen Wiesenthal erhoben, aus unterschiedlichsten Gründen. »Ohne diese jüdischen Zeugen«, erklärt »Panorama«-Chef Joachim Wagner, »hätten wir es nie gewagt, diesen Beitrag zu machen.« (Daß eine der »jüdischen Zeugen«, Beate Klarsfeld, keine Jüdin ist, hat er übersehen.) Wagner meint: Die Wahrheit (oder was er dafür hält) gegen einen Juden könne man in Deutschland nur von einem Juden (oder wen er dafür hält) sagen lassen. Wenn es aber Juden (oder wen Wagner dafür hält) sind, die einem Juden Vorwürfe machen, muß das, weil sie Juden sind und ein Jude, das weiß man, eigentlich immer zu den Seinen hält, die Wahrheit sein – und der Jude ist überführt.

Die Stimmung des »Panorama«-Berichts gleicht der eines Hundekampfs. In den Rundenpausen läßt der Veranstalter sechsmal Wiesenthals Wort »Die Wahrheit ist die Grundlage von allem, es gibt keine Kompromisse mit der Wahrheit« durch den Ring tragen, »als Überleitung zu neuen Handlungssträngen der Geschichte«, wie die Autoren sagen, tatsächlich jedoch, um eine Dramaturgie zu etablieren, in welcher der Zuschauer den als Lügner zu erkennen gewohnt ist, der nach Wahrheit ruft.

Wiesenthal sei »eher Maulheld als Held« gewesen, verkündet Wagner mit Leidensmiene, »eine tragische Figur«. Denn: »In allen großen Fällen der Nachkriegsära – Bormann, Barbie, Mengele, Eichmann – hat er versagt.« Versagt? Hat Wiesenthal einen Dienstleistungsvertrag, den er zu erfüllen hätte? Mit einem Gehalt von der Bundesregierung? Nein, der Auftrag, bei dem er versagt hat, ist ein moralischer, erteilt vom Norddeutschen Rundfunk zu Beginn der Sendung: »Simon Wiesenthal – der Nazi-Jäger überhaupt. Führende Politiker sind seine besten Freunde. Seit Jahrzehnten jagt Wiesenthal weltweit Nazis... Seine Erfolgsbilanz: über 1.000 Nazis, sagt er zumindest... Wiesenthal ist zu einer der angesehensten moralischen Instanzen der Welt geworden. Nur der Nobelpreis fehlt noch.« Und weil seine Verleihung an einen Mann droht, der deutsche Nazis gejagt hat, müssen deutsche Fuzzis den Kandidaten einer strengen Prüfung unterziehen.

Niemand ist dazu besser geeignet als Wagners Team. »Panorama«, das heißt knallharte Recherche. Zum Beispiel im Fall Eichmann. 1960 wurde er nach langer Suche von einem Kommando des israelischen Geheimdienstes Mossad aus Argentinien entführt, nach Israel verbracht und nach einem Prozeß gehenkt. 1991 warf der ehemalige Mossad-Chef Isser Harel Wiesenthal vor, der Mossad habe nichts von Wiesenthal bekommen, was von Bedeutung für die Operation gewesen sei. Sämtliche Behauptungen des Nazi-Jägers über seinen Anteil seien nicht wahr. Die Lorbeeren für die Ergreifung Eichmanns kämen also dem Mossad zu. »Panorama« hat es recherchiert. Es ist wahr. Aber Simon Wiesenthal hat nie behauptet, er habe bei der Ergreifung von Eichmann eine wichtige Rolle gespielt. Wahr ist nur, daß es Wiesenthal war, der wenige Jahre nach Kriegsende den Namen und die Funktion des Schreibtischtäters öffentlich gemacht und das Interesse der Nazi-Verfolger auf Eichmann gelenkt hatte – weder der israelische, noch der britische, noch der US-amerikanische Geheimdienst hatten bis dahin nach Eichmann gesucht.

Seit Jahren wird in Israel und den USA über Details gestritten wie das, wer wann welche Fotos von Eichmann besorgt hat. »Panorama« ergreift die Partei derer, die behaupten, das erste Foto von Eichmann sei jenes, das der Mossad vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer bekommen hat. Israelische Parteigänger Wiesenthals, die behaupten, er sei es gewesen, der über einen Gewährsmann das erste Foto Eichmanns besorgt habe, kommen bei »Panorama« nicht zu Wort. Auch nicht der politische Hintergrund dieses kleinkariert wirkenden Streits: Der ehemalige Mossad-Chef Isser Harel ist Vertreter des Staates Israel und seiner Interessen, die auch einmal nahelegen können, die Suche nach dem einen oder anderen Naziverbrecher ein wenig zurückzustellen. Simon Wiesenthal, der Diaspora-Jude, vertritt die Interessen der Holocaust-Überlebenden, ohne sich weiter um die Staatsinteressen Israels zu scheren.

Älteste Kamellen wärmt »Panorama« auf, um den »Nazi-Jäger« zur Strecke zu bringen: Zehn Jahre ist es her, daß der Jüdische Weltkongreß (JWC) mit Wiesenthal über die Waldheim-Affäre stritt. Der damalige Rechtsberater des JWC (und heutige Anti-Wiesenthal-Kronzeuge) Eli Rosenbaum hatte 1986 behauptet, der österreichische Präsidentschaftskandidat Kurt Waldheim sei an Nazi-Kriegsverbrechen beteiligt gewesen. Zwar ließ sich das nicht beweisen, aber die Diskussion brachte immerhin an den Tag, daß Waldheim Mitglied in verschiedenen NS-Organisationen und im Zweiten Weltkrieg

zumindest am Ort von Kriegsverbrechen gewesen war. Wiesenthal hatte damals Waldheim zwar wegen der Lügen über seine Vergangenheit kritisiert, ihn aber gegen Rosenbaums Behauptungen, die er für falsch hielt, in Schutz genommen – und dabei eine sehr unglückliche Figur gemacht. Die Dringlichkeit, diese und andere altbackenen Geschichten zusammenzurühren, ohne die Gegenseite angemessen zu Wort kommen zu lassen, und Wiesenthal zu demontieren, begründet der »Panorama«-Autor Volker Steinhoff damit, daß diese Geschichte »ein ungeheures Potential für Neonazis und Revisionisten« sei. Wie furchtbar, wenn Nazis den »Nazi-Jäger« als Maulhelden überführt hätten. Da erledigen es die Antifaschisten vom NDR lieber gleich selber, vorsorglich.

Benedikt Pauka ist Redakteur der Tageszeitung »junge Welt«

Konkret 04/96, S. 32

Karl-Heinz Hansen

Das Politische wird privat
Genosse in Lack

»Die Schröders«: Karl-Heinz Hansen und Georg Fülberth beleuchten Vorgeschichte und Weiterungen einer sozialdemokratischen Soap opera

Da hockt er neben seiner Noch-Gattin in der Loge, der Herr Ministerpräsident Schröder, den Leib und die Füße in Frack und Lack, einen weißen Propeller am Hals und eine weiße Nelke im Knopfloch, seinem Gönner, Herrn Ferdinand Piëch, gegenüber, der, mit Verdienstkreuz an der Frackbrust, neben dem Dekolleté seiner Angetrauten sichtbar stolz ist auf seine Politbeute und sein Sosein im Dabeisein auf dem Wiener Opernball. Was will uns dieses Genrebild aus dem Kandelabermilieu sagen? Daß die Gattin nicht immer nur die Primadonna auf den Bällen der Freiwilligen Feuerwehr in der Lüneburger Heide spielen mag, verstehen wir ja. Aber welcher Grad von Verzweiflung treibt den Genossen Ministerpräsidenten dazu, sich an einen Ort zu begeben, wo geschminkte Leichen stundenlang in ihren nach Branchen sortierten Logen stehen oder hocken, um ihre mit Frack und Robe kenntlich gemachten Gesichter zur Schau zu stellen: hier die Banken, dort der Stahl und drüben Automobile?... Eine Frage, auf die es gleichwohl eine Antwort gibt.

Bei all ihren Bemühungen, sich den Ehrentitel »vaterlandslose Gesellen« nicht zu verdienen, sind aufgestiegene Sozialdemokraten schon immer der Versuchung erlegen, den Stresemann noch selbstverständlicher tragen zu wollen als jene, die darin geboren wurden. Doch statt dem Ruch des Proletarischen zu entwischen, verstricken sie sich meist nur tiefer in ihren Ballonmützenkomplex, der zu Kaisers Zeiten entstanden war, als die Genossen vor Ort für das Eisenbahn-Retour-Billett nach Berlin sammeln mußten, damit ihr Abgeordneter überhaupt an den Reichstagssitzungen teilnehmen konnte, wo er die Verachtung der Besitzbürger wie den Spott der Bildungsbürger gleichermaßen auszuhalten hatte.

Es sollte noch bis 1928 dauern, ehe ein Sozialdemokrat den Vertretern anderer Parteien endlich als ebenbürtig galt: Der SPD-Abgeordnete Keil durfte neben Hermann Göring von der NSDAP und Dr. Cremer von der Deutschen Volkspartei seinen Scheck als Berater der Deutschen Lufthansa entgegennehmen.

Was damals noch eine Pioniertat war, wurde nach 1949 selbstverständlicher Teil des politischen Brauchtums, ein Teil der »Amtsausstattung«. Bald kamen die kommunalen Sparkassen und vor allem die Landeszentralbanken als Politiker-Pfründe hinzu.

Und damit auch die entsprechenden Skandale. In der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover hieß 1976 ein solcher »Sparkassenaffäre«; der Genosse Vorstandsvorsitzende hatte durch Beraterverträge bei Baufirmen und illegale Devisengeschäfte einen Schaden von 200 Millionen DM verursacht. Eigentlich »Peanuts« im Vergleich mit den Fehlleistungen gediegener Spitzenmanager unserer Tage, wie z.B. den vom Sozialdemokraten Edzard Reuter verschleuderten 37 Milliarden.

Aber es gab damals noch einige Parteimitglieder, die tatsächlich glaubten, »der Bürger« erwarte – ausgerechnet – von der Sozialdemokratie »ein hohes Maß an Moral, Verantwortungsgefühl, politischer und persönlicher Integrität«. Und so wurde 1977 eine Kommission bestellt, um das »in letzter Zeit in beängstigendem Maße erschütterte Vertrauen in Personen und politische Zielsetzungen unserer Partei« (wieder)herzustellen.

Die Kommission hat die Auswirkungen des Ballonmützenkomplexes auf karrieregefährdete Mitglieder mit erfahrungsgespeister Klarheit gesehen: *In der SPD gibt es in stärkerem Maße als in den bürgerlichen Parteien Mitglieder, die nicht zu den Privilegierten in unserer Gesellschaft gehören. Die SPD hat es als ihre Aufgabe angesehen, ... ihren Mitgliedern den sozialen Aufstieg zu ermöglichen ... In Ausübung ihrer politischen Funktionen hat sie auch Positionen in Politik und Verwaltung zu besetzen. Solche Karrieren sind häufig mit sozialem Aufstieg verbunden, der zu erheblichen Veränderungen in der persönlichen Sphäre des einzelnen führt. Die SPD ist deshalb mehr als bürgerliche Parteien in Gefahr, von den negativen Folgen eines menschlich nicht bewältigten Aufstieges – gesellschaftlicher Entfremdung, finanzieller Maßlosigkeit und politischer Entsolidarisierung – betroffen zu werden. Von ihr ist ein besonders hohes Maß an Voraussicht bei Personalentscheidungen, aber auch von sozialem Bindungswillen und gesellschaftlich-stilbildender Kraft gefordert.*

Das ist es eben: Frack und Robe können nie und nimmer den Mangel an *gesellschaftlich-stilbildender Kraft* verdecken. *Damit stellt sich die Frage nach der spezifischen Tendenz in der Entwicklung von Persönlichkeiten, denen nach einem zunächst wohlverdienten Aufstieg Spitzenämter zufallen.* Jawohl. Aber auch die Frage nach den Ursachen des öffentlichen Deliriерens der Gattinnen *zunächst wohlverdient* Aufgestiegener. Denn nur partielles Irresein kann den von Frau Schröder abgesonderten Stuß zur Kritik an ihrem Operndebüt erklären: »Ich gewinne mehr und mehr den Eindruck, daß man als Politiker oder als Familie eines Politikers in der Bundesrepublik mittlerweile lebt wie im Orwellschen Staat.« Oder Orson Wells? Oder wie?

Die Kommission hat die uns bedrängende Frage nach dem Warum schon 1977 ein für allemal erschöpfend beantwortet: *Mit dem Erreichen einer Spitzenposition ist häufig ein steiler gesellschaftlicher Aufstieg verbunden. Die finanzielle Ausstattung dieser Ämter ist durchwegs so üppig, daß der dorthin Gelangte sich vor dem Hintergrund seines früheren Lebenszuschnittes plötzlich in einer Situation sieht, in der er meint, sich »alles leisten zu können«. Sein altes materielles Wertgefüge gerät aus den Fugen. Er orientiert sich an dem Standard einer exklusiven Oberschicht und richtet sich in seiner Lebensführung meist unkritisch nach diesen Standards ein. Dieses neue Selbstverständnis wird bestätigt und verstärkt durch die Ausstattung seines Amtes mit allem Beiwerk exklusiver bürgerlicher Repräsentation. Dem Amtsinhaber erscheint nun auch der sehr weit gesteckte neue finanzielle Rahmen häufig als zu eng. Sein Interesse richtet sich darauf, noch weitere Einnahmequellen zu erschließen. Darüber hinaus ist die Umorientierung mit einer Abkehr von den früheren gesellschaftlichen Zusammenhängen verbunden. In der Regel lösen sich die persönlichen und emotionalen Bindungen zur Arbeiterbewegung; nicht nur der Habitus, sondern auch Umgang und Wertordnung werden oberschichtspezifisch.*

Dieses sprachlich eher anspruchslose, aber mutig Shakespearesche Topoi aufgreifende (»die Welt ist aus den Fugen«) und von kerniger Moral geprägte Libretto eines exemplarischen Genossenschicksals trägt die Unterschrift »Gerhard Schröder«.

Was von dem Jungen Sozialisten damals als Geißelung korrupter Parteiaufsteiger gemeint war, die fälschlich Genosse von »Genuß« und nicht von »mhd. jenotan – in der Not zusammenstehen« ableiten, dient dem heutigen Amtsinhaber offensichtlich als Leitfaden für *gesellschaftliche Stilbildung* und die Aufstockung des amtlichen *Beiwerks*. Das als »Antrag 525« deklarierte Kommissions-Papier für den Parteitag der Hannoverschen SPD im Jahre 1977 ruht mit hundert ähnlichen in irgendeinem Parteikeller, hat wie alle anderen vorher und nachher an der »herrschenden« Praxis nichts geändert und ist vor dem Hintergrund der großen politischen Schweinereien jener Jahre (Extremistenerlaß, Anti-Terror-Gesetze etc.) nur eine Petitesse.

Denn das Leben geht weiter: Im gleichen Jahr 1977 rügte die jetzige Ministerpräsidentin Heide Simonis im Bundestag, daß die Tochter des vom Redakteur zum Regierungssprecher aufgestiegenen Conrad Ahlers auf Staatskosten zum Azaleenfest der Natoflotte im amerikanischen Norfolk eingeflogen wurde, um dort zur Azaleenkönigin gekürt zu werden. Und der ehemalige Bau-Steine-Erden-Vorarbeiter Georg Leber ließ als Verteidigungsminister seine Tochter von »seiner« hauseigenen Luftwaffe in Wien einfliegen, damit sie als aktive Debütantin über das Parkett der Oper swingen konnte.

Damit kein Irrtum aufkommt: Von einem Altsozi wird nicht der moralische Rigorismus eines jungen gefordert. Ein arrivierter Bonze mag so korrupt sein, wie es ihm gefällt – wenn und solange er genau so hemdsärmelig sozialistische Politik macht, wie er seinen *weitgesteckten neuen finanziellen Rahmen* handgreiflich zu erweitern sucht. Aber leider wurde ein solcher Fall bis heute nicht bekannt.

Vielleicht war Noske doch der aufrichtigere Sozialdemokrat: Er hat nicht lange vom sozialen Netz gefaselt, sondern gleich auf widerborstige Arbeiter schießen lassen.

Karl-Heinz Hansen schrieb in KONKRET 4/92 über das Document Center in Berlin

Konkret 04/96, S. 33

Georg Fülberth

Das Politische wird privat
Altes vom Blödmann

»Die Schröders«: Karl-Heinz Hansen und Georg Fülberth beleuchten Vorgeschichte und Weiterungen einer sozialdemokratischen Soap opera

Wenn einerseits die »Bild-Zeitung« viermal hintereinander mit dem Eheproblem eines norddeutschen Ministerpräsidenten aufmacht, der »Stern« derselben Angelegenheit seine Titelgeschichte widmet, andererseits Sie sich nicht für diese Sache interessieren, dann fragen Sie sich allenfalls nach dem Zweck des publizistischen Unternehmens.

Es mag sich um die vorab erfolgende Torpedierung einer Kanzlerkandidatur handeln. Gleichzeitig war Wahlkampf in drei Bundesländern. Zumindest zur Schonung eines – wenngleich nicht an ihnen beteiligten – sozialdemokratischen angeblichen Hoffnungsträgers bestand kein Anlaß. (Vorher war eine ältere Scheidungsangelegenheit Lafontaines drangewesen.) In Kommunisten-Manier mutmaßte der »Spiegel«, das Melodram von Immensen habe die öffentliche Wirkung der neuesten Arbeitslosenzahlen abgeschwächt. Der »Presseclub«-Moderator Fuchs vom Bayerischen Rundfunk teilt diese Ansicht wohl nicht, nahm sie aber als Aufhänger, um die Affäre auch in dieser Runde wenigstens einmal zu erwähnen.

Illustrierte und Boulevardzeitungen gehören zu gewerblichen Unternehmen, haben nicht Stimmen zu maximieren, sondern Gewinne. Also werden sie ihre Berichterstattung nicht ausschließlich parteipolitisch kalkulieren: Zugleich setzen sie auf eine Stabilisierung oder sogar Erweiterung der Kundschaft. Keineswegs manipulieren sie nur, sie bedienen auch real existierende Erwartungen, Meinungen und Stimmungen.

Im hier zu behandelnden Fall konnte der auflagendienliche Betrag an sexueller Mitteilung leicht geliefert werden. Vielleicht gibt es in den Redaktionsplanungen dafür sogar eine Quote. Gleiches wird für die Blicke in die Welt der Opernbälle und großen Hotels gelten. Aber dies sind statische Befunde: Sex und Luxus bilden sozusagen Statisterie und Bühnenbild, doch deshalb allein geht niemand ins Theater. Eine extra Handlung muß hinzukommen. Die scheint hier aber gerade zu fehlen: Ehe-Ärger ist Alltag, und daß zwei Personen des öffentlichen Lebens damit behaftet sind, ändert daran nichts.

Vielleicht sind wir damit bei der Message angelangt. Sie ergibt sich aus der Deckung von dem, was das Publikum sich selbst schon lange gedacht hat, mit dem, was die Redaktion ihm aufschreibt, und ist das einzig Greifbare an der Angelegenheit. Die Tatsachenbehauptungen dagegen sind gleichgültig und zum Glück nicht nachprüfbar. (Wahrscheinlich stimmt fast nichts.)

Uns wird mitgeteilt, daß im Geschlechterverhältnis wie eh und je etwas nicht in Ordnung sei, daß aber der Mißstand jetzt nicht mehr derselbe sei wie vor zwanzig Jahren, als unterdrückende Männer in die Schranken gewiesen werden mußten. Inzwischen sei das Pendel in die andere und ebenso falsche Richtung ausgeschlagen. Landauf, landab seien die Männer überfordert durch Frauen, die ihnen einfach zuviel zumuten. Das räche sich von Zeit zu Zeit. Der Mann sei nämlich kein ausschließlich sittliches Wesen. Wer ihn am Reißbrett entwirft und den eigenen Gatten nach diesem Modell zuschneidet, vergewaltigt – ja! – ihn gewissermaßen und verliert ihn schließlich. Die Frauen hätten nur die Wahl, entweder mit den Männern, so wie sie sind, zu leiden oder ohne sie.

Die Nachricht ist alt. (Aufgeklärte Philologen könnten von einem Topos sprechen, der tief in die Geschichte des Patriarchats zurückreicht.) In neuerer Zeit wurde sie von Esther Vilar verbreitet, war (im Widerspruch zum falschen Schein) immer dominant und kommt ab und zu aus einer scheinbaren Defensive wieder nach vorne.

Sie ist auch schichtübergreifend. In einem Kapitel ihres Buches *Die Offenbarung der Propheten* haben Thomas Ebermann und Rainer Trampert »Neues vom Blödmann« berichtet. Diesen hat man sich als alternativen Lehrer vorzustellen, der sich vor Jahren die Küchenschürze umband, staubsaugte und sich um die Kinder kümmerte, jetzt aber die Faxen dicke hat, die Verkleidung abwirft und wie ein Löwe brüllt.

Oder wie Gerhard Schröder. Die Leserbriefe in »Bild« verbinden Tadel für den Ehebruch mit Verständnis. Im »Stern« steht, der Mann habe sich »wie ein Samurai freigeschlagen«. Er ist eben ein Kerl, auch in der Auto-Frage hat er sich längst losgesagt von jener weibischen Political correctness, die keine Arbeitsplätze schafft. Diesen Stil muß er allerdings durchhalten. Wenn »Bild« fragt, ob die Neue eine Chance habe, darf der Mann sich dadurch nicht provozieren lassen, sondern muß – nach den vielleicht unvermeidlichen anfänglichen Kavaliersgesten – irgendwann klarstellen, daß das nicht sein Problem ist. Gelingt es ihm, dann ist auch, was die Kanzlerkandidatur angeht, nicht aller Tage Abend.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 3/96 über Steffen Menschings »Berliner Elegien«

Konkret 04/96, S. 35

Holger Becker

Im Ententeich

Anmerkungen zu Sahra Wagenknechts Walter-Ulbricht-Bild in KONKRET 3/96

»Sehen Sie, ich kann mich nicht mit einem Mann an einen Tisch setzen, der plötzlich behauptet, der Tisch, an dem wir sitzen, sei kein Tisch, sondern ein Ententeich, und der mich zwingen will, dem zuzustimmen.« So beschwerte sich 1937 Heinrich Mann in einem Brief an Alfred Kantorowicz über einen hochrangigen KPD-Funktionär. Der Ententeich-Agitator hieß Walter Ulbricht und hatte gerade daran mitgewirkt, in Paris dem Versuch einer Volksfront deutscher Hitler-Gegner den Garaus zu machen.

Dabei hatte die Sache ganz gut angefangen. Als sich am 2. Februar 1936 im Pariser Hotel »Lutetia« rund 100 deutsche Emigranten trafen – Mitglieder von KPD, SPD, SAP sowie Bürgerliche – , um den Ausschuß zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront zu gründen, da waren sie sich einig, das Trennende beiseite zu stellen und den Kampf gegen die Nazis gemeinsam zu führen. Zusammengehalten wurde das Gremium, dem bald Heinrich Mann präsidierte, von Willi Münzenberg, dem ehemaligen kommunistischen »Presse-Zaren«. Münzenberg hatte die Volksfront-Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 radikal interpretiert, indem er sich mühte, die auf den verschiedenen politischen Seiten bestehenden »Kontaktsperren« zu überwinden, und indem er das bis dahin geheiligte, von Sinowjew und Stalin aufgestellte »Sozialfaschismus«-Dogma rigoros verwarf. So gewann er für die deutschen Kommunisten die Fähigkeit zu selbständiger Entscheidung, insbesondere im Verhältnis zu den Sozialdemokraten, zurück.

Doch schon im August 1936 leitete Stalin den Erstickungstod der Volksfront ein: mit dem Moskauer Sinowjew/Kamenew-Prozeß, den nun auch die KPD-Vertreter bis aufs Messer und zum Erschrecken nichtkommunistischer Antifaschisten verteidigen sollten. Als Exekutor in praxi betätigte sich bald Walter Ulbricht, der ab September 1936 in Paris zusammen mit Franz Dahlem und Paul Merker das Dreigestirn der KPD-Auslandsleitung bildete. Der von Ehrgeiz zerfressene Ulbricht begann damit, gegen den Integrator Münzenberg zu intrigieren, um diesen von der Volksfront-Arbeit fernzuhalten. Heinrich Mann zog sich daraufhin aus der antifaschistischen Sammlungsbewegung zurück. Zwar konnte Paul Merker den Schriftsteller noch einmal wiedergewinnen, und auf Intervention Heinrich Manns bei Wilhelm Pieck zog die KPD den Büro-Napoleon Ulbricht von Paris nach Moskau ab. Doch mit der Volksfront war es alsbald vorbei.

Warum dieser Exkurs? Teilte man Sahra Wagenknechts Sicht, dann dürfte es ihn nie gegeben haben, den Exil-Unsympathen Ulbricht, der sich laut Münzenberg in Paris wie ein »Elefant im Porzellanladen« benahm. Und die Lebensgeschichte des spitzbärtigen Sachsen wäre die einer Lichtgestalt – die eines »kompromißlosen Strategen und brillanten Taktierers«, eines »jung überzeugten Kommunisten und noch als Greis lernwilligen Reformators«, eines »machtpolitischen Praktikers mit langem Atem und ungebrochenen Idealen«. So jedenfalls lautet Wagenknechts W.U.-Kurzformel. Den engstirnigen Eiferer des Pariser Exils läßt sie einfach weg. Und ebenso den äußerst nachtragenden W.U., der in den fünfziger Jahren die Chance nutzte, sich an Paul Merker für die Pariser Schlappe zu rächen.

Wer dieses alles nicht weiß oder nicht wissen will, kann aber das Erstaunliche nicht ermessen, das sich in Ulbrichts späterem Wirken zeigt – von dem wiederum viele auch gar nichts wissen. Denn mit ihrer Formulierung von dem »als Greis lernwilligen Reformator« hat Wagenknecht unbedingt recht. Ja, Ulbricht hatte das Format, unter bestimmten historischen Umständen zum »Reformator« zu werden – oder sagen wir besser: zum politischen Träger einer Reform, die vergleichsweise die intelligenteste und aussichtsreichste in der Geschichte des real existierenden Sozialismus war. Sie setzte ein nach dem Mauerbau, der für die DDR erst einmal eine große Chance bedeutete, aber auch das vorläufige Ende der Ausreden auf die Destabilisierungsversuche des Westens. Diese Reform zielte auf einen produktiveren Sozialismus und damit auf das Überleben der DDR unter den Bedingungen der sich abzeichnenden wissenschaftlich-technischen Revolution. Dem dienten die Einführung des Neuen Ökonomischen Systems mit seiner Verbindung von Plan und Markt und die wirtschaftliche Ausrichtung der rohstoffarmen DDR auf eine intelligenzintensive Produktion. Und diese Reform hatte (im Unterschied beispielsweise zur Stümperei des Zauberlehrlings Gorbatschow) einen »soziologischen Adressaten«: Langfristig sollte sie von jungen Leuten getragen werden, die das vom SED-Politbüro im September 1963 beschlossene »Jugendkommuniqué« ermunterte, sich als »Hausherren von morgen« zu fühlen.

Die geschichtliche Ironie, die in Ulbrichts Weg vom Ententeich-Agitator zum DDR-Reformator liegt, haben weder der Biograph Podewin noch seine Kritikerin Sahra Wagenknecht verstanden. Der Ulbricht der sechziger Jahre mußte verteidigen, was der Ulbricht der dreißiger Jahre demontiert hatte: die Möglichkeit zu selbständigen, von Moskau unabhängigen Entscheidungen. Und diese Verteidigung wurde zunehmend schwieriger, nachdem 1964 Nikita Chruschtschow gestürzt worden war und sich mit KPdSU- und KGB-Rückenwind in der DDR-Führung eine Anti-Ulbricht-Fronde gebildet hatte. Bereits Ende 1965 erhielt die gerade eingeleitete Reform den Todesstoß: mit dem Handelsabkommen UdSSR-DDR für den Zeitraum 1966 bis 1970, das der kleinen DDR die massenhafte Lieferung großtonnagiger Güter wie

Schiffe und Waggons aufdrückte und damit den Ansatz einer intelligenzintensiven Produktion zerstörte, und mit dem 11. Plenum des ZK der SED, das die Demontage der neuenJugendpolitik einleitete.

Im übrigen: Für verfehlt halte ich die Grundkonstruktion des Wagenknecht-Textes. Er beschreibt Ulbricht als Politiker, der sich von der Stalin-Note 1952 bis zum Ende seiner politischen Karriere einer Deutschlandpolitik Moskaus erwehren mußte, die DDR aufzugeben. Schon richtig: Die Kreml-Führung hat ihre »Kronkolonie« DDR letztlich immer als eine Art Verfügungsmasse betrachtet. Doch nach der Hinrichtung Berijas 1953, dem man die Absicht der »Umwandlung der DDR in einen bürgerlichen Staat« vorwarf, und nach dem 13. August 1961 konnte in Moskau für Jahrzehnte niemand mit dem Gedanken eines Abstoßens der DDR hausieren gehen. Es sei denn, er wollte seinen politischen Untergang riskieren. Lassen wir also historische Gerechtigkeit walten: Die Rolle des Berija-Wiedergängers kommt Michail Katastrophowitsch Gorbatschow zu.

Konkret 04/96, S. 35

Klaus Bittermann

Ein Gebinde für Walter

Manchmal scheint schon der Name davon zu künden, wie es um die Hoffnung der Kommunisten Deutschlands und ihre Plattform bestellt ist. Nicht jedem ist es eben gegeben, Rosa Luxemburg zu heißen, aber zumindest beim Schreiben will Sahra Wagenknecht ihrem Namen alle Ehre machen. Ihre Artikel versprühen den Charme eines Parteiprogramms, und ihre Sätze sind von der Eleganz eines Holzscheits, sie sind bombastisch und duften nach 50er Jahre, nach Bohnerwachs und Bratkartoffeln, als der Jargon der Nomenklatura noch alles plattwalzte.

Wer ihren Text liest, inhaliert nicht nur Langeweile pur, der weiß danach auch ganz genau: Daß die Linke – die kommunistische zumal – so unattraktiv ist, wie sie ist, das liegt an Sahra Wagenknecht. Dachte ich. Ist aber nicht so. Jedenfalls nicht immer. Das zeigt Wagenknechts als Rezension einer Ulbricht-Biographie getarnte, seltsam anmutende nekrophile Liebeserklärung, die einem Mann gilt, der »unstrittig ... zu den Staatsmännern (gehört), die die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts bewegt und mitgeprägt haben«. Und weiter: »Sucht man unter ihnen solche, die ihr Wirken der fortschrittlichen Richtung verschrieben, dürfte es schwerfallen, Namen von Gewicht neben dem seinen zu finden. Und dennoch ist die Lebensgeschichte dieses kompromißlosen Strategen und brillanten Taktikers, ... dieses machtpolitischen Pragmatikers mit langem Atem und ungebrochenen Idealen bis heute ungeschrieben.«

Das hat kabarettistische Qualitäten, weil es so gespreizt und pfauenhaft sich gibt und dennoch bloß angestrengte Beamtenprosa ist, weshalb sich lautes Vorlesen dieser Passage empfiehlt, vor allem in düsteren Stunden.

So geht das also zu im Osten. Da gab(s nämlich auch »unstrittig« Staatsmänner, nicht bloß Staatsbüttel, »Namen von Gewicht«, die Geschichte gemacht haben, denn mit dem Volk war ja kein Staat zu machen. Die im Westen denken, bloß sie hätten große Männer hervorgebracht. Da haben sie sich aber geschnitten, denn der Osten kann da locker mithalten. Der Osten hat Onkel Walter, und der hätte sich nicht träumen lassen, daß er jetzt noch solch hagiographische Gebinde ins Grab hinterhergeworfen bekommt.

Verkehrte Welt! Die Kommunisten machen aus der Geschichte von Klassenkämpfen eine Geschichte von Staatsmännern, die ostdeutsche CDU mahnt in einem Erneuerungspapier die »innere Revolution« an. Was beide eint, ist die ostdeutsche Identität. Bei solchen Verteidigern mußte die DDR einfach zusammenbrechen. Leider, denn die ästhetischen und politischen Zumutungen derer da drüben waren hinter dem eisernen Vorhang doch ganz gut aufgehoben.

.

Konkret 04/96, S. 36

Ralf Schröder

Coaching für Raubmörder

Die Dritte-Welt-Solidarität ist heute fast ausschließlich Sache sogenannter □ Nichtregierungsorganisationen□ . Ein Blick auf deren Engagement zeigt, daß die Dialektik des kritischen Mitmachens dabei ist, eine neue Farce hervorzubringen

Was kommt dabei heraus, wenn Hilfsbereitschaft und Politikwissenschaft kopulieren? Solche Analysen:»Doch die Hindernisse, die einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen, sind vielfältig. Sie reichen von menschlicher Habsucht und Gleichgültigkeit gegenüber natürlichen Ressourcen, Armut und sozialer Ungerechtigkeit bis zur Unausgeglichenheit nationaler und internationaler Zahlungs- und Handelsbilanzen. So hat sich die Menschheit in einem Netz vieler sich gegenseitig verstärkender Faktoren verfangen ...« Die Passage stammt aus dem Rundbrief des »Forums Umwelt & Entwicklung«, eines lockeren Zusammenschlusses deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO). Sein Programm ist schlicht: »Die im Forum zusammengeschlossenen NRO betrachten es als ihren politischen Auftrag, die in Rio diskutierten Themen umfassend und breit zu bearbeiten.« Ähnliche Aufträge haben sich fast alle hierzulande als NRO firmierenden Initiativen und Verbände erteilt; ihr Spektrum umfaßt schlagkräftige Großmissionen wie Welthungerhilfe und Misereor, Öko-Agenturen wie BUND und Naturschutzjugend, Menschenrechtswächter wie Germanwatch und Terre des hommes, kommunale Solidaritätsforen, Initiativen für fairen Handel und evangelische Studentengemeinden. Der durchgängige Bezug auf den sogenannten Klima-Gipfel von Rio im Jahr 1992 ist kein Zufall, sondern durch – wie hieß das eben? – »viele sich gegenseitig verstärkende Faktoren« zu erklären.

Anfang der neunziger Jahre war’s mit der traditionellen internationalistischen Solidarität vorbei. Nicht nur, weil der Soli-Nachwuchs fehlte, da die Jugend die Freude an Revolte und Engagement verloren hatte. Nachdem mit der Liquidierung der Sowjetunion die letzten Befreiungsbewegungen zur Demobilisierung und – bestenfalls – an die Runden Tische gezwungen waren, andere – ANC und Swapo etwa – in die Präsidentenpaläste einrückten, blieben als aktive bewaffnete Formationen lediglich jene Gangsterbanden übrig, die von Tschetschenien bis Mosambik unter der Flagge von Religion, Selbstbestimmung oder Nation die Neueinrichtung des Clan-Wesens betreiben und für westlichen Humanismus allenfalls in jenen Ausnahmefällen den Adressaten stellen, in denen die eigene Obrigkeit die Förderungswürdigkeit attestiert, vgl. Balkan. Gleichzeitig räumten Geschichtswissenschaft und Politik plötzlich unumwunden ein, was vier Jahrzehnte lang als linksextreme Agitation gegolten hatte: daß die »Entwicklungshilfe« nichts mit Helfen zu tun hat, sondern vom US-Präsidenten Truman nach dem Zweiten Weltkrieg erfunden worden war, um die Ausbreitung des Kommunismus zu blockieren. Schließlich polte sich die akademische Ideologieproduktion um: Ein Kurzauftritt für das »Ende der Geschichte«, dann kam die »Eine Welt« auf die Erde. Die »Eine Welt« kennt soziale Interessen und ihre Verwalter nur als Fußnoten oder Konferenzteilnehmer; sie besteht aus lauter geschichtslosen und teils unangenehmen Sachzwängen und »Strukturen«, die alle etwas miteinander zu tun haben – »globale Interdependenz« – und deren Rangfolge im »Politikdialog« auf UN-Kongressen ausgehandelt wird. Der Status quo der imperialistischen Ökonomie taucht in den ordinären Denkfiguren der »Einen Welt« unablässig als »weltwirtschaftliche Rahmenbedingung« auf.

Dieser Komplex zeitgemäßer Gesellschaftstheorie fand allerorten Beifall, als Praxisanleitung ist er allerdings auf die »Neue Internationale« (»Zeit«) der Nichtregierungsorganisationen zugeschnitten. Deren äußerst heterogenes Personal – zu dem die langgediente Anti-Apartheidkämpferin ebenso gehört wie der gegen das Elend in Bangladesh engagierte Student aus der Katholischen Hochschulgemeinde oder der hochbezahlte Misereor-Manager – wird durch drei fixe Ideen zusammengehalten.

Erstens: Die Rettung der Welt sei eine Frage von Verhandlungsgeschick und Dialogfähigkeit. Deshalb machen Tausende von NRO-Aktivisten seit Rio Infotische an den Eingängen diverser Uno-Konferenzen und feilschen mit den entsandten Diplomaten um einzelne Passagen in folgenlosen Abschlußerklärungen oder Resolutionen. Andere ringen mit Ministerialbeamten oder Gemeinderäten um die Erhöhung von NRO-Posten in irgendwelchen Etats. Stellt sich Erfolg ein, wird dies sogleich auf die Qualität der eigenen Argumente zurückgeführt. Wer die Welt als Konferenzsaal wahrnehmen will, dem fügt sich folgerichtig das Verhältnis von »Nord« und »Süd« in ein »Konflikt«-Modell, das noch die unverschämtesten Zumutungen der Kolonialpolitik deshalb als verhandelbar anerkennt, weil sie real existieren.

Zweitens: Der Fortbestand des Planeten sei von einer Vernetzung der NRO abhängig. Weil das vermeintlich die Verhandlungsmacht stärkt, gründen NRO-Funktionäre unentwegt und international Netzwerke und Dachverbände, die dann im Jargon des politologischen Neusprech miteinander kommunizieren. Wer mit Begriffen wie »offene politische Aushandlungsprozesse«, »nationale Strategiefindung«, »vertikale Informationsbeschaffung«, »blueprints for a green economy«, »politikrelevante Erkenntnisse« oder »windows of opportunity« nichts anfangen kann, kommt auch für das Abfassen von Thesenpapieren nicht in Frage.

Drittens: Eine erträgliche Zukunft der »Einen Welt« sei an ein blühendes NRO-Wesen geknüpft. Während sich herkömmliche politische Initiativen stets als Vertretung abgrenzbarer Interessen oder Ideale verstanden, reklamieren

NROler Globalzuständigkeiten für sich, indem sie etwa Sorge für »mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt« tragen. Den Glauben an die eigene Bedeutung hat auch der NRO-Soziologe Manfred Glagow beobachtet: »Nicht zuletzt vertritt jede NRO erst einmal ihr Hauptinteresse: das Überleben der eigenen Organisation bzw. wenn möglich ihre Expandierung. NRO stehen in Konkurrenz zueinander, umso mehr, wenn sie sich um grundsätzlich knappe Ressourcen streiten müssen.«

Was der Hamburger Sozialwissenschaftler Wolfgang Hein ganz versonnen als »Nukleus einer internationalen Zivilgesellschaft« bezeichnet, verliert den Charme der karitativen Sanftmut, sobald man die Programmatik der schwarzrotgoldenen NRO-Abteilung zur Kenntnis nimmt. Eine 1994 mit viel Tamtam lancierte »Wahlcharta Entwicklung und Umwelt« z.B. repetiert eingangs ganz brav jene Formel, mit der Politikwissenschaft und Feuilleton den gesteigerten Expansionsdrang des deutschen Imperialismus reflektieren und anfeuern: »Deutschlands Verantwortung ist gewachsen«, aber – Coaching für's Establishment – »ob und wie Deutschland sie wahrnimmt, können wir mitgestalten.« Dann will die Wahlcharta – unterzeichnet u.a. von Terre des hommes, Germanwatch, BUND, aber auch von einer Vielzahl kampferprobter Initiativen aus der Solidaritätsbewegung – unbedingt den Beweis antreten, daß es keine Sauerei gibt, die nicht rotgrün zu therapieren wäre. Als wären internationale Handelsabkommen quasi aus Versehen zur juristisch sanktionierten Absegnung der weltweiten Räuberei geraten, fordern die NRO-Wahlkämpfer: »Deutschland muß sich dafür einsetzen, das GATT nach sozialen und ökologischen Kriterien zu reformieren« und: »soziale und ökologische Reform der Strukturanpassungspolitik von Internationalem Währungsfonds und Weltbank«. Vor nicht allzu langer Zeit hatte man nicht nur jene bewußt angelegte Verelendungsstrategie des IWF scharf kritisiert, sondern gleich die Abschaffung der Institution gefordert.

Wie sehr die Neue Internationale gedanklich bereits mit den hiesigen Neoliberalen verbandelt ist, zeigt die Forderung zum Staatsbürgerrecht: Statt nach der Abstammung solle man künftig nach einem »deutschen Geburtsort« oder »nach der Nützlichkeit des und der einzelnen für das Gemeinwesen« fragen. Dazu paßt, daß die Wahlcharta eine – noch ein wenig verschämt klingende – Frühversion des Bündnisses für Arbeit enthält: Im internationalen Wettbewerb »ist auch Deutschland großem Druck ausgesetzt. Das enorm hohe Technologietempo, Rationalisierungsschübe, Managementfehler und z.T. der Hinweis auf zu hohe Lohnkosten führen zum Verlust von Arbeitsplätzen.« Fehlt was? »Ohne die bisherige Umweltpolitik hätte der ›Standort Deutschland‹ noch weniger Exportchancen.« Schließlich hätten die Verfasser der Wahlprüfsteine gerne ein »Wohlstands- und Konsummodell«, das nicht nur »sozial- und umweltverträglich« ist, sondern auch – die Qualität dieser absurden Phrase macht endgültig klar, daß hier Opposition nur simuliert wird – »globalverträglich«.

Opposition so darzubieten, daß einerseits die Kritik kritisch klingt und gleichzeitig der organisierte Raubmord der »internationalen Strukturen« weiterhin Deckung hinter den Sachzwängen des kapitalistischen Wertgesetzes nehmen kann, ist nicht einfach, und so müssen die NRO-Aktivisten immer wieder an die eigene Widerständigkeit erinnern: Im Juli 1995 berichtete in der Zeitschrift »ak« jemand über das »Klimabündnis«, in dem sich europäische Stadträte und die »indigenen Völker Amazoniens« vereinigt haben, um »nicht länger auf internationale Vereinbarungen der Regierungen zu warten, sondern vor Ort gezielte und konkrete Maßnahmen einzuleiten, um die klimagefährdenden Emissionen zu verringern und zum Erhalt der Regenwälder beizutragen«. Der »Beitritt zum Klimabündnis« sei »ein guter Ansatz für eine antiimperialistische ›Eine Welt‹-Politik, die sich nicht in der Rolle des hilflosen Helfers erschöpft«. Die weitaus häufiger vorfindbare Light-Variante dieses Rebellentums scheut das Wort »anti« ebenso wie den Begriff »Imperialismus«. Das »Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« träumt vom »Fernziel einer solidarischen Ordnung«, der Rundbrief des »Forums Umwelt & Entwicklung« (4/94) ist ähnlich präzise: »Umwelt-, Verbraucher- und Entwicklungsorganisationen sind nur ein Teil eines gesellschaftspolitischen Bündnisses, das zur grundlegenden Umsteuerung unserer Gesellschaft im ökologisch-solidarischen Sinne notwendig ist. Ohne Vision, aber auch ohne klare (manchmal ungeduldige) Zielstellungen sind kritische NGO gesellschaftspolitisch überflüssig.«

Visionäre dieser Art ziehen denn auch einen dicken Trennstrich zur Vergangenheit, nicht zuletzt, um potentiellen Geldgebern klarzumachen, daß der Internationalismus nun ein vernünftiges Management hat: »Eine Antwort auf diese Krise der Solidaritätsbewegung sind die Lobbygruppen. Sie sind nicht mehr der große Entwurf, nicht mehr die Utopie der Gegengesellschaft, sondern die eher bescheidene, realistische Variante des Vorschlags für den Fall, daß der große Gegen-Entwurf nicht beachtet wird. Wo nicht alles geändert werden kann, sollte man zumindest das Wenige nicht unversucht lassen« – so bringt Germanwatch-Funktionär Klaus Wardenbach in den »Blättern des iz3w« (Jan. 96) eine in der NRO-Welt festverankerte Ansicht auf den Punkt.

Zur Veranschaulichung hielt Terre des hommes-PR-Chef Wolf Christian Ramm in der regierungsnahen Zeitschrift »Entwicklung und Zusammenarbeit« (11/94) einen Kurzlehrgang in Sachen Lobbyismus ab: Es gehe um »gezielte Einflußnahme auf relevante Entscheidungsträger in Staat, Bürokratie, Verwaltung, Wirtschaft usw., wie sie nach klassischem Verständnis in der Wandelhalle des Parlaments stattfindet«. Und welche Qualifikationen brauchen Lobbyisten, Herr Ramm? »Diese Form der Einflußnahme setzt auf seiten des Lobbyisten genaue Kenntnisse über die Funktionsweise des politischen Systems und seine bürokratischen Spielregeln sowie – idealerweise – ein Angebots- bzw. Drohpotential gegenüber dem Ansprechpartner voraus.« Aha. Was wäre denn das Angebotspotential? »Lobbyarbeit erfordert auf seiten

entwicklungspolitischer NRO die klare Entscheidung, sich auf die Spielregeln dieses Systems einzulassen. Hier müssen vor allem die aus systemoppositionellen Bürgerinitiativen hervorgegangenen NRO, die die Legitimität ›des Systems‹ grundsätzlich in Frage stellten, umdenken.« Wirklich? Wäre das nicht schade? »Die Balance zwischen Systemkritik und pragmatischer Kooperation, die gerade für viele jener NRO, die Zuwendungen vom Staat erhalten, immer ein Problem darstellte, muß dabei nicht grundsätzlich zu einer Seite verschoben werden, doch bedeutet die stärkere Akzentuierung des einen Elements immer eine Schwächung des anderen.« Artet die pragmatische Kooperation vielleicht manchmal in missionarischen Eifer aus? »Die Herangehensweise ist voluntaristisch, im Vordergrund steht eher der Glaube an die Sinnhaftigkeit und moralische Überzeugungskraft des eigenen Anliegens ... Gerade weil die NRO zwar durch einen Stamm von Spendern, Unterstützern und Förderern getragen werden, jedoch nicht über ein gesellschaftlich relevantes und mobilisierbares Sanktionspotential verfügen, können sie zwar als einzelne Lobbyisten im Regelfall fachliche Expertisen und moralische Überzeugungskraft, nicht jedoch wirkliche ›bargaining power‹ (Streiks, Entlassungen) ins Feld führen.«

Was hier forsch als Selbsterkenntnis präsentiert wird, ist materielle Grundlage für einige programmwidrige Dreistigkeiten, die sich die deutsche Abteilung der »Avantgarde der Weltbürger« (»Zeit«) auf dem Felde der Praxis herausnimmt. So steht zum einen die verbandsinterne Demokratie nicht sonderlich hoch im Kurs: »Zeitraubende Abstimmungsprozesse auf seiten basisdemokratisch bzw. basisbürokratisch strukturierter NRO«, so Terre des hommes-Sprecher Ramm, »kosten Effektivität und Reputation als Gesprächspartner«. Und geheimdiplomatische Mauschelei war noch nie ein Problem für die, die dabeisein durften: »Verhandlungen hinter geschlossenen Türen«, so J.H. Spangenberg vom BUND, »können dann sinnvoll sein, wenn es um Entscheidungsvorbereitungen geht, wenn sensible Kompromisse schrittweise erarbeitet werden sollen.« Da eine zahlungswillige bzw. -fähige Basis nicht (mehr) existiert und der NRO-Anhang mittlerweile vor allem aus Journalisten, Parlamentariern und Spendern besteht, etabliert sich eine Kaste aus akademisch-hauptamtlichen Funktionären, die nicht nur »eigenständige politische Funktionen« fordern (Spangenberg), sondern für den Gedeih ihrer professionellen Weltverbesserei auch noch ständig Knete aus öffentlichen Haushalten wollen. Aus dem Protokoll der Plenumssitzung des »Forums Umwelt und Entwicklung« vom März 95: Da sich die Regierung verpflichtet habe, »NRO in den Rio-Folgeprozeß einzubeziehen«, ergebe »sich auch ein Anspruch der NRO auf Fördermittel. Da der Titel entwicklungspolitische Bildungsarbeit (des Entwicklungshilfe-Ministeriums BMZ, R.S.) solche Arbeit allein nicht abdeckt, müssen neue Titel geschaffen werden ...« Der kategorische Imperativ solcher Statements entspringt stets dem NRO-typischen Wahn globaler Gemeinnützigkeit; würden sich Gewerkschaftsgeschäftsführer befleißigen, in solchem Ton über interne Mitbestimmung, Mauschelei oder gar öffentliche Zuschüsse zu reden, wäre unverzüglich eine Rüge wegen bürokratischer Anmaßung fällig.

Insgesamt kommen die NRO auch ohne nennenswerte soziale Basis ganz gut klar – weil sie sich selbst zunehmend zur sozialen Basis der Bonner Entwicklungspolitik machen. »Der Daseinszweck von NRO«, so der Soziologe Glagow, »besteht nun nicht allein im Sammeln von Spenden und im Aufsaugen ehrenamtlicher Mitarbeit, sondern in der sinnvollen Verwandlung dieser gesellschaftlichen Ressourcen in Entwicklungshilfemaßnahmen. Um das leisten zu können, suchen sich die NRO Partner im Entwicklungsland, in der Regel wieder NRO, die vor Ort gesellschaftlich eingebunden sind.« Das funktioniert so gut, daß beispielsweise 1993 das BMZ das Spendenaufkommen von 1,4 Milliarden DM noch einmal um 800 Millionen Mark aufstockte. Ein Vertrauensbeweis, der die NRO dazu antreibt, sich detailliert den Defiziten und Problemen ihrer amtlichen Dialogpartner zu widmen: Ein unter Beteiligung von NRO-Vertretern verfaßtes »Memorandum« zu den letzten Bundestagswahlen gab Helmut Kohl in aller Kameradschaft den Tip, er solle die Entwicklungspolitik zur »Chefsache« machen; dabei müsse »die Aufbauorganisation der Ministerien auf die Erfordernisse der globalen Strukturpolitik ausgerichtet sein ..., um die Wirksamkeit einer kohärenten Politik zu verstärken«.

Bei soviel instruktiver Kritik hat sich zwischen Entwicklungshilfeminister Spranger und den NRO eine richtige Freundschaft entwickelt. Im Juni 95 erklärten die Generalsekretäre der evangelischen Welthungerhilfe und Terre des hommes', »das Problem des Carl Dieter Spranger sei nicht, daß er nichts sage, sondern daß er nichts zu sagen habe«. Energisch plädieren die Kritiker für eine Kabinettsreform, die mehr Kompetenzen beim CSU-Rechtsaußen bündelt. Die Sympathie ist ganz auf Sprangers Seite. Als sich vor einigen Wochen in Bonn der »Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.« gründete, gab's eine Grußrede vom Minister: »Gemeinsam sind wir in der Entwicklungspolitik stärker. Und dies ist es doch, was wir alle wollen. Ich bedanke mich jedenfalls noch einmal ganz herzlich für Ihre Unterstützung in der Haushaltsdebatte.« Ein vorläufiges Fazit dieser nationalen Allianz für die Eine Welt zog Germanwatch-Chef Holger Baum Mitte 1995 im »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt«: »Wo Erhard Eppler einst von internationaler Solidarität sprach, argumentiert Spranger heute ganz offen mit den deutschen Eigeninteressen. Vor wenigen Jahren noch wäre darüber bei kritischen Dritte-Welt-Gruppen und Entwicklungsorganisationen ein Sturm der Entrüstung losgebrochen. Doch die führen heute ganz ähnliche Argumente ins Feld.« So billig wie die Neue Internationale war die der Sozialdemokraten in der Tat nie zu haben.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 1/96 über eine Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Konkret 04/96, S. 39

Wiglaf Droste

In diesem Sinne
Ehrenschutz für Alice Schwarzer

Als Heimsuchung ist Alice Schwarzer eine verläßliche Kraft. Seit gut 20 Jahren tritt sie konsequent in alles auch nur Fettnapfähnliche, das in Reichweite steht. Exakt zu dem Zeitpunkt, da deutsche Soldaten sich anschicken, zu beweisen, wie recht Kurt Tucholsky hatte, forderte Alice Schwarzers »Emma« in einer 30seitigen Titelgeschichte das Recht auch deutscher Frauen ein, in der Bundeswehr dienen und endlich legal auf Ausländer schießen zu dürfen (»Emma« 1/96).

Kaum hatte sich Frau Schwarzer kriegstauglich gemeldet, wurde ihr langer Einsatz für Frauenschaft und Vaterland endlich belohnt: Am 26. Januar 1996 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz, und weil sie ihre Zeitschrift hauptsächlich herausgibt, um mit ihrem persönlichen Fortkommen zu renommieren, wissen andere das jetzt auch.

»Die Ehre der Geschlechter« nennt sie das Editorial der aktuellen »Emma« (3/96). Als Kriegsdienstverweigerer kennt man den Jargon: Wer von Ehre redet, hat sonst nichts im Angebot und mit andern Übles vor. Für einen Staat, der Alice Schwarzer mit Lametta behängt, darf man sich schon mal totschießen lassen, meint Frau Schwarzer. Sie irrt auch in diesem Fall.

Daß man durch konsequentes Abschalten des Verstandes bei gleichzeitiger Armfuchtelei in Bioleks Kochstudio kommt, ist bekannt; daß dieses aber irgend etwas anderes bedeute, als daß man eben eine perforierte Langweilerexistenz führt, trifft nicht zu, auch wenn Alice Schwarzer noch so an der Legende strickt, ihre verbissen exekutierte Karriere weise über sich selbst hinaus.

Weil es sonst niemand tut, bescheinigt sie sich selbst »kritisches, unbequemes Engagement« und sieht sich als Nachfolgerin von Beauvoir und Sartre. Das ödet. Da sie aus ihrem Seniorinnenblatt jede Frau weggebissen hat, die intelligenter ist als sie, verhindert kein gnädiges Lektorat Sätze, die original Schwarzer und nur Schwarzer sind: »Als ich älter wurde, dachte ich zunehmend nach.« So schreiben zu müssen, das ist Gerechtigkeit.

Noch gerechter allerdings wäre es, man würfe Volker Rühes Generalgouvernante Schwarzer über einem Gebiet ab, in dem sie andere so gern sterben sehen möchte. Doch natürlich kommt es anders: Soldatinnen sind Mörderinnen, und wer das schreibt, kriegt, wg. »Ehrenschutz«, drei Jahre Karzer. Denn die schönsten Menopausen sind lila.

Konkret 04/96, S. 39

Thomas Ebermann

In diesem Sinne
Populismus-Potpourri

Ein Jahrgang »Spiegel«, würde ich wetten, enthielt vor zehn Jahren nicht so häufig die Worte »Populist« und »Populismus«, wie die sechs Seiten im Heft 10/96. Die schlimme Sache ist nicht deutschen Ursprungs, vielmehr eine Erfindung US-amerikanischer Farmer, und zunächst blieben diese »historischen Populisten ein regionales und flüchtiges Phänomen«. Zwar erlebt »Amerika ... regelmäßig Schübe von Populismus«, im Süden des Erdteils war »Juan Peron ... in diesem Sinne ein Populist«, aber in Deutschland war »Populismus statt Politik« einfach zu unseriös, mehr noch, »einen Politiker einen Populisten zu nennen, kam bis vor kurzem einer Hinrichtung gleich«. Funktionierte die Methode noch, es bedürfte Massengräber, denn nun »ist der Populismus nahezu eine Massenerscheinung geworden«, und »Populisten finden sich in allen Parteien«. Zwar kann man über Lafontaine sagen, »der Populist wandelte sich zum Vordenker«, und er selbst meint manchmal, »berechtigte Forderungen darf man nicht als Populismus diskreditieren«, aber weil er auch verficht, »Populismus ist besser als unpopulär zu sein«, bietet er doch »schieren Populismus«. Unglaubwürdig ist die CDU; sie »gebärdet sich als Hort antipopulistischer Vernunft«, aber Schäuble »ist der denkbar schlechteste Kronzeuge gegen Populismus«, Kohl ist »zeitlebens ein Meister der populistischen Aktion gewesen«, Stoiber betreibt mit seiner Kruzifix-Kampagne »Populismus in Reinkultur«. Zwar waren die Populisten früher »vorwiegend unter den Rechten zu finden«, aber »Populismus ist kein Monopol der Erzkonservativen, sondern ideologiefrei«.

Was also ist Populismus? »Eine Stimmung demagogisch aufheizen, gar wider besseres Wissen ... – das ist Populismus der üblen Sorte.« So viel zum üblen, nun zum landläufigen: »Im allgemeinen Sprachgebrauch sind Populisten jene Politiker, die dem Volk nach dem Maul reden, um mit unerfüllbaren Versprechen Stimmen zu fangen.« Vom allgemeinen Sprachgebrauch zum konkreten Grund der deutschen Populismus-Flut: Es ist die hilflose Ohnmacht: »Die Parteien kapitulieren vor den komplizierten Problemen und flüchten in Populismus.« Zwar könnte »Einigkeit über die großen Eingriffe in die Institutionen des Wohlfahrtsstaates« erzielt werden, aber die Feigheit vor der unpopulären Maßnahme verhindert das. »Es gibt eben auch den Populismus des Nichtstuns, des Verzichts auf politische Führung.«

Wie müßte daher ein Führer geschaffen sein, der wieder Politik statt Populismus treibt? Der »Spiegel« verrät's: »Blut-, Schweiß- und Tränenreden verlangen Kanzler ... am liebsten von ihrem Nachfolger.« Nun brauchen wir einen, der die zentralen Erfordernisse an die Untertanen, nicht nur Scharmützel um Aussiedler, Kruzifixe oder gar Öffnungszeiten in Biergärten, in den Mittelpunkt seines Schaffens rückt.

Konkret 04/96, S. 39

Michael Schilling

In diesem Sinne N□ rnberg/Den Haag

So sehr hat das Geschwätz von der Zivilgesellschaft, die in den reichen Staaten des Nordens entstanden sei, deren Bewohner verblödet, daß Kritik keine der Kenntnisse mehr voraussetzen kann, die abzufragen vor zehn Jahren noch als beleidigend gegolten hätte: daß, beispielsweise, die herrschende Meinung die Meinung der Herrschenden ist, und wie die Meinung so die Moral, die Gesetze, die Richter.

Das gilt auch, wenn die Vereinten Nationen einen Gerichtshof einrichten, der Verbrechen gegen die Menschheit ahnden soll. Es galt für das Tribunal von Nürnberg, es gilt für das von Den Haag. In beiden Fällen wurden traditionelle Rechtsnormen dem Interesse der Strafverfolgung geopfert, immer wieder wird der erste als Vorbild des zweiten angeführt, keiner legt größeren Wert auf die Identität beider Ereignisse als die Deutschen, die das zweite aus der Rolle des historischen Angeklagten in die des Richters befördert.

Doch es gibt einen Unterschied, und es ist einer ums Ganze: Auch in Nürnberg saßen die Herrscher der Welt zu Gericht, oder vielmehr zweier einander feindlicher Welten, die nur in einem einzigen Punkt einig waren: das nationalsozialistische Deutschland zu besiegen und exemplarisch zu bestrafen. Seit der Kapitulation der sozialistischen Staaten kennen die Vereinten Nationen keine Parteien mehr, sondern nur noch die Siegreichen (G-)Sieben und einen von milden Gaben abhängigen oder von Drohungen eingeschüchterten Rest der Welt.

Konnte der Nürnberger Gerichtshof, allen juristischen Unzulänglichkeiten zum Trotz, als ein ideelles Gesamtgewissen der Menschheit verstanden werden, vollstreckt das, was im Haag unter ständiger Verletzung der eigenen Regeln Weltgewissen mimt (wie bei dem Kidnapping des Generals Djudic, seiner Vernehmung als Zeuge und, weil er nicht als Denunziant mitspielte, seiner Beförderung zum Angeklagten), bloß den politischen Willen seiner Auftraggeber, rechtsförmig nachzuweisen, daß die herrschende Meinung über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien nicht die Meinung der Herrschenden, sondern die historische Wahrheit sei.

Konkret 04/96, S. 40

Kunst & Gewerbe

Bohleys Neuer

Was der DDR, der ach so früh dahingeschiedenen, an erster Stelle vorzuwerfen wäre, sind die Dissidenten, die sie hervorgebracht hat. Wenn sie es gewesen sein sollen, die das Ende dieses Staates maßgeblich herbeigeführt haben – und genau das reklamieren sie für sich und sind auch noch stolz drauf – , dann ist das wahrlich ein überwältigendes geistiges Armutszeugnis, welches die Frage, ob die DDR eine Chance hatte, die Sahra Wagenknecht und viele ihrer Mitstreiter bewegt (siehe KONKRET 3/96), ganz und gar realitätsfremd erscheinen läßt. Eppelmann, Bohley, Krause, Klier, Krawcyk, Wollenweber, Thierse, Meckel, Merkel, Nolte – Helden unserer Zeit. Der Jammer faßt einen an. Denkt man sie sich in einer Reihe der Riege ihrer früheren Gegner und Feinde gegenüber postiert, den Kämpen von Partei- und Staatsführung, so kann man wohl die Verzweiflung ermessen, die einen Teil der verbliebenen Linken nach einem dritten Weg Ausschau halten läßt.

Während sich aber die staatsnahen Würdenträger ab 89 gesenkten Haupts in ihre Vorgärten zurückgezogen haben, sind die Bürgerrechtler-Dissidenten mit Heldenstatus in dem Staat, den sie zwar erstrebt, doch nicht gewollt haben wollen, mehr oder weniger alimentiert und, was das eigentlich Prekäre ist, nach wie vor in der Öffentlichkeit präsent. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß sie mit ihren Ansichten und öden Meinungen, die keinen Gedanken enthalten, in den Medien auftauchen, daß unlängst sogar das sonst eher für behäbigeren Witz zuständige »Magazin für Satire, Humor und Nonsense«, der »Eulenspiegel« (3/96), die Zeit für eine Zote in dieser Sache gekommen sah: Das Titelblatt zeigte Frau Bohley und Herrn Kohl in kopulationsverdächtiger Positur und fragte: »Kohls Neue – Ist es mehr als Freundschaft?« Eine durchaus naheliegende Frage, denn in der Tat hatten sich in jüngerer Vergangenheit private Hausbesuche des Kanzlers bei der prominenten Bürgerrechtlerin recht auffällig wiederholt, und dem »Eulenspiegel« gebührt das Verdienst, den wahren Inhalt dieser Begegnungen publik gemacht zu haben. Freilich mußte er dabei auf die Methoden der Stasi, der Gestapo und weiterer negativer deutscher Traditionen namentlich der Judenverfolgung zurückgreifen. Dafür – nicht für das vor zahlreichen Kameras erfolgte, sicher schmeichelhafte Eindringen des Kanzlers in ihre Gemächer – verlangt Frau Bohley nun, anstatt froh darüber zu sein, wenigstens satirisch als Mätresse des gesamtdeutschen Staatsoberhaupts in Betracht zu kommen, Schmerzensgeld, 100.000 Mark.

Der »Taz« erklärte sie sich folgendermaßen:

»>taz<: Sie und Kohl: Eine Sexmontage, so verklemmt wie muffig. Vertragen Sie keinen Humor?

Bärbel Bohley: In welcher Form soll ich mich denn wehren? Ich habe kein Bundeskanzleramt, keine Partei hinter mir. Ich gehe in die Kaufhalle und sehe die Zeitung, fahre U-Bahn und denke, die Leute haben den »Eulenspiegel« gesehen.

Als Sie den Titel sahen, mußten Sie nicht erst mal lachen?

Es dauerte ganz schön lange, bis das richtig durchsackte. Ich habe 14 Tage gebraucht, bis ich zum Anwalt gegangen bin. Ich habe gedacht, daß sich andere lauter einmischen werden. Es gibt doch sehr viele Fraueneinrichtungen im Westen, und die hätten wahrscheinlich vor 1989 sehr laut geschrien bei so einem Titelbild. Da das nicht passiert ist, habe ich mich entschossen, selber laut zu schreien.

Was konkret hat Sie schockiert?

Ich werde benutzt, ausgezogen und montiert, um so von denen in eine politische Diskussion hineingezogen zu werden, denen die Argumente ausgehen. Der »Eulenspiegel« vertritt ein Spektrum an Leuten, die sich vom Westen überrollt fühlen. Aber sie sind schlimmer als der schlimmste Westen!

Kurt Tucholsky sah es einfacher: Satire darf alles.

Und ich sag was anderes: Das ist Pornographie und keine Satire. Es hat doch in Deutschland Tradition, daß mit diffamierenden Bildern Politik gemacht wird. So hat die Stasi auch gearbeitet.

Für Ihre Genugtuung verlangen Sie einen stolzen Preis, nämlich 100.000 Mark Schadensersatz. Björn Engholm, den man in das Todesfoto des Uwe Barschel montiert hatte, bekam 40.000 Mark...

Über die Höhe des Schmerzensgelds wird das Gericht entscheiden. Aber ich sehe es so: Wer seine eigene Würde nicht schätzt, der lächelt auch bloß über solch eine diffamierende Montage. Stellen Sie sich mal vor, nach dem Treffen Lafontaine mit Gysi hätte der Eulenspiegel so etwas gebracht. Da hätten alle aufgeheult!

Meinen Sie wirklich?

Diffamierende Bilder gehören zur negativen deutschen Tradition. Bereits 1880 gab es schon Karikaturen, die zeigten, wie Juden in Güterzüge gepfercht werden, als es um die Debatte ging, »wie Deutschland verjudet«. Jahrzehnte danach wurde es Wirklichkeit. *Hat sich der Herr unter Ihnen schon gemeldet?*

Ich telefoniere nicht mit Herrn Kohl über Pornographie. Ich führe auch keine Stellvertreterprozesse.«

Es geht uns nichts an, ob Frau Bohley mit dem Kanzler was hatte oder nicht: Der Staatsakt vom 3.10.1990 war obszön genug. Aber über eine nicht einmal unbegründete Verkupplung genauso entrüstet zu sein wie über die Ermordung von sechs Millionen Juden, dazu inspiriert offenbar eine »Denkweise«, die so schmerzt, daß sie mit 100.000 Mark ruhiggestellt werden muß. Egal was Frau Bohley jemals noch sagen wird: Diesen ungeheuerlichen Vergleich einer ihrer zweifellos mimosenhaften Weiblichkeit zugemuteten und unzweifelhaft satirischen *Vorstellung* mit der Tatsache der Judenvernichtung wird sie nicht mehr aus der Welt reden können. Und vermutlich wird sie das auch gar nicht wollen, da sie ernsthaft dran zu glauben scheint, mindestens genauso verfolgt und entrechtet zu sein wie jene. Ihr gesamtes Lebenswerk, wenn man es denn so heißen will, zielt ja erklärtermaßen darauf ab, das Inkommensurable zu vereinen – Sozialismus mit Marktwirtschaft, Volk mit Regierung, Gerechtigkeit mit Staat, warum dann nicht auch sich selbst mit allen ermordeten Juden. Daß sie damit nun in einem Staat angekommen ist, für den die Judenvernichtung immer schon ein schlechter Witz gewesen ist, macht nun allerdings nur hin-sichtlich der Natürlichkeit staunen, mit der zusammenwuchs, was da zusammengehört. Die Stasi hatte es immer gewußt.

»Das ist Pornographie und keine Satire«, stellt Frau Bohley fest und bekundet damit, daß Sprechen und Denken für sie ebenfalls inkommensurable Dinge sind. Denn Zweck von Pornographie ist es gewiß nicht, zu beleidigen, sondern, wie auch immer, sexuelle Lust zu erregen. Das aber sollte von einer Abbildung, die Herrn Kohl mit Frau Bohley zeigt, gewiß nimmer gesagt werden. Zudem bildet die Darstellung mitnichten die beiden ab, sondern hat nur derenKöpfe auf die Körper eines Pornopaars montiert, so daß von einem »schweren Fall der Verletzung von Persönlichkeitsrechten«, wie der Anwalt von Frau Bohley sich exkulpierte, nicht die Rede sein kann. Überhaupt ist die Frage, wie Frau Bohley dazu kommt, zu meinen, auf dem Titelbild abgelichtet zu sein. Verständlicher wäre es, wenn die Pornodarstellerin, die sich wohl niemals hätte träumen lassen, eines Tages mit dem Antlitz der Frau Bohley versehen zu werden, Schmerzensgeld verlangte. Denn wenn die Satire in diesem Fall irgendwo zu weit gegangen ist, dann hier.

Wenn Philosophen zu sehr reimen

Nach dem unglaublichen Erfolg von Josteins Gaarders Kinderbuch *Sofies Welt*, das ungefähr so viel Philosophie enthält wie ein Opernführer Musik und vermutlich eben deshalb ein Bestseller werden konnte, war es nur eine Frage der Zeit, bis eine gereimte Version der Philosophiegeschichte auf den Markt kommen mußte – und siehe da, nichts ist so sinnlos und überflüssig, peinlich und partout aberwitzig, als daß nicht doch jemand wahlweise den Drang oder inneren Auftrag verspürte, es zu vollbringen. Wenn der Mann zudem noch den Namen Geldsetzer zu tragen bestimmt ist, möchte man das Fatum zu so viel Eleganz und Sinnfälligkeit beglückwünschen.

Es kann auch kein Zufall sein, daß ausgerechnet die Philosophie in der letzten Zeit immer wieder Opfer dreister Geldschneiderei geworden ist: Die Leute wollen heutzutage offenbar Gedanken *kaufen*. Da ist *Die Philosophenwelt in Versen vorgestellt* schön billig, ein Schnäppchen, sie kostet zwölf Märker und bringt dafür auf mehr als 200 Reclamseiten Verse, gegenüber denen sich die der Postwerbung wie moderne Lyrik ausnehmen. Es leiert und leiert, und eiert und eiert – : »Mirbt, Apelt, Schlömilch, Hallier, Schleiden, / darf man zu nennen nicht vermeiden«, erfährt man etwa, oder, über Herbart und Eduard von Hartmann, die »Entdecker« des Unbewußten: »Man sieht, recht fruchtbar war der Dünger / für Herbarts Unbewußtheitsjünger: Sie machten aus der Theorie / bald eine große Industrie.« Gemeint ist die Psychoanalyse, die des Reimes wegen von Geldsetzer in eineIndustrie umbenannt werden mußte, die es freilich nirgends gibt.

Geldsetzer ist indessen bisher nicht durch Rumreimerei hervorgetreten und gilt als Spezialist des philosophischen Historismus – so hätte er es wohl wissen können, daß, wie man leichthin sagt, Philosophen sich zwar einen Reim auf die Welt machen sollen, aber bittebitte ohne zu reimen!

Die Welt in Versen abgereimt / ist ganz besonders abgefeimt / Es muß so bleiben, wie es ist: / Der Vers sei unsern Dichtern eigen / Den Philosophen bleibt das Schweigen / Denn alles andere ist wirklich großer Mist.

In allem Ernst

wird gemeldet: »*Der in Berlin lebende Schriftsteller Lutz Rathenow erhält den Konrad-Adenauer-Preis für Literatur 1996 der Deutschlandstiftung. Er wird am 16. Juni in Anwesenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl verliehen. Die Laudatio hält vermutlich Rainer Eppelmann. Der Preis gilt vor allem Rathenows jüngstem Erzählband Sisyphos«*,der aber, wie es heißt, nicht von dem vergeblichen Streben Kurt Ziesels berichtet, den Zweiten Weltkrieg durch die Anzeige seine Köchin wegen defätistischer Äußerungen zu gewinnen, sondern von den ebenso end- wie aussichtslosen Versuchen des Sisyphos-Verfassers, einen deutschen Satz zu stiften, ohne ein syntaktisches Stalingrad anzurichten.

Eine Frau in den besten Jahren. Sie ist Bürgerrechtlerin und malt Bilder. Soeben hat sie erfahren, daß sie mit dem Kanzler kopuliert haben soll. Aber das ist nicht wahr! Es stimmt zwar, daß sie den Kanzler ein paarmal zum Kaffeetrinken in ihre Wohnung eingeladen hat. Aber zur Kopulation ist es nicht gekommen. 100.000 Mark Schadensersatz verlangt sie dafür.

Ausgeprägtes Stilempfinden: Im »Süddeutsche Zeitung Magazin« vom 15. März 1996 (Thema: »Mode! Moral?«) findet sich eine Fotostrecke mit folgendem Einleitungstext: »Edgar Otte ist Modechef der >Vogue<: Ein Dandy, der in der Welt der Schönen und Reichen lebt. Hätten Sie Lust, fragten wir Herrn Otte, bei einem Experiment mitzuwirken? Es geht um Ihr ausgeprägtes Stilempfinden, das sich normalerweise im Ambiente der Rolex-Welt entfaltet. Wie wär's mal mit einem Ausflug woandershin? Wie reagiert Ihr modisches Feingefühl, wenn wir Sie mitnehmen in die harte Realität?« Im Asylantenheim (siehe Foto) reagierte das ausgeprägte Stilempfinden des Edgar Otte (r.) laut Bildunterschrift des »Süddeutschen Zeitung Magazin« so: »Ich denke, man sollte in so einer Situation auf keinen Fall provokativ gekleidet sein. Der Pullover, den ich ausgewählt habe, wirkt schon oft getragen, fast verwaschen, und die weite Hose dazu, das ist ein ganz simpler Look, obwohl beides von Armani ist. Es könnte auch das Outfit eines Entwicklungshelfers sein.«

Hamburger Anthologie*

Sonntagnachmittagsleere

Schild. Wappen. Helm.
Schwert: Ach, die alten
Geschichten von morgen gestern
geübt verlernt und wiedergelesen die
Biologen glauben mehr als die
Soziologen wissen ich liebe
den Pazifismus eine

Sonntag nachmittags
Lehre zwischen Fünfuhrtee und
Nachrichten gegen sieben zu Früchten
Gelee Sahne auf hellem Bisquit das
Ganze in Stückegeschnitten das
Tortenmesser muß scharf
sein in warmes Wasser
getaucht: Ach.

Wer zwomal »Ach« sagt, in Stücker zwo Strophen zwomal die Brust aufreißt, zwo Seufzer sich entringen zu lassen, des doppelte Kümmernis woll'n wir nicht schauen müssen. Der Mensch nicht als solcher, doch speziell hier & jetzt Daseinspflichtiger hat genugsam damit zu schaffen, den eigenen Hosenboden trocken zu halten, als daß er, den Leiden des dichtenden Nebenmanns zu lauschen, auch nur einer kontemplativen Empfangsbereitschaft fähig wäre.

Ein Leser aber, der sie und sich nicht halten konnte, sandte uns unverlangt Verse von Herrn Ulrich Schacht zu, die nun jedermann zur gleißend hellen Freude Vorschub leisten sollten. Denn auch ausgesprochen schlecht hingedichtetes Gelyre

kann, so glauben wir, Vergnügen machen, wenn es nämlich die schlechtere Meinung bestätigt, die man sich von seinem Autor ohnedies zugelegt hatte, sie erhärtet und vertieft, belegt und unwiderruflich macht.

Sonntagnachmittagsleere – ja, wer kennte sie nicht, wer bedichtete sie ungern. Denn wo so viel Zeit und Muße ist, stellt bald ein schlechter Vers sich ein. Ulrich Schacht hat viel Zeit. Und, erstaunlich allemal, die Leere selbst ist es hier, von der des Barden Herz voll ist, des ihm das Mundwerk übergeht und derart tönt und rumsummt. »Schild. Wappen. Helm«, sagt er, und: »Schwert«. Wir sagen: »Kettenhemd und Helmbusch.« Und wir sagen: »Fedehandschuh!«

Doch, ehrlich, wer wollt' es wissen, wes Ulrichs Schacht, der nicht ganz dicht sein kann, gefüllt ist? Und womit?

*unverlangt eingesandter Gedichte

Konkret 04/96, S. 43

Henrik Ghanaat

Materialien zum Prozeß »FAZ«

Sogar in der Realität soll schon einmal ein Unrecht vorgekommen sein. Doch verwerflicher als jede böse Tat ist die frohe Botschaft, die sie der Presse bedeutet. Seit der Erfindung des holzfreien Papiers mußte kein Baum mehr für die Herstellung der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« sterben. Das Unglück aber schützt niemanden vor dem Zugriff einer Öffentlichkeit, die lieber abonniert, was sie nicht empfindet, als daß sie erfühlte, was sie da abonniert hat. Die Hoffnung war einmal groß, es möchte, wenn der letzte Baum gerodet sein wird, den redaktionellen Holzköpfen an den Kragen gehen. Doch seit für den Schutz der Wälder gesorgt ist, ist vor dem Schmutz der Blätter kein Halt.

Ist es ein Trost, daß hinter der unseligen Abhandlung, die der Affäre eines hessischen Ministerialrats nun in Satz und Druck widerfährt, die Frage, ob diesem ein Unrecht geschehen sei oder ob er sich bloß unbotmäßig aufgeführt habe, zurücktritt? Daß es, weil jeder, der in der »FAZ«, und gar noch in ihrem Feuilleton, erwähnt wird, ein Pechvogel ist, kaum noch beurteilbar erscheint, ob er sein aktuelles Unglück einem vorhergehenden verdankt oder ob jenes bloß die gerechte Strafe dafür ist, daß er sich dieses öffentlichkeitswirksam einbildete, ohne auf die Folgen bedacht zu sein? Daß 1988 der Ministerialrat Wirtz, der in der hessischen Staatskanzlei zuständig für die Beziehungen zu den Kirchen war, zwangsversetzt wurde, weil Kirchenvertreter sich über ihn beschwert hatten, mag ein gerechter oder ungerechter Akt gewesen sein: In dem Augenblick, da sich die »FAZ« mit ihm zu beschäftigen begann, wurde er, der vorher bloß uninteressant gewesen war, unbewertbar; und als einzig wichtige blieb die Frage, was aus dem Fall Wirtz an tatbestandsrelevantem Material zu gewinnen war für den Prozeß, der dereinst über den Fall »FAZ« geführt werden soll.

Wirtz, der Zwangsversetzte, der nicht merkte, daß der Weg durch die verwaltungsgerichtlichen Instanzen, den er einschlug, da ihn seine Beziehungen zu den Kirchen im Stich gelassen hatten, in Wahrheit durch die Lokalredaktion führte, dessen Kanzleiweisheit es sich nicht träumen ließ, daß er zu dem Zeitpunkt, da er vor dem Generalstaatsanwalt zu stehen glaubte, in Wahrheit schon in der Vorhölle der Politikredaktion angekommen war, und der schließlich, da ihm nichts anderes mehr als eine Petition an den Landtag einfiel, nicht ahnte, wie nahe er daran war, dem Feuilleton zum Fraße vorgeworfen zu werden, dieses Wirtztier, dem das Geschmeiß der Presse im Nacken saß und das dennoch den Leidensdruck, dem es sich ausgesetzt sah, nicht mit der Druckerpresse in Verbindung zu bringen vermochte, sondern in eine vermeintliche Realität jenseits der Zeitungen zwangsversetzen mußte, wo Politiker Reden halten, in denen doch bloß die Frühstückslektüre zusammengefaßt wird, wo Urteile gefällt werden, die doch nur dem veröffentlichten Vorurteil das gerichtli-che Siegel aufdrücken, dieses Opferlamm also in Kirchenfragen, welches das Messer, das ihm die Kehle durchschnitt, mit dem Schlachter verwechselte, ward noch als Kadaver durch den Schmutz gezogen. Wie glücklich sind sie noch heute, sich des Überdrusses erinnern zu können, von dem sie sich zwischen 1988 und 1994 nährten: »Schon nach kurzer Zeit«, nach einer Woche wahrscheinlich, »war man des Kampfes um Wirtz«, über den man dann noch sechs Jahre lang berichtete, »überdrüssig geworden – nicht nur die Zeitungsleser«, die sich gern den Magen verdarben und deshalb das Abonnement regelmäßig verlängerten, »sondern fast alle Beteiligten, die entnervt waren von der Beharrlichkeit eines Mannes, der unablässig behauptete, man habe an ihm ein Unrecht begangen.« So geschrieben in der »FAZ« am 29. Februar 1996: Ausdruck der unablässig wachgehaltenen Verwunderung darüber, daß einer der »FAZ« so beharrlich den Juhnke für den gehobenen Bedarf machte und sich nicht einen Augenblick lang so undankbar zeigte, Recht anzuerkennen, wo er Unrecht sah, auf daß sein Blut nicht länger als Tinte diene.

Die Seite eins desselben Tages: »Martin Walser schreibt den Roman einer Staatskanzlei – *Finks Krieg* heißt der neue Roman von Martin Walser. Erzählt wird ein Konflikt um eine Stellenbesetzung in der Hessischen Staatskanzlei ... Das Vorhandensein eines solchen Werkes war bis vor wenigen Wochen unbekannt ... Im Mittelpunkt der Ereignisse steht der Ministerialrat Stefan Fink ... Martin Walser läßt die Geschichte in einem authentischen Milieu spielen ... Der Roman, der Ende März ausgeliefert werden soll, erscheint von heute an als Fortsetzungsroman im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.« Zwei Jahre war Ruhe gewesen. Aus der Redaktion drang kein Hauch. Gelegentlich wurde telefoniert. Von der »FAZ« zu Suhrkamp, von Suhrkamp zur »FAZ«. Martin Walser fand sich ein. Wie sollte begonnen werden, was zu Ende war? Im Neuanfang war das Wort: »Wer die Zeitungsartikel der damaligen Vorgänge kennt, der bemerkt erst jetzt, nach der Lektüre von Walsers Roman, welch hochliterarischer Stoff hier vor aller Augen lag ... Martin Walser hat den Stoff bemerkt.« Er hat eben einen Vogel. Der heißt Stefan Fink und ist »Leitender Ministerialrat in der Hessischen Staatskanzlei, Verbindungsstelle Kirchen und Religionsfragen«. Damit man auf dem Grab, in dem sie schließlich verscharrt wurde, herumtrampeln kann, muß die Leiche auferstehen.

Wer könnte das besser besorgen als Martin Walser. Selten hat sich ein Schriftsteller so konsequent das Grundgesetz seiner Zeitung angeeignet, über der Schmach des Berichts die Frage, ob das Berichtete ihrer würdig sei oder nicht, vergessen zu machen. Wie sollte er, der in einem fernen Land (Trinidad) vor langer Zeit (in den siebziger Jahren) »Elend und

Unterdrückung« zum Anlaß nahm, sich elendig auszudrücken, der später die deutsche Sprache hudelte, indem er die deutsche Einheit lobte, wie sollte Walser nicht der rechte Mann dafür sein, den Beamten Wirtz in den Beamten Fink und den Überdruß, den man an seiner Geschichte genossen hatte, in einen Genuß zu verwandeln, dessen man nun, da es sich um einen literarischen handelt, nicht mehr überdrüssig zu werden braucht. »Jetzt liest man das alles anders«, heißt die ewigste der Phrasen des »FAZ«-Feuilletons. Aus dem Störenfried Wirtz wird bei Walser der edle Fink, ein in gerechtem Zorn entbrannter Neo-Kohlhaas, der einen heiligen Krieg gegen die Ministerialbürokratie beginnt, weil diese ihn hienieden nicht in Frieden seine Kirchenfragen regeln läßt. Die »FAZ« aber ist sich so gleich geblieben wie Martin Walser. Und weil beide auch einander gleich geblieben sind, darf sie ihn vorabdrucken, darf er sich von ihr sagen lassen, er habe »einen Roman geschrieben, der Bestand haben wird«. Es ist tatsächlich der »Roman unserer Zeit und unserer Verhältnisse«.

Und alle schon damals entnervten Beteiligten dürfen wieder mitmachen. Alexander Gauland, der Staatssekretär, der Wirtz entließ, hat seine ebenfalls ganz anderen »Ansichten einer Hauptfigur« bereits eingereicht. Der Sermon, den der zuständige Bischof ablassen wird, wird ein Segen sein. Ob auch Wirtz sich zu Wort melden wird? Als Fink immerhin läßt man ihn wissen, warum er es nicht tun sollte: »Stundenlang drehte er in seinem Dienstzimmer Runden auf dem Teppich und fluchte. Ziel seiner Flüche: diese F.A.Z. Er mußte Reden halten gegen diese Zeitung, sonst hätte er nicht mehr atmen können. Manieren, rief er, sind in der F.A.Z. daheim.« Sie drucken es vorab. Hinterher werden sie nicht sagen können, sie hätten sich selbst nicht geglaubt.

Konkret 04/96, S. 44

Christian Schmidt

Nützliche Empörung

Wer fühlt sich warum durch Satire beleidigt? Erfahrungsbericht eines ehemaligen »Titanic«-Redakteurs

Gleich neben dem Eingang zur »Titanic«-Redaktion steht ein Regal, in dem in Schubern alte »Titanic«-Ausgaben aufbewahrt werden. An einigen dieser Schuber hängt ein Zettel: »Nicht verschicken« steht darauf. Das nämlich könnte die Redaktion teuer zu stehen kommen; zwanzig der seit November 1979 erschienenen knapp zweihundert Ausgaben des endgültigen Satiremagazins enthalten Aussagen, deren Verbreitung entweder ein Gericht hat verbieten lassen oder zu denen die »Titanic« außergerichtlich erklärt hat, ihre Verbreitung künftig zu unterlassen. Insgesamt hatten sich Redaktion und Verlag der »Titanic« bisher mit 31 juristischen Verfahren auseinanderzusetzen; von den 15 Jahren ihrer Existenz vergingen nur zwei, in denen niemand anzeigte, Unterlassungserklärungen verlangte oder sich beim Deutschen Presserat über Inhalte des Blattes beschwerte. So hat der falsche Superlativ doch seine Berechtigung: Das Satiremagazin »Titanic« ist allem Anschein nach die verbotenste Zeitschrift Deutschlands.

Von Zensur in einem staatspolitischen Sinn ist die »Titanic« bisher nicht betroffen gewesen. Sämtliche Verbote einzelner Hefte sind vielmehr auf Initiative von juristischen oder Privatpersonen zustande gekommen, die entweder die Verantwortlichen in Verlag und Redaktion angezeigt haben oder Unterlassungserklärungen mit Hilfe von Klagedrohungen erwirkten. Nicht ganz richtig ist es, von verbotenen Heften zu sprechen. Immer sind es nur einige Textpassagen oder bestimmte Abbildungen, die verboten sind, und theoretisch ließe sich auch ein vom Verbot betroffenes Heft weiter verbreiten, wenn sich jemand die Mühe machte, die inkriminierten Seiten herauszureißen und zu vernichten.

In einem Artikel, der in der »FAZ« abgedruckt war, kam Robert Gernhardt zu dem überraschenden Ergebnis, daß sich heutzutage kaum noch »Teile des Volkskörpers« über Satire entrüsteten, es sei denn »mittelgroße Städte und umstrittene Wirtschaftszweige«. Kurz darauf verschärfte der »Spiegel« Gernhardts These zum neuesten Trend: »Während sich früher vornehmlich Kirchengewaltige und Politiker gegen vermeintliche und tatsächliche Verunglimpfungen zur Wehr setzten, sind es neuerdings überwiegend Unternehmen, die durch Schmähungen und Veralberungen ihre Geschäftsinteressen verletzt wähnen.« Doch abgesehen davon, daß die Trends, die der »Spiegel« aufspürt, meist welche von gestern sind, hat die These vom neuen Entrüstungspotential der Industrie einen Haken: Sie ist falsch.

Durch Satiren und Polemiken in der »Titanic« fühlten und fühlen sich nämlich Vertreter aller derjenigen gesellschaftlichen Gruppen verletzt und getroffen, die auch Ziele der Angriffe der »Titanic« waren: Popstars, Schlagersängerinnen und Journalisten, Karikaturisten, Maler und Fernsehmoderatoren, Rechtsanwälte, Söhne und Töchter von Prominenten, Soldaten und Schriftsteller, die – in der Regel – katholische Kirche und einzelne ihrer Gläubigen sowie die Redaktion eines Nachrichtenmagazins. Sie alle erstatteten Anzeige, verlangten Unterlassungserklärungen und/oder Schmerzensgeld bzw. Schadensersatz, einige klagten vor Gericht, andere beschwerten sich beim Presserat. Einige Firmen waren auch darunter, aber die Unternehmen stellten keineswegs die größte Gruppe. Bemerkenswert ist jedoch: Unter den Prozeßhanseln fehlen die Politiker fast vollständig – nur ein einziger klagte, ließ gleich zwei Ausgaben der »Titanic« verbieten und kassierte auch noch Schmerzensgeld.

Doch vielleicht interessanter als die Frage, wer sich denn heutzutage über Satire noch entrüstet – Vertreter von mittelgroßen Städten sind übrigens im Falle der »Titanic« nicht darunter – , ist die nach dem Motiv. Oft liegt das auf der Hand. Die größte Gruppe der juristischen Intervenierer, die ich der Einfachheit halber »Personen des öffentlichen Lebens« nennen will, drängte auf eine Unterlassungserklärung, weil die »Titanic« falsche Tatsachenbehauptungen über sie verbreitete – oder zumindest solche, die sie nicht belegen konnte. Der Journalist Manfred Bissinger wollte nicht »strammer Rentenbetrüger« genannt werden, Autor Michael Kröher verwahrte sich gegen die Behauptung, er habe ein Buch einfach aus dem Englischen abgeschrieben. Hans Joachim Kulenkampff war nicht damit einverstanden, daß »Titanic« unter seinem Namen ein Gedicht verbreitete, in dem es unter anderem heißt: »Karl Moik wird an die Wand gestellt / und standrechtlich erschossen / geht dabei auch die Reiber drauf / wird das erst recht begossen.« Widerrufen mußte die Redaktion ihre Behauptungen, Modern-Talking-Sänger Thomas Anders sei eine »Schwuchtel« oder der »Welt«-Journalist Enno von Loewenstern an Aids gestorben. Der »Focus«-Redaktion war es unangenehm, daß unter ihrer Telefonnummer angeblich »exquisiter Intimschmuck« vertrieben werden sollte; »Titanic« unterschrieb – wie auch in den anderen genannten Fällen – eine Unterlassungserklärung und spendierte Chefredakteur Markwort zur Entschädigung ein Freiabo.

Verständlich ist es, wenn sich jemand nicht etwas öffentlich nachsagen lassen will, was nicht den Tatsachen entspricht, und dies auf juristischem Weg einfordert. In den meisten der erwähnten Fälle wäre es der Redaktion auch schwergefallen, sich auf uneigentliches Sprechen oder legitime satirische Übertreibung herauszureden: Eine falsche Behauptung bleibt eine falsche Behauptung. Anders verhält es sich mit den Fällen, in denen das Entrüstungsmotiv pures Beleidigtsein war. Gerhard Zwerenz wollte sich von Eckhard Henscheid unter anderem nicht »ein(en) sozialistisch eingefärbte(n) Klumpen aus Rotz, Schleim und kalten Bauern« nennen lassen; Rechtsanwalt Volker Stuckmann, der 1987 erfolglos zum 1. Vorsitzenden von

Schalke 04 kandidierte, nicht »geborene(r) Winkeladvokat allerneudeutschester Prägung«. Der Maler Ferry Ahrlé und der Karikaturist der »Frankfurter Rundschau«, Felix Mussil, schalteten ihren Anwalt ein, als sie in der »Titanic« lesen mußten, daß ein Bild Mussils »weniger sagen kann als ebensowenig Worte« und bei Ahrlé die Gefahr bestehe, daß er seinen Modellen einen Bembel in die Hand drücke, um sie dann »als Handkäs' zu portraitieren«. Ein »Brief an die Leser« mißfiel Schlagersängerin Evelyn Künneke: »Sie Softlife-Nudel, Sie kulturindustrielle Sondermülltonne, deren nicht nur politische, sondern ausgreifend existentielle, ja: firmamentale Staub- und Grunzdoofheit plus hinterhofverlaust mal ekelneidverrammelte Hinterfotz- bzw. Arschgesichtig(keit) ...« – all diese Titulierungen wollte sie nicht auf sich sitzen lassen und verlangte Unterlassung nebst 10.000 DM Schmerzensgeld.

Denn oft steckt hinter dem Entrüstetsein über angebliche oder echte Beleidigungen der eigenen Person – die Frage nach der Uneigentlichkeit des satirischen Sprechens und der literarischen Berechtigung pointiert polemischen Schreibens soll hier ausgeklammert bleiben – ein schlichtes finanzielles Interesse. Schadensersatz- und Schmerzensgeldzahlungen in nicht unbeträchtlicher Höhe leistete »Titanic« bei den bisher genannten Personen an Hans-Joachim Kulenkampff, Gerhard Zwerenz, Volker Stuckmann und Evelyn Künneke. So beantwortet sich auch die Frage nach einem weiteren Motiv leicht: Entweder möchte man den Beleidiger finanziell empfindlich schädigen – nach eigenen Angaben leiteten Kulenkampff und Zwerenz die Zahlungen der »Titanic« an gemeinnützige Organisationen weiter – , oder aber man nimmt das Geld als willkommenes Zusatzeinkommen. Beleidigt werden und das auch so empfinden kann recht lukrativ sein.

Geld, das schließlich in der Kasse fehlen könnte, spielt eine Rolle, wenn Unternehmen gegen »Titanic«-Satiren vorgehen. Das passiert durchaus auch, aber eben nicht erst in jüngster Zeit und keineswegs überaus häufig. 1983 wollte sich die Ferrero OHG eine Anzeigenparodie für »Kinderschokolade« nicht bieten lassen, in der es unter anderem hieß: »Für eine Vollmilch von Ferrero, Herr Pfarrer, laß ich mich gerne bürsten.« Das Informationszentrum Weißblech ging 1986 gegen eine Doppelseite vor, auf der ein Blech-Heiland am Kreuz verkündete: »Ich war eine Dose«, und Vertreter der Firma Haribo lasen 1987 den Kinderreim »Haribo macht Kinder tot« gar nicht gerne. In den 90er Jahren beschäftigten sich die Rechtsabteilungen der Firmen Longines, McDonald's und Apple mit dem Satiremagazin. Die Schweizer Uhrenhersteller hatten etwas dagegen, daß ausgerechnet Adolf Hitler in der »Titanic« für ihre Produkte warb, die Hamburgerkette meinte, ein in einer fiktiven Pressemitteilung angekündigtes »Happy Jew Menu« sei in höchstem Maße geeignet, ihren Geschäftsbetrieb nachhaltig zu schädigen, und die Computerfirma mochte es nicht dulden, daß in einer Anzeigenparodie ein Siggi »Heil« Himmler Apple-Computer lobte.

Auch was die Unternehmen zu juristischen Schritten gegen die »Titanic« bewog, ist leicht zu verstehen: Sie fürchteten – ob zu Recht oder zu Unrecht, das soll hier ebenfalls dahingestellt bleiben – aufgrund der Anzeigenparodien Imageverluste, die zu Umsatzeinbußen führen. Das allerdings ist kein neues Phänomen, wie allein schon die erwähnten Fälle zeigen, doch gibt es auch zeitlich weiter zurückliegende. Im Jahr 1981 zum Beispiel ging der Spirituosenhersteller Mast (»Jägermeister«) gegen die Zeitschrift »Pardon« vor, oder 1975 der Siemens-Konzern gegen den Schriftsteller F.C. Delius. Eine gewisse Häufung von Unterlassungsbegehren und Verbotsverfügungen durch Unternehmen mag man in den Jahren 1993 und 1994 feststellen – in diese Zeit fallen die Vorgänge Longines, McDonald's und Apple – , allerdings darf man dabei die besondere Brisanz der beanstandeten Anzeigenparodien nicht übersehen. Jedesmal wurde ein Unternehmen in irgendeiner Weise mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Und auch wenn »Titanic« niemals die jeweilige Firma speziell meinte, sondern sie nur als Pars pro toto für bestimmte gesellschaftliche Tendenzen nahm, mag dies die empfindlichen Reaktionen der Unternehmen erklären.

Dem »Spiegel« zum Trotz sind es bis zum heutigen Tag die Kirche – und fast ausschließlich die katholische – sowie einzelne ihrer Anhänger, die am häufigsten gegen »Titanic«-Veröffentlichungen zu Felde ziehen. Von 1980 bis 1995 erstatteten Kirchenvertreter allein achtmal Anzeige, mehrmals beschwerte man sich beim Deutschen Presserat. Viermal ging es dabei um eine angebliche Verunglimpfung des amtierenden Papstes, dreimal um allgemeine Religionsbeschimpfung, einmal klagte der Bischof von Fulda, Dyba, weil er sich als »Kinderschänder« beleidigt sah, und ein weiteres Mal beschwerte sich der Bischof von Augsburg, Stimpfle, weil eine »Titanic«-Mitarbeiterin in deutschen Beichtstühlen recherchiert hatte und ihre Ergebnisse im Heft veröffentlicht wurden. Das Ergebnis aber dieser intensiven Beschäftigung mit dem Satiremagazin kann sich durchaus nicht sehen lassen. Von den neun Verfahren wurden allein fünf von den Staatsanwaltschaften eingestellt, eine – folgenlose – Rüge erteilte der Presserat, die Anzeige wegen des Titels »Spielt Jesus noch eine Rolle«, der einen Gekreuzigten als Toilettenpapierhalter zeigt, läuft zur Zeit. Welcher Teufel, so muß man fragen, reitet die Kirche eigentlich – in vielen Fällen sogar ihr höchstes Gremium, die Deutsche Bischofskonferenz – , sich so ohne jede Aussicht auf Erfolg immer wieder mit der »Titanic« anzulegen? Hier nun bleibt das Motiv zunächst im dunkeln, wo es noch ein wenig bleiben soll.

Auch Angehörige der Bundeswehr versuchten sich im juristischen Kampf gegen das Satireblatt. In der Kolumne »Die sieben peinlichsten Persönlichkeiten« hatte Bernd Eilert den querschnittsgelähmten Reserveoffizier Martin Rudloff aus gutem Grund einen »geb.(orenen) Mörder« genannt, wenig später wurde derselbe Mann in einem »Brief an die Leser« als »Krüppel« tituliert. Der Fall ging bis zum Bundesverfassungsgericht, das schließlich die Bezeichnung »geb. Mörder« erlaubte, dem Kläger für den »Krüppel« allerdings ein Schmerzensgeld von 8.000 DM zubilligte. Wegen der

Bundeswehranzeigenparodie mit dem Text »Bevor Sie als Asylbewerber oder Flüchtling zu uns kommen, erschießen wir Sie zu Hause. Z.B. in Somalia« stellte der Deutsche Bundeswehrverband Strafanzeige, die Staatsanwaltschaft Frankfurt das Verfahren gegen die »Titanic« jedoch sehr schnell ein. Auch der Entrüstung der Soldaten ist also nicht viel Erfolg beschieden – auch an der »Soldaten-sind-Mörder«-Front haben sie ja schließlich die Schlacht verloren. Weshalb dann der ganze Auf-stand?

Das fragte sich auch die »Titanic«-Redaktion, als ihr die einstweiligen Verfügungen und die daran sich anschließenden Strafanzeigen des damaligen SPD-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, ins Haus flatterten. Der Fall ist bekannt: Auf dem Titel der »Titanic« 4/1993 lächelte der SPD-Vorsitzende die Leser aus Barschels Genfer Badewanne an, darunter stand die Schlagzeile »Sehr komisch, Herr Engholm!« Engholm erließ sofort eine einstweilige Verfügung gegen diesen Titel und beschritt anschließend gegen ihn und gewagte Engholm-Foto-Montagen im nächsten »Titanic«-Heft den Klageweg. Am Ende untersagte das Hamburger Oberlandesgericht Redaktion und Verlag, den Titel und die Montagen aus dem Mai-Heft weiter zu verbreiten, und verurteilte »Titanic« zur Zahlung von 40.000 DM, dem höchsten Schmerzensgeld in der deutschen Pressegeschichte. Das Geld mußte übrigens nicht für den Titel bezahlt werden, wie Presse und Öffentlichkeit bis heute glauben, sondern für die Beiträge im Folgeheft.

Überraschend kam Engholms Anzeige, weil bisher noch kein Politiker der »Titanic« juristisch an den Kragen wollte. Selbst als in den Jahren 1984 und 1985 die Fürther Kriminalpolizei in vorauseilendem Gehorsam »Titanic«-Hefte beschlagnahmte, die angeblich Heiner Geißler bzw. Helmut Kohl beleidigten, hatte dies keine Folgen. Sowohl Geißler als auch Kohl verzichteten auf eine Anzeige, die Verfahren wurden eingestellt, die Polizei mußte die beschlagnahmten Hefte an die Händler zurückgeben. Offensichtlich war den beiden CDU-Politikern klar, daß die Veröffentlichungen ihrem Ansehen und ihrer politischen Karriere keinesfalls schaden würden – zu klein ist die Auflage der »Titanic«, als daß sie von einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen würde, es sei denn, man sorgt durch eine Anzeige selbst dafür.

Doch genau letzteres tat Björn Engholm. Aber weshalb? Weil er über eine besondere Sensibilität verfügt und deshalb eher durch eine solche Titelblatt-Infamie zu treffen war? Wer weiß, wie abgebrüht Engholm in der Pfeiffer/Barschel-Geschichte taktierte, wird die Frage verneinen. Weil er auf das höchste Schmerzensgeld in der deutschen Pressegeschichte spekulierte? Damit konnte er nicht rechnen, ja eigentlich war es recht unwahrscheinlich, daß ihm überhaupt ein Gericht recht geben würde. Warum setzte Engholm dennoch alles daran, daß auch der letzte »Bild«-Leser von der »Titanic«-»Beleidigung« erfuhr und der Absatz des Blattes kräftig angekurbelt wurde?

Ich habe in der »Titanic« 7/1993 in dem Artikel »Herr Engholm und die Folgen« bereits ausführlich auf Engholms wahres Motiv hingewiesen: Tatsächlich waren einstweilige Verfügung und die daran anschließende Klage ein kalkuliertes Manöver, das von der immer drängenderen Frage: »Was wußte Engholm über Pfeiffers und Barschels Machenschaften zu welchem Zeitpunkt?« ablenken sollte. Engholm hoffte, indem er sich selbst zum von der Presse gejagten Märtyrer stilisierte, auf einen Mitleidsbonus, mit dem er schon einmal eine Wahl gewonnen hatte und durch den er zunächst von allzu vielen Nachfragen verschont geblieben war. Auf diesem Weg versuchte er, noch einmal seine Partei und Teile der Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Eben deshalb beließ er es auch nicht bei einer einfachen Anzeige, sondern hängte den Vorgang »Titanic« an die allergrößte Glocke, die er finden konnte: Der SPD-Landesvorsitzende berief eine Pressekonferenz ein, alle Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag gaben Betroffenheitserklärungen ab, der evangelische Bischof von Holstein-Lübeck schaltete sich genauso ein wie die Parteisprecherin der Bundes-SPD, und die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags legte für Engholm Beschwerde beim Deutschen Presserat ein. Aber die Rechnung ging nicht auf, das großangelegte Ablenkungsmanöver mißlang. Knapp eine Woche, nachdem er die einstweilige Verfügung gegen »Titanic« erwirkt hatte, mußte der »Herr Engholm« (Eckhard Henscheid) von allen seinen Ämtern zurücktreten. Obwohl er auch den darauffolgenden Prozeß gegen »Titanic« gewann, hatte er verloren.

Bei der Kirche verhält es sich genau umgekehrt. Denn obwohl sie seit Jahren in den juristischen Auseinandersetzungen mit der »Titanic« den kürzeren zieht bzw. ihre Anzeigen wegen Religionsbeschimpfung erfolglos bleiben, erreicht sie doch, was ihre eigentliche Absicht ist. Wie das? Zur Erklärung noch einmal kurz zum aktuellen Fall: Niemand empörte und erregte sich über den Klopapierhalter-Titel der »Titanic« 10/1995, bis die katholische Illustrierte »Weltbild« eben diesen und weitere Zeichnungen aus dem Inneren des Heftes nachdruckte. Mit diesem – übrigens von »Titanic« genehmigten – Nachdruck war die in einem liberalen Ton gehaltene Aufforderung des »Weltbild«-Chefredakteurs an die tieffromme Lesergemeinde verbunden, sich doch einmal zu den faksimilierten Seiten zu äußern. Erwartungsgemäß schrieen die Gläubigen auf, die nächste Ausgabe konnte das Blatt mit vier Druckseiten empörter Leserbriefe füllen. Erst danach, rund acht Wochen nach Erscheinen des beanstandeten Heftes, entschloß sich die Deutsche Bischofskonferenz zur Strafanzeige. Doch ihr Sprecher, Reinhold Jacobi, erklärte sogleich: »Der einschlägige Paragraph des Strafgesetzbuches in der gegenwärtigen Form macht wenig Hoffnung, mit unserer Klage auch faktisch Erfolg zu haben.« Weshalb dann also die ganze Übung? Jacobi erklärt es so: »Der Klageweg ist ein Signal, das auf einen defizitären Zustand hinweist. Der rechtliche Schutz religiöser Gemeinschaften hat Lücken. Hier wäre der Gesetzgeber gefordert.«

Oder anders formuliert: Die »Titanic«-Satire ist auch hier bloß äußerer Anlaß, tatsächlich geht es am wenigsten um sie selbst, auch nicht darum, daß sich der Anzeigende wirklich getroffen fühlt; das eigentliche Motiv ist die Mobilisierung der eigenen Klientel und vielleicht von Teilen einer schwankenden Öffentlichkeit für ein ganz anderes Ziel. Ähnlich verhält es sich auch in den Fällen, in denen Soldaten gegen Satire klagen: »Seht alle her«, ruft man und deutet auf die »Titanic«, »so weit ist es schon gekommen: man legt uns in die Barschelwanne, tituliert uns als Mörder oder treibt mit unseren religiösen Symbolen Schindluder. Deshalb laßt uns fester zusammenstehen und diesem Treiben etwas entgegensetzen!« Eigentlich aber hat man gar nichts gegen die »Titanic«-Satiren, im Gegenteil, sie kommen wie gerufen. Sagen darf man das natürlich niemandem, sondern muß sich weiter schwer verletzt und empört geben, Anzeige erstatten und klagen, denn sonst funktioniert das Manöver nicht.

Es mehren sich die Zeichen, daß auch andere das Vehikel »Empörung über Satire« benutzen wollen, um weitergehende Ziele zu erreichen als das vordergründige Unterbinden von angeblichen Schmähungen ihrer Person. Bundeskanzler Kohl zum Beispiel, der in seiner ganzen Politikerlaufbahn noch keinen satirischen Angriff juristisch verfolgen ließ, regte sich gegenüber dem Vorsitzenden der ARD brieflich und wohl eher künstlich über einen satirisch verfremdeten Dialog zwischen Boris Jelzin und ihm auf. Offiziell empörte sich Kohl über Witze in einer »Monitor«-Sendung, die auf Kosten der Menschen in Tschetschenien gingen. Tatsächlich aber ging es darum: »›Angesichts der aktuellen Situation des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und speziell der ARD‹ stelle sich ihm ... die Frage, ob der Fortbestand des Senders gerechtfertigt sei.«

Oder der bekannte und beliebte Fall des »Täterschützers« Wiglaf Droste: Auch hier meinen einige autonome Gruppen, die einen gewissen Aufwand treiben, um die Lesungen Drostes zu verhindern, in erster Linie wohl kaum die Person und seine Texte selbst. Man bedenke nur, wie viele wirkliche Reaktionäre von ihnen unbelästigt sprechen dürfen. Droste bietet sich vielmehr als Gegner an, weil seine Lesungen recht schlecht geschützt und leicht und risikolos zu stören sind. Die zusehends schwächer werdenden autonomen Gruppen können damit immerhin noch kleinere Erfolge für sich verbuchen. Auch hier ist eben das wirkliche Ziel, den eigenen Haufen mit möglichst geringem intellektuellem und physischem Aufwand zusammenzuhalten. Daß Droste unter anderem mit seinem dummen BDM-Vergleich und törichten Faschismusvorwürfen diesen Leuten die Arbeit erleichtert, ist ein anderes Problem. Besser täte er daran, unaufgeregt auf diese schlichte Motivationslage hinzuweisen. »Cui bono?« klingt zwar komisch, ist aber auch heute noch eine gute Frage.

Christian Schmidt war bis Ende 1995 Redakteur der Zeitschrift »Titanic«. Der Text ist eine leicht gekürzte Fassung eines Vortrags, den er am 12.1.1996 im Rahmen der »Marburger Komiktage«gehalten hat

Konkret 04/96, S. 47

Stefan Ripplinger

Blutwäsche

Über das letzte Stück des Dramatikers Heiner Müller: »Germania 3 Gespenster am Toten Mann«

Als nach Heiner Müllers Tod die Hymnen auf einerseits die »Sprachgewalt« und andererseits die »Wortgewalt« des Dramatikers einander abwechselten, erschien auch eine Kolumne im »Tagesspiegel« (9.1.96), in der Tilman Krause erleichtert aufseufzte, mit dem »letzten Verkünder« des »Unternehmens Weltrevolution« und des »Projekts der Moderne« seien auch diese endlich dahingeschieden. Falls es eine Mühe war, diese Kolumne zu schreiben, hätte sie sich Krause nicht machen müssen: Müller selbst hat, bevor er das Zeitliche segnete, den Sozialismus beerdigt (daß er ein Anhänger der Moderne war, hat außer Krause ohnehin niemand angenommen; und selbst bei diesem bin ich im Zweifel).

In *Germania 3 Gespenster am Toten Mann* verabschiedet sich der »Ost-Beckett« (P. Hacks) mit »Dunkel Genossen ist der Weltraum sehr dunkel«. Wer die »Genossen« sein sollen, bleibt so dunkel wie der Weltraum: Die Würmer vielleicht, die in dem Drama noch am besten wegkommen, weil sie »nicht lügen«? Ganz bestimmt nicht Müllers Genossen sind Ulbricht, Thälmann, Ebertfranz. Aber wer dann? Die toten Soldaten? Das Publikum des »Berliner Ensembles« vielleicht? Die Kritiker und Interviewer? Rolf Hochhuth und Ilse Holzapfel? Man soll nicht spekulieren.

Sicher, weil schwarz auf weiß nachzulesen, ist, daß im Gegensatz zu *Germania Tod in Berlin* (1956/71) nicht mehr die »rote Rosa« im Schlußbild auftaucht, sondern der »rosa Riese«, ein Mörder mit Vorliebe für rosa Unterwäsche. Statt Rot nun Rosa? Nein, Müller bleibt seiner Lieblingsfarbe treu. Überall sieht er Rot, denn die Menschheit ist über und über von Blut befleckt. Hier saust das Beil nieder und da, und nirgendwo eine »Insel / Im Sumpf der Korruption aus Blut und Geld«. Man muß sich nachträglich fragen, ob mit »rote Rosa« im *Tod in Berlin* nicht einfach nur die Tatsache gemeint war, daß Luxemburg mit dem eigenen Blut besudelt ist. »Hat dir die Spree das Blut schon abgewaschen«, hieß es in der alten *Germania* besorgt. In der neuen sind vor allem die Diktatoren um Reinlichkeit bemüht: Stalin freut sich, daß Hitlers »Blutspur ... meinen Namen weiss« wäscht, während Hitler zwar eingesteht, daß seine Hände »blutig sind wie die Hände aller grossen Männer der Geschichte«, aber zu bedenken gibt, daß »Blut ein besserer Treibstoff (ist) als Benzin«. Stalin wiederum hat nach eigenen Angaben sein »Land mit Blut gedüngt«.

Also brummt der eine russische Soldat zum andern: »Blut an den Händen haben beide, unsers.« Sie wissen nicht, daß ihr Blut von Hitler und Stalin gebraucht wird – von dem einen als Treibstoff, von dem andern zur Düngung. Das ist der größte Unterschied zwischen diesen großen Männern und »Bluthunden« der Geschichte.

Stalin macht insgesamt einen etwas nervösen Eindruck; er fürchtet, daß die von ihm Ermordeten »in den Fundamenten« konspirieren, und wischt sich den »kalten Schweiss« von der Stirn. Hitler zeigt sich wesentlich zuversichtlicher: Seine »Arbeit«, »die Menschheit auszurotten«, werden, hofft er, andere fortsetzen. Um sein Renommee macht er sich keine großen Sorgen: Der »Rauch der brennenden Städte wird meinen Ruhm um die Erde tragen und die Asche der Krematorien wird den Himmel verdunkeln als mein Denkmal«, spricht er noch, bevor er mit »Es lebe der deutsche Schäferhund« seine Hündin erschießt, um dann mit Eva Braun gen Walhall zu entschwinden.

Ergeben diese lose aneinander gereihten Szenen ein Stück über Stalin und Hitler, wie vorab behauptet wurde? In einem Stück über Stalin und Hitler hätten die beiden sich treffen müssen, in diesem hier wäre ein Treffen ganz witzlos: Die Brüder sind sich zu ähnlich. Der eine (Stalin) sagt: »Die Menschheit ist ein trübes Material / Ameisen unterm Stiefel«, der andere (Hitler) hat Europa zu seinem »Scheiterhaufen erwählt«. Kurz: »Braun gegen Rot Rot gegen Braun wäscht weiss.« Die sind quitt.

Nein, wie schon in *Germania Tod in Berlin* geht es in *Germania 3* um die DDR. Das war damals immerhin der »erste Arbeiterundbauernstaat auf deutschem Boden«, heute ist es das »Mausoleum des deutschen Sozialismus«. Hunde werden »gegen die eigne Bevölkerung« gehetzt, die, wenn sie nicht zu fliehen versucht, in »Fickzellen mit Fernheizung von Rostock bis Johanngeorgenstadt«, nämlich in »Arbeiterschliessfächern« haust.

Die Funktionärs-Witzfiguren, die die Bevölkerung in diese »Löcher im Beton« pferchen, verstehen keinen Spaß. Sie finden es nicht lustig, daß der Architekt bauen will, wie er es für richtig hält, und außerdem sein Stalin-Bild in der Toilette aufgehängt hat: »(D)as ist der Gipfel«. Der eine (Ebertfranz) sagt noch: »Der Kommunismus kommt, so sicher wie das Amen in der Kirche« und: »Unsre Arbeiter stehn zu uns. Ich kenn sie«, bevor er sich neben dem Stalin-Porträt in der Toilette erhängt, dem anderen (Schumanngerhard) wird der Strick gereicht. Soviel zu den Stalinisten.

Brecht immerhin hat »Vorschläge gemacht«, sie wurden nicht gehört; nun ister beleidigt und flucht aus dem Off: »Das Gras soll wachsen über meinen Namen / Der auf dem Grabstein steht Vergessen sein / Will ich von allen eine Spur im Sand.« Das ist finster.

Dunkel ist es also auf dieser Seite des Weltraums, wie sieht es auf der andern aus? Der »Kapitalismus ist das Fegefeuer, in dem das Geld gewaschen wird«, philosophiert der literarhistorisch vorgebildete Sohn des Bürgermeisters. »Mit Blut«, ruft

ein Kommunist dazwischen. »Wer fragt danach«, gibt der Jüngling zurück, »Hauptsache sauber.« Hier schließt sich der Kreis. Nicht nur Stalin und Hitler waschen sich mit Blut, auch der Kapitalismus ist eine einzige Blutwäscherei. Und am Ende ist die Geschichte gereinigt. »Braun gegen Rot Rot gegen Braun wäscht weiss.« Die ehrlichen Würmer erledigen den Rest.

Heiner Müller: *Germania 3 Gespenster am Toten Mann*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1996, 119 S., 24,80 Mark

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 3/96 über den »Fall Handke«

Konkret 04/96, S. 48

Zu Protokoll

Worum eigentlich geht es in der ZDF-Sendung »Das literarische Quartett«, da es doch um Literatur und ihre Kritik erkennbar nicht geht? In der Sendung vom 22.2.96 stritten Sigrid Löffler, Peter Glotz, Hellmuth Karasek und Marcel Reich-Ranicki u.a. über den neuen Roman von Monika Maron. Gekürzte Mitschrift der Debatte

Karasek: Monika Maron hat einen Liebesroman geschrieben, und die Heldin und der Held kommen aus verschiedenen Welten. Sie stammt aus Ost-Berlin, er stammt aus Ulm, ist in West-Berlin. Er ist einer der Leute, die hinkommen in ihren Betrieb und dort Ordnung machen. Und dabei verlieben sich die beiden. Aber das ist überhaupt nicht wichtig, ihre Herkunft ist nur ein Beiwerk. Wichtiger ist, daß sie beide älter sind. Es ist kein Buch über eine erste Liebe, sondern es ist ein Buch über eine letzte Liebe. Und wichtig ist das Thema des Verrats, weil es eine große Liebe ist. Und er ist verheiratet, und sie ist nicht mehr verheiratet. Und aus dieser Konstellation ergibt sich, daß er jede Nacht zu einem bestimmten Zeitpunkt bei ihr aufsteht, obwohl sie ihn anbettelt, noch zu bleiben, und wieder nach Hause geht. Mit diesem Schmerz wird sie fertig, obwohl es ihre große Liebe ist. Aber dann fährt er mit seiner Frau in Urlaub. Und das ist für sie der Punkt, wo das Verhältnis an dem Verrat, den er begeht, zerbricht. Und sie spioniert ihm nach, und sie sieht die Frau. Und natürlich kommt die Frau ihr unendlich banal vor. Und sie befreundet sich mit der Frau nach der Rückkehr aus dem Urlaub und eröffnet der Frau eines Tages die grauenhafte Wahrheit, daß ihr Mann jeden Abend bei ihr ist. Und daraufhin kommt der Mann noch mal zu ihr, und sie weiß, daß die Geschichte zu Ende ist. Es ist, wie gesagt, die Geschichte der letzten Liebe. Es gibt um das Buch einen Rahmen. Sie erinnert sich aus einer fast Beckettschen Entfernung an diese Geschichte. Dieser Rahmen ist aber für das Buch gar nicht so nötig. Denn es ist ein Buch, das mit großer Eindringlichkeit diese Beziehung und das notwendige Scheitern dieser Beziehung schildert und eigentlich sagt, daß die große Liebe ein Glück und ein schreckliches Unglück ist.

Löffler: Man kann ja wirklich nicht sagen, daß das eine sehr originelle Geschichte ist. Dreiecksgeschichten – Mann, Ehefrau und Freundin – hatten wir gelegentlich schon in der Literatur ...

Reich-Ranicki: Liebe hatten wir auch schon.

Löffler: ... also ist wahrscheinlich die Machart das Interessante. Oder das, was so eine Geschichte überhaupt rechtfertigt, jetzt mal abgesehen vom subjektiven Faktor, der die Autorin vielleicht dazu gebracht hat, das gerade jetzt zu schreiben. Ost-West spielt tatsächlich überhaupt keine Rolle. Er ist Ameisenforscher und sie ist, glaube ich, Dinosaurierforscherin ...

Glotz: Prontosaurier heißt das Tier, glaube ich, oder so ähnlich.

Löffler: Brachiosaurier, also noch schlimmer.

Karasek: Frau Maron ist sehr genau, wie man mit Vergangenheiten umgeht. Ob man aus Ulm kommt oder aus Ost-Berlin. Da ist das Buch sehr präzise. Oder wie man mit Sprache umgeht. Sie weiß genau, wie jemand aus Westdeutschland spricht ...

Löffler: Sie meinen, daß dieses Buch mit Sprache umgehen kann? Da könnte ich natürlich jetzt Beispiele anführen, wo man eigentlich eher erkennen würde, daß das nicht der Fall ist. Wenn da solche Sätze vorkommen wie: »Wir verloren uns im Mysterium unserer Körper«, dann frage ich mich wirklich, ob ...

Glotz: Jesses, kommt das wirklich vor?

Reich-Ranicki: Ein bißchen anders kommt es vor, aber das macht nichts.

Löffler: Es kommt der Satz vor, wie ihr Freund sagt, er könne seine Frau nicht verlassen, »da bekam ich einen Schreikrampf«. Also ...

Karasek: Was ist daran so schrecklich?

Löffler: Bekommt man einen Schreikrampf wie ein Weihnachtsgeschenk?

Karasek: Ich werde jetzt auch bald einen Schreikrampf bekommen, wenn Sie so über das Buch herfallen.

Löffler: Also ich meine, daß das eine Banalität und eine Trivialität der Sprachbehandlung ist, die diesem Gegenstand – so ernst, wie ihn die Monika Maron nimmt – nun wirklich nicht angemessen ist.

Glotz: Was mich furchtbar gestört hat, ist diese Einführungsgeschichte. Also das beginnt im Jahr 2030 oder was immer, und die alte Dame sagt, ich weiß nicht, was ich studiert habe, ob es Paläontologie oder Anthropologie war, ich weiß auch nicht genau, wie der damals geheißen hat, ich nenne ihn Franz, ich weiß es nicht mehr. Sie weiß gar nichts mehr. Es ist furchtbar. Diese ganze Rahmenhandlung ist furchtbar ... schrecklich, eine Nachahmung von Kafka. Richtig Kunstgewerbe.

Karasek: Darf ich einen Versuch machen, das zu rechtfertigen? Obwohl der Rahmen bestimmt nicht das Stärkste ist, würde ich sagen, es ist ein gutes Mittel, zu zeigen, daß der Heldin nach dem Ende dieser Geschichte alles völlig gleichgültig ist.

Das sind nämlich alles Metaphern. Ich weiß nicht mehr, wie er heißt, ich weiß nicht, wann es war. Es ist auch egal. Denn es hat mein Leben vernichtet. Das ist das Entscheidende dieses Rahmens. Und insofern finde ich ihn sehr gut. Und jetzt zu dem, was Frau Löffler gesagt hat. Das Buch hat eine große Kunstfertigkeit – die Tragödie wird von der Frau so geschildert, wie sie sie erlebt hat. Gleichzeitig hat sie die Fähigkeit, distanziert mit großer Ironie und mit großem Witz ... Da gibt es eine wunderbare Trennungsgeschichte zum Beispiel über einen Hund, der in einer Scheidung, in einer Liebesgeschichte ... wie der dann wiedererobert wird mit dem Anwalt ...

Glotz: Entführt wird.

Karasek: ... entführt wird. Diese Geschichte, wie die Frau die Reise des Paares verfolgt, ist von einer höhnischen Komik. Die Geschichte, wie die Frau am Abend sagt, bleib noch ein bißchen, und der Mann mit den dummen Ausreden kommt, ist von einer Präzision. Alle Liebesgeschichten sind schon erzählt worden, das ist nicht das Problem. Das Problem ist, daß man Liebesgeschichten mit dem Zeitkolorit anreichert und klar macht. Die Fremdheit der Beziehung bleibt deshalb bestehen, weil die beiden aus verschiedenen Welten kommen und weil es da irgend etwas gibt, was sie trennt. Und es hängt natürlich auch mit der promisken Gesellschaft zusammen. Das ist eine Geschichte ganz aus der heutigen Zeit. Es ist ein Buch, das mich von der ersten bis zur letzten Zeile fasziniert hat.

Glotz: Von der ersten?

Karasek: Ja, trotz allem.

Reich-Ranicki: Darf ich vielleicht auch was sagen? Ich glaube, daß es sich um einen der schönsten Liebesromane dieser Jahre handelt. Ich habe schon lange keinen Liebesroman gelesen, der mich so tief berührt hätte wie dieser. Es ist ein Buch, das eine Liebesgeschichte ganz aus der Perspektive der Frau zeigt. Es ist alles aus der Perspektive der Ich-Erzählerin geboten. Deshalb ist auch die Figur des Mannes, der Franz genannt wird, nur in Umrissen sichtbar. Das ist kein Fehler, so ist es in dem Roman. Was ist das Originelle und Nichtoriginelle? Frau Löffler sagt, Gott, eine Dreiecksgeschichte, ein verheirateter Mann hat ein Verhältnis mit der Ich-Erzählerin, das haben wir schon gelesen. Das ist richtig. Das Thema ist Jahrtausende Jahre alt. Nur wird das Thema uns alle überleben. Dieses Thema kehrt wieder in der Literatur. Auf die Machart kommt es an, nicht auf das Thema selber. Die Machart ist in vielem meiner Ansicht nach ungewöhnlich. Es ist ein hocherotisches Buch von einer außerordentlichen Intensität. Und da bewährt sich die sprachliche Kraft dieser Autorin. Sie zitieren zwei Sätze, die Ihnen mißfallen. Man kann noch fünf weitere oder acht finden ...

Löffler: Auf jeder Seite drei.

Reich-Ranicki: Nein, nein, nein! Ich finde im Gegenteil, daß hier eine Schriftstellerin sprachlich ihrem Thema voll und ganz gewachsen war.

Karasek: Finde ich auch, ja.

Reich-Ranicki: Sie zeigt etwas, was unerhört schwer ist zu zeigen, was in der deutschen Literatur selten gezeigt wird. Nämlich sie zeigt, was Liebe ist. Sehr, sehr schwer zu zeigen. Sie verdeutlicht Liebe, und sie zeigt Sexualität. Das ist in dem Buch sehr dezent und sehr klar gemacht. Hervorragend gemacht. Denn wir wollen uns über eine Sache im klaren sein. Die Darstellung sexueller Vorgänge ist literarisch vom rein Körperlichen her überhaupt kein Problem. Das ist überhaupt kein Problem, das kann jeder Anfänger machen. Ob nämlich ein Schriftsteller zu schildern hat, daß jemand einen Bleistift in die Tasche gesteckt hat oder ein Glied in die weibliche Scheide, ist von dem schriftstellerischen Aufwand her genau dasselbe. Der Unterschied besteht darin – hören Sie zu, Herr Glotz – ...

Glotz: Ich höre zu, ich höre zu.

Reich-Ranicki: ... es ist höchste Zeit, daß Sie das erfahren. Es ist nämlich so, daß es darauf ankommt, die psychischen Begleitumstände dieser Vorgänge zu zeigen.

Karasek: Die sind beim Bleistift geringer.

Reich-Ranicki: Genau, sehr richtig. Hier ist das Problem. Mit anderen Worten: Diese psychischen Begleitumstände werden von der Monika Maron in dem Roman hervorragend gezeigt. Sehr eindrucksvoll und sehr suggestiv. Jetzt aber eine ganz wichtige Frage, die Ost-West-Geschichte. Es ist diese Liebesgeschichte so unerhört intensiv und suggestiv, weil sie vor einem ganz konkreten Ost-West-Hintergrund erzählt wird.

Karasek: Darf ich ein Beispiel für die Genialität des Hintergrundes bringen?

Löffler: »Genial«! Das hat uns noch gefehlt.

Karasek: Ich bestehe darauf. Das eine Beispiel will ich. Die beiden tauschen aus, was sie in ihrer Jugend gesungen haben. Und sie verrät, daß sie – er hat evangelische Kirchenlieder gesungen, und sie hat eine Vergangenheit mit dem Kommunismus. Und sie gibt ein Lied an, das sie über Stalin gesungen hat. Und jetzt kommt diese wunderbare Brechung, wo sie sagt, es war ihm nicht wohl, daß ich meine Vergangenheit verraten habe. Mit der Kirche kann man besser umgehen. Das sind psychologisch sehr feine Gewichte, die da gezeigt werden.

Glotz: Aber das Verschmockte dieses Romans am Anfang! Die alte Dame breitet das Leintuch, auf dem sie mit dem Mann geschlafen hat, immer wieder auf dem Bett aus und betrachtet verzückt die Spur des Spermas des Herrn. Das schaut aus wie ...

Karasek: Sie scheinen nie verliebt gewesen zu sein, sonst würden Sie verstehen, daß man solche Spermaflecken entzückt und begeistert anguckt, Herr Glotz. Es tut mir sehr leid.

Glotz: Nananana.

Reich-Ranicki: Sehr richtig, sehr richtig.

Glotz: Das schaut aus wie ein umgekehrter Pudel.

Karasek: Warum nicht?

Glotz: Donnerscheiß, Donnerscheiß! Also das ist eine Art von Sentimentalität, da laufe ich davon. Da sage ich: um Gottes Willen.

Karasek: Herr Glotz, Ihnen möchte ich aus Romeo und Julia zitieren: Es lacht der Narben, wer die Wunden nie gespürt. Wenn man sagt, Gott, diese Flecken, das ist doch lächerlich, wie sie das schildert. Eine Verliebte schildert etwas unter Umständen lächerlich. Es ist die Geschichte eines erotischen Wahns und einer sexuellen Obsession ...

Löffler: Jetzt haben Sie das dreimal gesagt. Das geht wirklich nicht. Es ist doch so, daß man für eine Amour fou auch eine Sprache braucht. Das Buch hat überhaupt keine Sprache. Es ist total mißglückt, es ist eigentlich überhaupt nicht mehr vorhanden als Literatur.

Konkret 04/96, S. 50

Michael Scharang

Who is Mr. Würdigungs?

Rede zur Verleihung des Würdigungspreises der Republik Österreich am 7. März 1996

Nachdem mich der Minister offiziell von der Zuerkennung des Würdigungspreises für Literatur benachrichtigt hatte, schrieb er mir ein paar persönliche Zeilen, und ich antwortete mit ein paar persönlichen Worten. Unter anderem schrieb ich, daß ich die Dankesrede gern selbst halten möchte. Sicher sei das ja nicht. In den Tagen vor der Preisverleihung würde ich wie jedes Jahr mit meinem Freund Werner Vogt, dem Autor und Unfallchirurgen, schifahren, und wie jedes Jahr würden wir uns beweisen wollen, daß wir wieder ein Jahr jünger geworden sind, und, schrieb ich, irgendwann könnte das schlimm enden.

Vogt hat sich ja schon einmal bei einem Sturz die Schulter ausgerenkt und sie, da der ortsansässige Arzt es nicht schaffte, auch selbst einrenken müssen. Diesmal war ich an der Reihe. Ich unterschätzte eine Bodenwelle am Ende eines Steilhangs, sie katapultierte mich in die Höhe, und ich flog unkontrolliert durch die Gegend, schlug zuerst mit dem Hinterkopf auf und landete schließlich mit dem Gesicht auf der eisharten Piste. Als ich aufstand, war mein erster Gedanke, daß es ja noch acht Tage bis zur Preisverleihung sind.

Dann sah ich mich von Menschen umringt. Nette deutsche Urlauber reichten mir Stoff- und Papiertaschentücher, damit ich mir das Blut aus dem Gesicht wischen konnte. Dann kam auch Werner Vogt angesaust.

Scherzhalber hatte er in den Tagen zuvor gesagt, er sei hier als mein Leibarzt. Nun, in der Aufregung, rief er: Lassen Sie mich durch, ich bin sein Leibarzt. Daraufhin die Deutschen: Das ist nicht zum Scherzen. Sehen Sie zu, daß Sie weiterkommen. Ich mußte lachen, konnte das aber nur mit dem halben Mund.

Heute steht mir wieder der ganze zur Verfügung.

Ich habe einen Preis erhalten, von dem niemand weiß, warum er Würdigungspreis heißt. Als Dank werde ich nun das Geheimnis um den Namen dieses Preises lüften.

Der Laie stellt sich vor, das Leben, das der Künstler, insbesondere der Schriftsteller führt, sei frei. Was für eine Romantisierung. Ich zum Beispiel habe in jedem Jahr einen Termin. Der fällt noch dazu stets auf den letzten Mittwoch im Juli.

Ich finde mich dann in einem kleinen Saal ein, in der Nähe des Washington Square im Süden Manhattans, und lese aus Texten, die ich in den Wochen und Monaten zuvor in New York geschrieben habe. Mit dem Gewinn, daß mir der Streß, an dem die nichtdichtende Bevölkerung zu leiden vorgibt, nicht fremd ist.

Der Laie stellt sich des weiteren vor, der Schriftsteller lebe ungebunden. Was für eine Verharmlosung. Am letzten Mittwoch im Juli des letzten Jahres kam nach der Lesung eine Amerikanerin auf mich zu mit der Bitte, ihr eine Frage zu beantworten, sie arbeite an einem Essay über österreichische Literatur. Zu Weihnachten waren wir verheiratet.

Schon die Frage, die sie mir stellte, war erstaunlich. Einer von euren Dichtern, sagte die Frau, hat den Nobelpreis bekommen. Es war leicht herauszufinden, wer Mister Nobel ist. Ein anderer hat den Bachmannpreis erhalten. Auch wer Mister Bachmann ist, war nicht schwer zu eruieren. Wieder ein anderer, sagte sie, hat den Würdigungspreis bekommen. Über diesen allerdings gibt kein Lexikon Auskunft. SagenSie mir: Wer zum Teufel ist Mister Würdigungs?

Um Zeit zu gewinnen, bat ich die Frau, mich in meine Stammbar in der Sixth Avenue Ecke Bleecker Street zu begleiten. Dort einigten wir uns auf Rotwein aus Oregon. Sie haben Glück, sagte ich, daß Sie auf mich gestoßen sind. Mister Würdigungs war mein Lehrer.

Begonnen hatte er seine Laufbahn freilich nicht als Geistesmensch. Willi Würdigungs war in Wien zwar schon als junger Mann ein Begriff, doch von philosophischen Begriffen noch weit entfernt. Er war Spieler, aber nicht irgendeiner: Er wurde vom Glück dermaßen verwöhnt, daß jeder, wenn er den Namen Willi Würdigungs hörte, an falsches und verbotenes Spiel dachte.

Als er achtzehn war, schrieb man das Jahr 1938. Willi Würdigungs war so sehr auf seine Arbeit, das Spielen, konzentriert, daß es ihm nicht auffiel, an einem Abend österreichischen Offizieren das Geld aus der Tasche gezogen zu haben, am nächsten Abend deutschen Offizieren, im selben Hinterzimmer desselben Kaffeehauses. Den Unterschied merkte er erst am nächsten Tag, als zwei Männer, die sich als geheime Staatspolizei vorstellten, das ergaunerte Geld beschlagnahmen wollten. Willi Würdigungs bat die beiden einzutreten und rechtzeitig ihre Waffen zu ziehen, denn es werde, da er am Geld hänge, gewiß zu einem Schußwechsel kommen. Und tatsächlich, die Männer gingen weg.

Sie hatten das vornehme Mietshaus in der Innenstadt noch nicht verlassen, da stürzte der Nachbar, der hinter seiner Tür gelauscht haben mußte, auf Willi Würdigungs zu und beschwor ihn zu fliehen. Mit den Nazis sei nicht zu spaßen. Der Nachbar, Professor Zobl, ein junger Musikwissenschaftler der Universität Wien, hatte seine Sachen schon gepackt und war zur Abreise bereit. Die Nazis, sagte er, hielten nichts von seinen Ansichten über Musik. Im übrigen heiße auch er mit Vornamen Willi.

Würdigungs erkannte seine Chance, und im Handumdrehen hatte er gepackt. Außer ein paar Reiseklamotten nahm er nur Geld mit. So hatte Professor Zobl das Wissen, wie man nach Amerika gelangt, und Willi Würdigungs hatte das Geld. Zwei Wochen später waren die beiden in New York.

Dort schien man auf den jungen Professor gewartet zu haben, es gab ja in der Tat keinen besseren Kenner des Schönberg-Kreises, und so hatte er rascher eine Professur als eine Wohnung. Mit der Wohnung eilte es übrigens nicht, denn Willi Würdigungs bestand darauf, daß sie beide, so lange sein Geld reicht, im Waldorf Astoria Hotel bleiben.

Der Professor tat alles, um dem Berufsspieler das Gefühl zu geben, in der intellektuellen Welt Amerikas so zu Hause zu sein wie in der Wiener Halbwelt. Würdigungs kaprizierte sich auch gar nicht darauf, sein Talent, den anderen voraus zu sein, nur beim Kartenspiel zu nutzen. Und so entdeckte er, kaum hatte er sich in den USA umgeschaut, eine Marktlücke.

Die Künstler und Philosophen unter den deutschsprachigen Emigranten vermißten schmerzlich deutschsprachiges Publikum. Willi Würdigungs ersetzte es ihnen. Er als Außenstehender war das ideale Publikum. Er reiste, rekommandiert von Professor Zobl, von Brecht zu Adorno, von Adorno zu Eisler, von Eisler zu Schönberg, von Schönberg zu Horkheimer und retour. Er applaudierte ihnen, sagte aber auch, wenn er etwas nicht verstand, und zeigte sich befriedigt, wenn die betreffenden Passagen beim nächsten Mal wenn auch nicht immer besser, so immerhin geändert waren.

Nach dem Krieg wollte Willi Würdigungs wieder zurück, doch er hatte Zweifel, ob er in Wien Fuß fassen kann. Seine Bekannten intervenierten bei der amerikanischen Regierung, diese bei der österreichischen, welche, um der Siegermacht zu gefallen, Würdigungs einen Lehrstuhl für Philosophie und Ästhetik verschaffte anstatt, worum er gebeten hatte, eine Konzession für ein Spielkasino.

Daß Würdigungs nicht einmal ein Maturazeugnis vorweisen konnte, spielte keine Rolle, man gab ihm den Lehrstuhl ja nicht an der Wiener Universität, sondern schuf extra einen an der Hochschule für Bergbau, wo bisher auch nur Bergbau unterrichtet worden war.

Jeden Ersten ein Gehalt zu bekommen, war für Würdigungs neu und überwältigend. Er konnte dem nur standhalten, indem er den Unterricht auf eine Stunde in der Woche beschränkte und die übrige Zeit, aufbauend auf seine amerikanischen Erfahrungen, studierte. So daß ich, als ich Jahre später nach Wien kam, einzig in ihm, dem Studierenden, einen kompetenten Lehrer fand.

Am Ende des 1. Semesters, ich war einer von zwei Studenten, sprach ich Würdigungs an. Ich gestand ihm, Schriftsteller zu sein und nur nebenbei zu studieren. Ich möchte nicht in Ihrer Haut stecken, sagte er und ging.

Ich kann Ihnen auch sagen, warum ich nicht in Ihrer Haut stecken möchte, sagte er am Ende des 2. Semesters. Ich weiß Bescheid um die Zukunft der Literatur. Es ist mein Problem, daß ich schneller bin als die anderen, früher war ich es mit den Fin-gern, heute bin ich es mit den Gedanken. Die Zukunft der Literatur: Sie wird herrlichsein. Die der Schriftsteller allerdings schrecklich.

Ich dürfte Würdigungs verständislos angeschaut haben. Jedenfalls kehrte er ein halbes Jahr später, am Ende des 3. Semesters, zum Thema zurück. Schauen Sie um sich, sagte er, die Kunst und Musikhochschulen sind vollgestopft mit Künstlern, die mit Posten versorgt sein wollen. Den Zwang zur Freiheit gibt es nur mehr für den Schriftsteller.

Am Ende des 4. Semesters, der andere Student fehlte wegen akuter Depression, wandte Würdigungs sich redselig an mich. Freuen Sie sich nicht zu früh, sagte er. Für den Schriftsteller wird in Zukunft der Zwang zur Freiheit noch verstärkt durch den Zwang zur Welterforschung. Das wird sich wie von selbst ergeben. Die riesigen Forschungseinrichtungen werden, weil sie immer mehr Dinge erforschen müssen, nicht mehr dazu kommen, auch noch die Welt zu erforschen.

Am Ende des 5. Semesters, auch der andere Student hatte sich wieder eingefunden, zog Würdigungs mich vertrauensvoll zur Seite. Es werden dann, sagte er, ausgerechnet diejenigen die Welt erforschen müssen, die nur auf sich gestellt in der Welt stehen.

Ein halbes Jahr später, es war das Ende des 6. Semesters, wurde Würdigungs, wie offenbar zu jedem Semesterende, abermals redselig. Die Anforderungen an die Literatur, sagte er, werden, zu deren Glück, maßlos. Da herkömmliche Unterhaltung zur Qual wird, Kabarett sogar zur Folter, muß in der Literatur neben der vergnüglichen Welterforschung der todernste Witz stehen.

Und zwar gleichberechtigt, sagte Würdigungs ein halbes Jahr später, am Ende des 7. Semesters. Und dazu, betonte er, wird eine Sprache nötig sein, so dicht und klar, daß vor ihr der Diamant aus Scham zur Kohle wird.

Nach einem weitern halben Jahr verabschiedete sich Würdigungs, er trat einen mehrjährigen Forschungsurlaub an. Er hatte schon den Mund geöffnet, um mir noch etwas zu sagen, doch er überlegte es sich.

Sie hätten es mir nicht geglaubt, sagte er dreißig Jahre später, als ich ihn bat, mein Trauzeuge zu sein. Sie hätten es mir nicht geglaubt, wenn ich Ihnen damals gesagt hätte, daß Sie einmal eine Amerikanerin heiraten werden, die aus meiner Lebensgeschichte, die Sie ihr erzählt haben, ein Buch macht, die dank dieses Buches bekannt wird und infolgedessen zwei Lehraufträge erhält, den einen an der Mississippi-Universität in St. Louis, den anderen an der Donau-Universität in Krems. Sagte Würdigungs auf meine Bitte, mein Trauzeuge zu sein.

Aus Rücksicht auf die Karriere meiner Frau, eine Karriere, die von Anfang an von einer komplizierten Terminplanung gekennzeichnet war, fand die standesamtliche Trauung in St. Louis, die kirchliche in Krems statt. St. Louis war Willi Würdigungs und mir eine vertraute Stadt, unabhängig voneinander hatten wir auf Einladung der dortigen Gesellschaft für Literatur über Faulkner gesprochen.

Anders stand es mit Krems. Aufgewühlt noch von der kirchlichen Zeremonie, gestand mir Würdigungs, daß er niemals gedacht habe, einmal nach Krems zu kommen, das ja eine ganze Eisenbahnstunde von Wien entfernt liegt. Was übrigens, fuhr er fort, bedeute die weiße Rose, die ich angesteckt hatte. Ich korrigierte ihn, ich trüge eine rote Rose an meinem Jackett. Doch ein Blick belehrte mich eines Beßren. Würdigungs hatte, während wir sprachen und ohne daß ich es bemerkt hatte, seine weiße mit meiner roten Rose vertauscht. Gratulation, sagte ich.

Würden Sie sich zutrauen, fragte ihn meine Frau, wieder als Spieler erfolgreich zu sein? Was heißt: wieder, antwortete Würdigungs, ich habe nie zu spielen aufgehört. Und gewonnen? fragte ich. Ein Vermögen, sagte er. Und wozu? fragte meine Frau. Für den Fall, war seine Antwort, daß der Kulturstaat eines Tages Ernst macht und nur mehr Kultur, also sich selbst fördert. Dann muß irgend jemand da sein, der die Kunst finanziert.

Schweigend gingen wir weiter zum Bahnhof Krems. Ein merkwürdiges Abkommen, dachte ich, daß dieser Kulturstaat ausgerechnet nach diesem Mann einen Kunstpreis benennt. Würdigungspreis. Willi Würdigungs-Preis. Sehr merkwürdig.

Michael Scharang schrieb in KONKRET 3/96 über Peter Handkes Serbien-Bericht

Konkret 04/96, S. 56

Holm Friebe

Buch & Deckel

Margit Schreiner: Die Unterdrückung der Frau, die Virilität der Männer, der Katholizismus und der Dreck. Haffmans Verlag, Zürich 1995, 203 S., 29,80 Mark

Daß die Schweiz, was ernstzunehmende humorige Literatur anlangt, Diaspora ist, weiß, wer einmal den »Nebelspalter« durchgeblättert hat. In Österreich wiederum ist dieses Genre ohne jene sinistre Morbidität, die typischerweise allen Kulturerzeugnissen des Landes anhaftet, nicht zu haben; produziert wird es ausschließlich für den Export ins deutschsprachige Ausland, weil die Österreicher selbst damit nichts anzufangen wissen. Die Schweizer Ausnahme bildet der Züricher Haffmans Verlag, der – zu Anfang der 80er unter massiver Hilfestellung der Neuen Frankfurter Schule gegründet – immer noch die erste Adresse für satirische Unterhaltung ist.

Als eine der wenigen Frauen im Verlagsprogramm unterläuft die Österreicherin Margit Schreiner sowohl das Vorurteil gegen österreichische als auch das gegen weibliche Humorschriftstellerei, der ja nachgesagt wird, daß es sie nicht gebe. In ihrem dritten Buch erzählt sie nun – wie schon in *Mein erster Neger* – in kurzen, meist biografisch gefärbten und in sich abgeschlossenen Episoden – ja, was eigentlich? Der Titel gibt nur in soweit Aufschluß, als daß es sich zumeist irgendwie um das Geschlechterverhältnis dreht, um Sex, Schwangerschaft, das ganze Zeug also.

Zunächst jedoch werden die Verbiegungen einer Jugend im Österreichischen herumgewuchtet, wie wenn jemand einen Dachboden entrümpelt. Kauzige Heimatvertriebene treten auf, jede Menge Onkels, mithin alles, was einer kindlichen Psyche einen Knacks versetzen kann. Lustig im Sinne von »ulkig« ist das alles nicht, soll es auch nicht sein, dafür aber sehr nachvollziehbar und doch wieder eher kurzweilig.

Dann fangen die Männergeschichten an. Nur vordergründig feministisch inspiriert, werden wenn schon nicht die Haupt-, so doch zahlreiche Nebenwidersprüche aufgelöst. Die Salzburger Studentenszene der 70er (als Hasch noch verboten war und deshalb ins Klo gespült werden mußte, wenn es an der Tür klingelte), die alternative Wohngemeinschaft, der kommunistische Studentenverband und der »Club der politisch interessierten Frauen« sind dabei mehr Schauplätze für Intrigen, Affären und zwischengeschlechtliche Verwicklungen als alles andere.

An der Naivität der Hauptperson wird nachträglich nichts geschönt. So entsteht eine angenehme Distanz, die aber am Rande ein präzises Bild der politisierten Provinz jener Zeit liefert. Weniger schön ist, daß sich die Autorin im Fortlauf des Buches auf die Seite der erzählenden Toscana-Fraktion schlägt und es für nötig hält, gleichermaßen Italienkenntnis und Befähigung zum berstend-welthaltigen Erzählen unter Beweis zu stellen. Die Ich-Erzählerin verabschiedet sich und überläßt das Feld dem knarzigen Dorfapotheker, der Barfrau der einzigen Bar am Ort usw. Obwohl in guter NFS-Tradition stehend, ist auch hier der Versuch, mediterrane Zweitwohnsitz-Impressionen zu aromatisch-authentischen Geschichten umzumodeln, einzige Schwachstelle eines im übrigen lesenswerten Buches.

Konkret 04/96, S. 56

Georg Fülberth

Buch & Deckel

Helmut Ridder: Die deutsch-deutsche Spionage im Okular der westdeutschen Deutschland-Jurisprudenz. Edition Blätter 1, Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Bonn 1996, 64 S., 14 Mark

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die vom Boden dieses Staates aus Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland betrieben haben, straffrei ausgehen. Soweit sie diese Arbeit in der BRD selbst erledigten, gelte dies für sie nicht, doch wird sorgfältige Abwägung des Einzelfalls mit einer Tendenz zur Milde empfohlen.

Da werden sich die Spione wohl freuen, und diejenigen Kalten Krieger, denen das von ihnen bislang Erreichte nicht genügt, werden sich ärgern. Einer aber, der zu der letzteren Menschengruppe nicht gehört, hat dennoch an dem Urteil eine Menge, ja fast alles auszusetzen: der Gießener Öffentlichrechtler Helmut Ridder.

Karlsruhe geht davon aus, daß die Gesetze der Bundesrepublik bereits vor dem 3. Oktober 1990 auch in der DDR galten, allerdings u.a. mauerhalber nicht angewandt werden konnten. DDR-Spione hätten somit gegen das hiesige Strafgesetzbuch verstoßen. Nachdem das bisherige Verfolgungshindernis entfallen sei, könne die westdeutsche Justiz zwar einerseits endlich zugreifen, müsse aber andererseits aus Gründen der »Verhältnismäßigkeit«, des »Übermaßverbots«, ja des »Rechtsstaatsprinzips« durch die Finger gucken.

Falsch, sagt Ridder. Die Gesetze der BRD galten vor dem 3. Oktober 1990 nicht für die DDR. Beide Staaten betrieben die ihnen vom Völkerrecht nicht verbotene Spionage gegeneinander und durften fremde Auskundschafter, wenn sie sie kriegten, verurteilen. Auch soweit dies DDR-Bürger betraf, war das damals völlig in Ordnung – allerdings nicht deshalb, weil sie ohnehin westdeutscher Gerichtsbarkeit unterstanden hätten, sondern weil diese in solchen Fällen gegen Bürger anderer Staaten vorgehen durfte. (Wenn Sie in Paris eine Handtasche klauen, werden sie nach französischem Recht belangt – nicht, weil dieses ohnehin für Deutschland zuständig wäre, sondern weil Sie im Ausland dortige Gesetze nicht verletzen dürfen.) Für Spione, die das von ihnen bespitzelte Land nicht betreten, gilt, daß dieses sich mithilfe seiner eigenen Justiz, allerdings unter Respektierung bestehender Grenzen, gegen den Lauschangriff wehren darf.

Seit dem 3. Oktober 1990 hat sich laut Ridder daran insofern etwas geändert, als nicht nur der – in den verhandelten Fällen – spionierende Staat, die DDR, untergegangen ist, sondern auch der ausgeforschte, die BRD. Durch den Einigungsvertrag und den Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 habe die Bundesrepublik etwas getan, was sie laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 nicht hätte tun dürfen: Sie habe mit dem Beitrittsgebiet, das dadurch ein weiteres Mal als Völkerrechtssubjekt auftrat, verhandelt. Deshalb kam die Einheit nicht – wie offiziell behauptet – nach Artikel 23 des Grundgesetzes zustande, sondern durch die Gründung eines völlig neuen Staates, der sich die Rechtsordnung und den Namen einer der beidenVorgängerrepubliken, der BRD, gab. Da er am 3. Oktober 1990 von heute war, kann er gestern auch nicht ausspioniert worden sein. Wir haben sozusagen einen Mord ohne Leiche. Dies kommt einer dritten Gruppe angeblicher Täter zugute: Bürgern der Bundesrepublik, die für die DDR spionierten und damit vor dem Tag der Einheit tatsächlich gegen für sie gültiges BRD-Recht verstießen. Sie konnten belangt werden, weil sie Geheimnisse an eine auswärtige Macht verrieten. Gibt es letztere nicht mehr, entfallen alle Gründe für ihre Verfolgung durch eine neue Republik, die sie, da sie damals noch gar nicht existent war, auch nicht schädigen konnten.

Analogie: Wenn 1860 ein Bürger des Königreichs Hannover gegen das Kurfürstentum Hessen-Kassel spionierte, wie ist dies nach dem 20. September 1866 (Annexion beider Staaten durch Preußen) oder nach dem 18. Januar 1871 (Gründung des Deutschen Reiches) rechtlich zu bewerten, wenn er erst nach einem der beiden Stichtage erwischt wurde?

»Was soll's?« – fragt Schweinchen Schlau. Die Spione aus der DDR kommen ja auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ganz gut weg, und den BRD-Bürgern unter ihren Mittätern kann der Professor sowieso nicht helfen, denn die herrschende Lehre sieht es anders.

Ridder tritt hier aber gar nicht als Strafverteidiger auf, sondern er belegt an einem aktuellen Fall, was er bereits 1994 in KONKRET (Nr. 10 und 11) grundsätzlich ausführte: daß die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland sich am 3. Oktober 1990 entgründet hat und danach »ein neuer Staat« entstand, der seitdem sich und allen anderen hartnäckig diese Wahrheit verschweigt.

Vielleicht vermutet der Verfasser, eine Lebenslüge werde irgendwann zur Havarie führen. (Darauf weist der Abschnitt »Statt eines Epilogs«, der Peter Hacks zitiert, hin.) Das muß, wenn es um Staaten geht, nicht unbedingt so sein. Die Behauptung des Imperium Romanum zum Beispiel, es sei durch ständige Selbstverteidigung einer Stadt entstanden und immer größer geworden, war zwar falsch, hat ihm aber nicht geschadet. Der Tag, an dem das Faktische die »Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit« (Agnoli) belohnt, könnte leicht der Sankt-Nimmerleins-Tag sein. Käme das Vermutete von allein, wäre die Kritik überflüssig gewesen. Meint sie, Staaten aus den Angeln heben zu können,

übernimmt sie sich. Ihr muß es vorderhand genügen, Aufklärung zu sein, die immerhin ein paar Anhänger gewinnen kann, also Leute, welche sich von der angeblichen Normativität des Faktischen nicht unterdrücken lassen. Das ist doch auch was. Fürs Positive und Praktische gibt's die Gewerkschaft.

Fixe Jungs finden, Ridders Heftchen sei kein Comic, sondern leider ziemlich schwer geschrieben. Es handelt sich aber nur um die konsequente Anwendung von Logik und Grammatik, deren Nachvollzug Vergnügen bereiten kann.

Konkret 04/96, S. 57

Christel Dormagen

Buch & Deckel

Michael Crichton: The Lost World. Vergessene Welt. Deutsch von Klaus Berr. Droemer Knaur 1996, 463 Seiten, 45 Mark

Als Bruce Chatwin Ende der 70er nach Patagonien aufbricht, will er unter anderem die Herkunft jenes Hautfetzens erforschen, den er als Kind in einer Glasvitrine seiner Großmutter bestaunte. Angeblich stammte er von einem Brontosaurus, den der Cousin der Großmutter im ewigen Eis Südargentiniens gefunden hatte. In seinem Patagonienbuch erzählt Chatwin dann auch die Geschichte jenes texanischen Abenteurers, der 1922 an den Zoodirektor in La Plata schrieb, er habe in einem patagonischen See einen kleinen lebenden Dinosaurier entdeckt. Er bat um die Ausrüstung einer Expedition und versetzte Argentinien in helle Aufregung, weil man sich einen leibhaftigen Plesiosaurus erhoffte. Natürlich vergeblich. Auch Chatwins Brontosaurus-Haut entpuppt sich schließlich als Riesenfaultierrest.

Aber die Sauriersehnsucht blieb. Und wie die Bestseller und Megafilme verschlingende Menschheit weiß, gab es sie bis vor ganz kurzem doch, eine quicklebendige Dinowelt. Und zwar gar nicht so weit weg von Patagonien, auf einer Insel vor der Küste Costa Ricas, in jenem berühmten Jurassic Parc, der dem Kopf von Michael Crichton entsprungen war. Seine Idee war zugleich kindergenial und biotechnologisch up to date – Kleinfritzchen bastelte Urtiere im Genlabor. Und das funktionierte ganz einfach, wenn man davon ausging, daß die Dinosaurier damals, vor ein paar zig Millionen Jahren, von Insekten gestochen wurden, die ihnen wiederum Blut absaugten, sich dann auf einen Ast setzten, auf den wiederum Harz tropfte, das seinerseits das Insekt einschloß und zu Bernstein wurde. Dann mußte man nur noch den Insektenmagen freibohren und auspumpen, schon hatte man den DNS-Strang, und los ging die Produktion der Urzeitmonster.

Die Sache mit dem Freizeitpark lief dann bekanntlich ziemlich schief – ein paar Menschen starben, alle Tiere mußten umgebracht werden. Die Sache mit den Dollars dagegen lief so überaus glänzend, daß sie den Kohlekassierern keine Ruhe ließ. Crichton mußte ran und aus dem endgültigen Abgang einen vorläufigen basteln. Was ihm durch die Erschaffung einer geheimgehaltenen Parallelwelt auch glänzend gelang. Jetzt liegt *The Lost World. Vergessene Welt* auch auf deutsch vor. Wieder ist die Idee überraschend einfach und gesinnungsmäßig voll auf der Höhe. Der listige Sauriermacher Hammond hatte also die im Park vorgeführten Tiere in Wirklichkeit klammheimlich auf einer anderen Insel hergestellt, da der Ausschuß so groß war. Dort existieren noch überlebende Tiere, nachdem die Forscher die Insel mitsamt der Anlage B Hals über Kopf verlassen haben.

Und nun setzt in Buch 2 von allen Seiten ein Run auf diese Anlage B ein. Da ist der skrupelloseste Genetiker der Welt, der die Dinos für Tierversuche haben will – mit dem cleveren Argument, künstlich reproduzierte ausgestorbene Arten seien keine echten Lebewesen und deshalb ethisch gegen Tierschützer gefeit. Da ist der genialste Chaostheoretiker der Welt, der auf der Suche nach der Aussterbeformel und scharf auf die nachgestellte Modellsituation ist. Da ist der klügste schwarze Junge der Welt, in wunderbarer Freundschaft mit dem patentesten weißen Mädel der Welt verbunden. Da sind der größte Paläontologe der Welt und die mutigste Raubtierforscherin der Welt. Und dann gibt’s noch den einfallsreichsten Konstrukteur der Welt, den käuflichsten Professor der Welt, na, und so weiter ...

Ich hatte weder Buch 1 gelesen noch den Film gesehen (muß man auch nicht, da Buch 2 alles zum Verständnis Nötige mitliefert), und war einigermaßen beeindruckt. Ich kannte diese Sorte Bücher bislang nicht und hatte sie mir entschieden blöder vorgestellt.

Falls Sie in Kinderzeiten je Enid Blytons Abenteuerbände verschlungen haben, wissen Sie, wie es mir bei der *Vergessenen Welt* erging. Das Buch ist eine perfekte »Insel der Abenteuer 2000«. Man rast in einem Rutsch durch. Und das geht so gut, weil der Roman in lauter appetitliche Häppchen untergliedert ist – im Grunde schon die zukünftigen Filmszenen – , die radikal nach dem ultimativen Konsumprinzip organisiert sind: Triebaufschub wird nicht gewährt! Alles passiert Schlag auf Schlag, quasi im Sekundentakt, steigert sich mordsmäßig und ist trotzdem moralisch wertvoll. Die Guten kommen davon, die Bösen werden bei lebendigem Leibe aufgefressen – und alles immer zügig, dramatisch und cliffhangermäßig sauber verdrahtet.

Und außerdem ohne Sex. Denn Crichton hat praktischerweise einen Multizielgruppenroman geschrieben: ein Abenteuerbuch für Jugendliche, ein Indianerbuch für Männer, ein Filmdrehbuch für Regisseure, einen Reißer für Krimifans, ein Gleichberechtigungslied für Schwarze und Frauen und – für die gehobenen Ansprüche einen Wissenschaftsschmöker. Da hapert es dann allerdings auch beim genaueren Zusehen. Crichton hat sein Werk evolutions- und chaostheoretisch schwer aufgemotzt und die einzelnen Kapitel mit dunkel hochstapelnden Motti verziert, bei denen ich aber den Verdacht habe, daß sie genauso windig sind wie seine locker eingestreuten Theorieexkurse. (Seine flinke chaos-, komplexitäts- und zufallstheoretisch eingewickelte Hypothese, wieso Spielcasinos immer die Gewinner sind, stimmt z.B. vorne und hinten nicht.)

Und schließlich Crichtons grandiose Evolutionstheorie: »... jeder auf Erden weiß, daß es nur in kleinen Gruppen zu Innovationen kommt. Drei Leute in einem Komitee können etwas bewirken. Bei 10 wird's schon schwieriger. Bei 30 Leuten geschieht nichts. Und bei 30 Millionen wird es unmöglich. Das ist die Wirkung der Massenmedien – sie verhindern, daß etwas geschieht ... Sie machen alles gleich ... Alle Unterschiede verschwinden. In der Welt der Massenmedien gibt's von allem weniger außer den Top Ten bei Büchern, Schallplatten, Filmen, Ideen ... was ist mit der intellektuellen Vielfalt – unserer wichtigsten Ressource?« Tja, was nur, Mr. Crichton, Sie Top-Ten-Fabrizierer? Ob Sie da nicht doch eher ein Rückkopplungsschleifen-Eigentor geschossen haben?

Steven Spielberg hat »Jurassic Parc 2« selbstverständlich schon in der Mache. Und ein mögliches drittes Buch mit der noch geheimeren Insel ließe sich nahtlos an Buch 2 ankoppeln.

Konkret 04/96, S. 58

Martin Krauß

Reinen Urin einschenken

Sind gedopte Sportler und Sportlerinnen noch Menschen? Kurzer Abriß einer Debatte um den sauberen Sport und den cleanen Körper

Der Schweizer Tageszeitung »Nouvelliste« war neulich zu entnehmen, daß die Eringer Kampfrinder, das sind Kühe, die in einem in der Schweiz sehr populären alljährlichen Wettstreit versuchen, sich mit den Köpfen wegzuschieben, demnächst Dopingkontrollen unterzogen werden. Bislang war von der Nahrungsaufnahme dieser Kühe nur bekannt, daß sie Roggenbrot, Hafer und eine eher kuhunübliche Ration Weißwein erhalten. Neuerdings geht man aufgrund von Tierschützerhinweisen davon aus, daß die Kühe auch Amphetamine und andere Stimulanzien zu sich nehmen.

So sind sie halt, die Eringer Kampfrinder, möchte man ausrufen und vielleicht noch hinzufügen, daß es sich ja schließlich um Kühe handelt, also um Spender von Milch, folglich Käse, Quark, Joghurt und letztlich Rindersteaks, denen man ihren gewohnten und dem Menschen schmackhaften Lauf lassen sollte. Gegen den Spaß aber, mal mit Wein abgefüllten Kühen beim gegenseitigen Wegschieben zuzuschauen, fällt mir zunächst kein vernünftiges Argument ein. Doch »Halt!« rufen vielleicht andere Mitmenschen. Doping, egal ob Weißwein oder Stimulanzien, ist von Übel, jedenfalls nicht artgerecht, es handelt sich um Wettbewerbsverzerrung und eine unnatürliche obendrein.

Beim Menschen ist die Sache mit dem unnatürlichen Übel schon länger Thema. Da war bereits so etwas zu lesen: »Wer einmal die abartig gedrungenen Monstergestalten chinesischer Stoßerinnen gesehen hat, ahnt, wie sehr diese bedauernswerten Mädchen ›unter Stoff‹ stehen: eine Kulturschande.« Messerscharf analysiert von Brigitte Berendonk, vom Job her Sportlehrerin und Dopinganklägerin aus Berufung. Das Zitat stammt aus ihrem Buch *Doping-Dokumente*. Es beschreibt den Sumpf des Dopings im Sport von DDR und BRD und gilt seit seinem Erscheinen als Standardwerk.

»Abartig gedrungene Monstergestalten« sind junge Frauen, die aus China stammen, Sport treiben und von denen aufgrund ihres Aussehens vermutet wird, sie nähmen, den Eringer Kampfkühen nicht unähnlich, verbotene Mittel ein. Dieses Bild von Chinesinnen hat mittlerweile auch Eingang in die juristische Literatur gefunden. George Turner, Jura-Hochschullehrer und Ex-Wissenschaftssenator von Berlin, berichtete in der »Neuen Juristischen Wochenschrift« über »anabolikagetunte weibliche Ungetüme in den leichtathletischen Wurfdisziplinen« und ließ keinen Zweifel, was man mit denen machen sollte: vom Wettbewerb ausschließen und wegen Betrugs am Zuschauer zur Schadensersatzkasse bitten.

Da bei Turner der Verweis auf China fehlt, darf man vermuten, daß es sichum ein globales Phänomen weiblicher Ungetüme oder Monster handelt. Schaut man aber in den »Spiegel«, fehlt der geschlechtsspezifische Bezug. Der Leichtathlet Ben Johnson, 1988 der Einnahme anaboler Steroide überführt, ist, erfährt man da, »der erste bionische Mensch«. Er ist der »tumbe Ben«, der »schwarze Kanadier«, der »kahle Kugelkopf« mit »brennenden Augen«, der »dumme Ben mit den Kinderaugen«, er ist ein »menschlicher Roboter ... wie die Hormonkälber«.

Gegen wen, möchte man fragen, geht es denn nun? Chinesen? Schwarze? Frauen? Allen Doping-Anklägern gemeinsam ist nur ein Haßobjekt: Sportler und Sportlerinnen, die Dopingsubstanzen zu sich nehmen oder von denen man dies zumindest vermutet. Gedopte Sportler sind solche, die Arzneimittel zu sich genommen oder angewendet haben, die auf den Verbotslisten der Sportverbände notiert sind. Ob sie die Medikamente gebrauchen, weil es medizinisch indiziert ist oder weil es vermeintlich einer Leistungssteigerung dient oder beides, spielt zunächst keine Rolle.

Diese Sportler trifft der Vorwurf der Manipulation. Ihren eigentlich gesunden Körper stopften sie mit Giften voll, laborierten an der Natur herum und verschandelten mit Chemie ihren Leib, der doch an sich schön, gesund, durchtrainiert, muskulös und leistungsstark sei. Daß der menschliche Körper »immer und in jedem Fall als Abbild der Gesellschaft aufzufassen« ist, wie die amerikanische Anthropologin Mary Douglas schrieb, ist diesem Blick auf den Sport völlig fremd. Etwas Unberührt-Natürliches wird verlangt und dann analysiert und getestet, erforscht und kontrolliert, ob denn da alles mit rechten Dingen zugeht. »Sie messen den anderen, ohne es zu wissen«, beschrieben Horkheimer/Adorno diesen Typus, »mit dem Blick des Sargmachers. Sie verraten sich, wenn sie das Resultat aussprechen: sie nennen den Menschen lang, kurz, fett und schwer. Sie sind an der Krankheit interessiert, erspähen beim Essen schon den Tod des Tischgenossen, und ihr Interesse daran ist durch die Teilnahme an seiner Gesundheit nur dünn rationalisiert.«

Gefordert wird ein menschlicher Körper, der aussieht wie der Diskuswerfer in Leni Riefenstahls Olympiafilm oder wie ein Athletenkorpus, der von Arno Breker in Stein gehauen wurde – mit nur einem Unterschied: Das Bild des Reinen und Natürlichen soll gefälligst überprüfbar sein. Der »menschliche Roboter« Ben Johnson, den der »Spiegel« ausgemacht hatte, sah zunächst aus, wie er aussehen sollte – deswegen galt er auch bis zum Tag seiner Doping-Ertappung als schöner Mann – , aber der Urin war nicht rein, die Werte waren nicht in Ordnung. Der Mensch Johnson hielt einer Überprüfung nicht stand und war fortan auch als Athlet nicht mehr geduldet. »Der Körper wird als Unterlegenes, Versklavtes noch einmal verhöhnt und gestoßen«, beschrieben Horkheimer/Adorno dieses Phänomen, »und zugleich als das Verbotene, Verdinglichte, Entfremdete begehrt.« Anders gesagt: Schön ist er zwar immer noch, der Herr Johnson, aber nachdem man weiß, daß die

Schönheit keine natürliche ist, sondern irgendwie ›gemacht‹, mit Substanzen, die nicht Mutter Natur, sondern der arbeitsteiligen Gesellschaft entspringen, gilt er nicht mehr als schön, ja nicht mal mehr als Mensch, sondern als ein »kahlköpfiges Muskelmonster«, wie die »Taz« formulierte.

Die Ambivalenz, die Horkheimer/Adorno herausfanden, verwirrt nicht – schließlich weiß der deutsche Fernsehzuschauer, daß »wahre Reinheit mehr ist als Flecken rauswaschen«. Sie darf also nicht nur sauber erscheinen, sie muß porentief sein und sogar dem Knotentest standhalten. Wehe daher, wenn man bei Ben Johnson oder Katrin Krabbe etwas sieht, das man nicht sehen möchte, oder sich die Vermutung aufdrängt, da sei etwas, was nicht da sein dürfte. »Das sieht man klar im Gesicht, daß die Krabbe dopt«, erkannte der Vorsitzende der Anti-Doping-Kommission des Deutschen Sportbundes (DSB), Hans Evers.

Herr Evers meinte in Pickeln, die bei der Leichtathletin Krabbe im Gesicht zu erkennen waren, einen Doping-Beweis zu erblicken. Als Krabbe, ähnlich wie Johnson bis zum Zeitpunkt der ersten Doping-Anschuldigung als Schönheit geltend, erstmals in Verruf geriet, warf man ihr vor, den Urin, den sie bei der Dopingprobe zu lassen hatte, gefälscht zu haben. Das war 1991.

Ein Kontrolleur des Deutschen Leichtathletikverbandes (DLV) war der Trainingsgruppe auf die Bahamainsel Paradise Island nachgereist. Eines Abends hatte er sich beim Abendessen am Hotelbuffet vorgestellt und Frau Krabbe gebeten, ihm zur Toilette zu folgen. Sie hatte abgelehnt und den Rest des Abends lieber in einer Diskothek verbracht. Der »Spiegel« wußte, warum: Sie brauchte Zeit, »um wieder clean zu werden«, die »FAZ« sprach vom »attraktiven Berufsbild Doping-Kontrolleur«. Auf die Idee, daß Männer, die im Hotel Frauen auffordern, ihnen zur Toilette zu folgen, um sie dort beim Urinieren zu beobachten – »Knie-an-Knie«, wie es die Durchführungsbestimmungen für Dopingkontrollen bei Sportlerinnen verlangen – , achtkantig aus dem Hotel geschmissen werden sollten, kam keiner.

Wochen später gab es Hinweise, daß es bei einem anderen Trainingslager, das im südafrikanischen Stellenbosch stattfand, zum Vertauschen oder Manipulieren des Athletinnen-Urins gekommen sein könnte. Grund genug für Hans Evers, gynäkologische Untersuchungen für verdächtige Sportlerinnen zu fordern. Schließlich könne man trotz des »Knie-an-Knie«-Pinkelns nie ausschließen, daß mittels eines in die Scheide eingelassenen Präservativs Fremdurin transportiert würde, den die gerissene Athletin bei der Kontrolle dann ins Laborfläschchen laufen ließe.

Der gewagte Zwangsgynäkologie-Vorschlag kam nicht durch. Statt dessen erhob sich kurze Zeit später ein neuer Vorwurf gegen Katrin Krabbe. Sie hatte – das gab sie sofort zu – ein Asthmamittel mit der Substanz Clenbuterol eingenommen. Das Medikament stand zu diesem Zeitpunkt nicht auf der Dopingliste. Krabbe und ihre Kolleginnen wurden gleichwohl von zuständigen Sportgerichten dazu verurteilt, ihren aktuellen Beruf – Profisportlerin – für die Dauer von drei Jahren nicht mehr ausüben zu dürfen. Das Urteil des DLV warf ihnen vor, sich einer »sportwidrigen Leistungssteigerung« bedient, »Verstöße gegen die anerkannten Grundsätze sportlichen Verhaltens begangen« und sich damit »Handlungen, die geeignet sind, das Ansehen des DLV zu schädigen«, schuldig gemacht zu haben. Zur Begründung hieß es: »Ein Sportler, der ... keine Hemmungen hat, ein verschreibungspflichtiges Arzneimittel ohne ärztliche Indikation einzunehmen ... verliert seine Vorbildfunktion und Glaubwürdigkeit, für einen sauberen Sport einzutreten.« Berufsverbot für schlechte Vorbilder. »Als ob die Behandlung seines Körpers jedes einzelnen Sache selber wäre«, bemerkte Adolf Hitler zu dieser Frage, und seine Antwort scheint bis heute gültig zu sein.

An die Ideologie des natürlichen, unverdorbenen und von keinem Mittelchen getrübten Sportlerkörpers schließen sich zwei Fragen an. Warum schlucken die Athleten allerlei Mittelchen? Und: Was passiert, wenn sie ertappt werden, wie wird so etwas justitiabel? Letzteres ist leicht zu beantworten und wurde am Beispiel Krabbe vorexerziert. Die Sportverbände nutzen ihre eigene Gerichtsbarkeit, um Urteile durchzusetzen. Sie können das, weil sie das Monopol auf Leistungssportausübung besitzen. Ob das bis zum Berufsverbot gehen darf, wird zur Zeit im Krabbe-Revisionsverfahren erörtert.

Aber zur Motivation, gerade bei Sportlerinnen, braucht es eine eigene Theorie, und hier hat sich der »Spiegel« mit einem besonders originellen Vorschlag verdient gemacht: die sexuelle Hörigkeit. Über einen Leichtathletiktrainer las man da, daß er »seinen Schützlingen eine Rundum-Betreuung zukommen (läßt). Den durch die Hormongaben stämmig und männlich wirkenden Mädchen gibt er das Gefühl, auch als Frau noch begehrt zu sein ... Der Trainer war nacheinander mit«, hier folgen drei Namen von Frauen, denen noch nie Doping nachgewiesen wurde, »liiert«. Oder: Ein Informant des »Spiegel« hatte in Trainingslagern »mitbekommen, wie die Kollegen Bundestrainer auch eine Form von sexueller Hörigkeit zur Leistungsmotivation nutzten. Da wurde der ›Spaß im Bett‹ schon mal ›als Belohnung eingesetzt‹, um die Sportlerinnen an sich zu binden.«

Tumb und häßlich sind sie, die Sportlerinnen, lernt der »Spiegel«-Leser, und gäbe es nicht abgefeimte Trainer, die noch nicht mal vor einer zweckgebundenen Liaison zurückschrecken, hätten diese, wie man der Fachliteratur entnehmen darf, »abartig gedrungenen Monstergestalten« bzw. »anabolikagetunten weiblichen Ungetüme« gar keine Sexualität. Bekämen keinen Mann ab, sagt der Volksmund.

Menschen, so darf man in diesen vorolympischen und also an Dopingenthüllungen nicht armen Monaten folgern, sind gedopte Sportler und Sportlerinnen jedenfalls nicht. Wenn vielleicht auch nicht gleich Monster oder Ungetüme, dann sind sie doch vergleichbar mit den Eringer Kampfrindern. Die benehmen sich nämlich auch, wenn man den Tierschützerhinweisen Glauben schenken darf, unnatürlich, ja fast menschlich, denn sie fressen, was sie wollen bzw. was da ist, statt daß sie nach natürlicher Leistungssteigerung streben.

Aber: Haben nicht auch die Eringer Kampfrinder ein Recht auf Rausch?

Martin Krauß schrieb in KONKRET 1/96 über Taschenkalender

Konkret 04/96, S. 60

René Martens

Melodie & Rhythmus

Verschiedene: In Memoriam Gilles Deleuze; Mille Plateaux/EFA

Unmittelbar nachdem Gilles Deleuze im vergangenen November Selbstmord begangen hatte, entschloß sich das Frankfurter Label Mille Plateaux, die bisher ambitionierteste Veröffentlichung der Firmengeschichte in Angriff zu nehmen. Kein Wunder, denn *Tausend Plateaus*, einem der beiden Hauptwerke, die der Philosoph Deleuze gemeinsam mit dem Psychoanalytiker Felix Guattari verfaßte, verdankt es nicht nur seinen Namen, sondern auch seinen theoretischen Überbau.

Mille Plateaux hat sich im Laufe der letzten drei Jahre zu einem der führenden Label jener Szene entwickelt, die, neben Jungle in all seinen Variationen, die zur Zeit innovativsten Klänge hervorbringt: Electronic Listening und elektronische Avantgarde sind die geläufigsten Etiketten für diese Musik. Und »In Memoriam Gilles Deleuze« ist zuallererst eine umfangreiche Bestandsaufnahme des derzeitigen Schaffens in der Szene.

Auf der Doppel-CD sind nicht nur Musiker vertreten, die jeder Insider erwartet hätte, also Oval, Alec Empire und Mouse on Mars. Deleuzes Tod animierte Labelchef Achim Szepanski darüber hinaus, Musiker aus anderen Bereichen einzuladen, die, erstens, ähnlich radikale Musik machen wie die Künstler aus dem Mille-Plateaux-Projekt und von denen er, zweitens, wußte, daß sie sich mit dem Philosophen beschäftigt haben: zum Beispiel Chris & Cosey, die Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre mit Throbbing Gristle Pionierarbeit geleistet haben. So ist dieses Tribut-Projekt auch als ein Brückenschlag zu verstehen.

Klar, daß die Musik auf »In Memoriam Gilles Deleuze« sehr heterogen ist. Man findet Tracks mit dezenten Grooves und collagenhafte Klänge, und man findet digitalen Free Jazz (Blue Byte) sowie dissonante Trauerfeier-Musik von »Spex«- und »Frontpage«-Mitarbeiter Bleed. Bei allen Unterschieden: Sämtliche Stücke sind gemacht für ein Publikum, das beim Hören von Musik gewissermaßen mit ihr arbeiten, sich durch sie in ein Stadium von »Überwachheit« (Karl-Heinz Stockhausen) versetzen lassen will.

Tja, und was hat das nun alles mit Gilles Deleuzes Philosophie zu tun? Was zum Beispiel mit dem *Anti-Ödipus*, jenem gegen Freud gerichteten Werk, das er mit Guattari verfaßt hat, und das, um es mit Diedrich Diedrichsen zu sagen, für die Psychoanalyse eine ähnliche Bedeutung hatte wie die Sex Pistols für die Rockmusik? Was hat, allgemein gefragt, die Musik auf Mille Plateaux gemein mit dem gleichnamigen Werk?

»Schreiben hat nichts mit bedeuten zu tun, sondern mit vermessen, mit Karten machen, selbst von noch unbekannten Gegenden«, sagen Deleuze und Guattari. Gewiß könnte man in diesem Zitat »schreiben« sinnvoll durch »Musik machen« ersetzen. Doch das wäre nur ein Taschenspielertrick, wenn auch kein billiger. Wenn sich ein Musiker beim Produzieren eines Stücks durch das Wirken anderer Persönlichkeiten inspirieren läßt, hat das ja nicht zwangsläufig zur Folge, daß der Zuhörer diesen Einfluß aus einem fertigen Stück herauslesen kann – umgekehrt ist es genauso möglich, daß ein Stück oder Track nach jemandem klingt, den der vermeintlich beeinflußte Künstler gar nicht kennt. Will sagen: Deleuze ist gut, weil er einen Haufen von Klangforschern zu großartiger Zukunftsmusik inspiriert. Das heißt ja nicht, daß Mille-Plateaux-Platten die Philosophie auf einen Nebenschauplatz verweisen. Im Gegenteil: Sie bringen womöglich philosophisch unbeleckte Menschen dazu, Deleuze zu entdecken. Gerade die einführenden Texte zu »In Memoriam Gilles Deleuze« erweisen sich als, naja, didaktisch wertvoll.

Nicht zuletzt zeigt diese Doppel-CD, daß Tribute-Projekte nicht langweilig sein müssen. Vielleicht erweisen demnächst ja noch andere Musiker nicht bloß irgendwelchen sonstwie bedeutenden Kollegen ihre Ehrerbietung, sondern Philosophen, Wissenschaftlern, bildenden Künstlern, Regisseuren. Das wäre doch wirklich eine Herausforderung!

Konkret 04/96, S. 60

Michael Rudolf

Melodie & Rh□ thmus

Frank Zappa: The Lost Episodes; R□ kodisc/RTD

Eigentlich stellt derlei Platten nur zusammen, wer sich an seinen Fans rächen will. Und sicher hat das ein Gros seiner Fans auch verdient, die ihn in den sechziger und siebziger Jahren auf einen angloamerikanischen Blödelotto reduziert hatten. Dabei konnte man mit den Noten seiner Gitarrensoli, just um 1972 bis 1975, veritable Wunderkerzen anzünden. Und zu seinen Texten meinte er in sehr zurechnungsfähiger Manier: »Apart from the snide political stuff, which I enjoy writing, the rest of the lyrics wouldn□t exist at all, if it weren□t for the fact that we live in a society where instrumental music is irrelevant.« Das wollen wir ihm gerne glauben.

Das Dutzend Alternativfassungen auf »The Lost Episodes« entlockt daher vielleicht nur eingefleischten Zappatisten spitze Begeisterungsschreie. Einige Rara sind zu hören, so rar, daß sie selbst Zappa kaum zu datieren, ja nicht einmal die Mitspieler vollständig aufzuzählen weiß. Dick Barbers Snorks auf »The Big Squeeze« seien dringendst anempfohlen, ebenso das entspannt groovende »Take Your Clothes Off When You Dance« oder der famose Ricky Lancelotti auf »Wonderful Wino«. Am Ende runden auch ein paar musikalische Perlen, so die vier bis dato unveröffentlichten Stücke mit Don Van Fliet an der Stimme und eine furiose Improvisationsorgie mit Don »Sugar Cane« Harris an der Geige, diesen Tonträger fast mehr als passabel ab. Zappa-Vertraute sehen in dieser Auswahl von Takes aus den Jahren 1958/59 bis 1992 auch eine Art Verbeugung vor den vielen Mitspielern, die ihn nicht nur hie und da inspiriert haben. Freilich reichten die dreißig Tracks dafür niemals aus. Das kann man dann auch in dem ausführlich gehaltenen Booklet nachlesen.

Rykodisc spricht davon, »The Lost Episodes« sei die letzte Platte, bei der der moribunde Zappa selbst Hand angelegt habe. Mal sehen, wieviel Platten »letzter Hand« Rykodisc und der Family-Trust noch in petto haben. Ansonsten gilt: Frank ist not dead. He just smells funny.

Konkret 04/96, S. 61

Jürgen Roth

Melodie & Rhythmus

Lou Reed: Set the twilight reeling; WEA

Seit »Blue in the Face« weiß man, daß Lou Reed ganz gerne qualmt. Noch Gewichtigeres allerdings weiß das Nachrichtenmagazin »Spiegel« anläßlich der Veröffentlichung von »Set the twilight reeling« zu berichten: »Reed möchte es noch einmal wissen« – nämlich einem immer wieder lauthals in die Welt hinausgerufenen Pressetopos zufolge, nach dem vor allem durch die Exzesse des Rock 'n' Roller-Lebens hindurchgeschleuste »Stars« (so die Hamburger Rubrizierung) in einer längst fälligen Spätphase der Läuterung zu Gediegenerem, Größerem, Illuminierterem berufen seien. Dabei werden die Säcke nur älter, was weder Vorwurf noch Hindernis sein kann, eine hörbare Rock-Platte zustande zu bringen.

Finden die Hamburger Auguren, Reed »wäre wahrscheinlich wie viele andere auch irgendwo im Rinnstein der Gesellschaft verendet, hätte er nicht diesen Tick gehabt, Literatur und Rock zusammenzubringen«, so reitet das Kölner Blatt »Spex« den gleichen müden Ackergaul, nur rückwärts. Christoph Gurk dokumentiert in aller ungewünschten »Spex«-spezifischen Brillanz und Eleganz sein Zusammentreffen mit dem neben Neil Young letzten hinterbliebenen und von Avantgardeseite mürrisch-störrisch grad noch so als tolerabel eingestuften Rock-Heroen – und hält dann auch nix von der Platte. Klassizistische Erstarrung, wahlweise altersbedingte Gelassenheit wirft man dem ehemaligen Zyniker und Schizoiden vor. Besser ins Konzept hätte der panische, zerrissene, zerdepperte, kontingente (und was der Attribute mehr sind) Reed gepaßt, einer mit gewissermaßen »entfremdete(r) Persönlichkeitsstruktur«. Denn seine suggestive Bedeutung für die sehr viel später anlaufenden Debatten um solche linkspolitischen Offenbarungsleistungen wie »Identitätspolitiken« läßt man sich ungern vom Brot nehmen: Was dem »Spiegel« die schweineschmalzpampige Ikonographie, ist »Spex« in diesem Fall allemal eine feine Poptheorieexegese, in der vor lauter Hegel und Herr und Knecht und Künstlerproblematik am Ende gerade noch das Resümee Platz findet, hier habe ein irgendwie zu kontrollierter, dann eben auch »zynischer« und selbstgefälliger Reed öden Selbstbeweihräucherungs-Rock zusammengekloppt.

Meinetwegen onkelhaft (»Hang on to your emotions«), meinetwegen »Jammerlappen« (Gurk): Über Reeds oft besungene »poetische« Fertigkeiten sollte zu Recht kein Wort verloren werden, doch »Rauchverbot erteilt« »Set the twilight reeling« ja gewiß nicht. Denn wer es fertigbringt, mit teilweise schon notpeinlichen Hendrix-Imitaten und dilettantischen Mainstreamrock-Adaptionen, mit den immergleichen A-Dur-E-Dur-Wechseln und ohne beinahe jeden rhythmischen und gar stimmlichen Witz ein Album zusammenzustellen, das sich laut gut hören läßt, weil Reed, der nicht mal eine Andeutung von »E-Gitarren-Soli« (D. Diederichsen) aufs Brett zwingt, zu buddhistisch vor sich hinplumpsenden Baßlinien ab und an seine Akkorde reindrischt, sogar mit sauberen Pickings überrascht und angenehm entspannt über mitunter trockene Grooves singt – alles kann der dann auch nicht verkehrt gemacht haben.

Dem Gitarrensound habe sein ganzes Augenmerk gegolten, insistierte Reed mehrfach, und in »Egg cream« ist zu hören, warum sich die Rock-Gitarre als das Instrument der Reduktion schlechthin spielen läßt. Klumpiger klang Reed nie. Daß Rockmusik auch mit der verfemten Kontrolle was zu schaffen haben kann und im Midtempo Genuß verschafft, zu dem es sich ganz ordentlich rauchen läßt, ist immerhin ein Resultat, für das der gute Herr nicht gescholten sein soll.

Reed hat es sich verkniffen, den existentialistisch aufgescheuchten Politbarden zu mimen, auch wenn er mit »Sex with your parents« ein Manifest gegen den demnächst evtl. drohenden Sieg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten hinzustemmen versuchte. Daneben ist »Set the twilight reeling« so unspektakulär, daß man nur zufrieden sein kann. Oder sagen wir es mit Diedrich Diederichsen: »Röhrenverstärker ficken.«

Konkret 04/96, S. 61

Sebastian Wehlings

Melodie & Rhythmus

Alec Empire: Hypermodern Jazz 2000.5; Mille Plateaux

Ja, das swingt. Alec Empire hat sein Jazz-Album aufgenommen. War seine letzte Platte »Low On Ice«, die vor nur wenigen Monaten erschienen ist, so etwas wie ein übellauniger Gruß Richtung Trip Hop, so ließe sich Ähnliches zu »Hypermodern Jazz 2000.5« in Bezug auf Acid Jazz und andere aktuelle Varianten des Jazz sagen.

Es sind die Arbeitsweisen, die hier für Differenz sorgen: Empire sampelt keine Instrumente – wie z.B. im Acid Jazz üblich – , um sie in einen schon bestehenden Soundkontext einzuschreiben, sondern spielt alle Instrumente auf seinen diversen Keyboards selbst ein. Das macht er mit Virtuosität. Soundschleifen werden hier ebenso von Hand eingelegt wie Drumeinsätze gegeben und Tracks ausgeblendet. Zugunsten eines oftmals frei anmutenden Umgangs mit Takt und Tempo hat Empire darauf verzichtet, dem Computer die letzten Regelungen und Angleichungen zu überlassen.

So entstehen Unvorhersehbarkeiten in den Songs, die dem sympathisch größenwahnsinnigen Albumtitel »Hypermodern Jazz 2000.5« eine Legitimation erteilen können, ohne ihm dabei seine Ironie zu nehmen. Auf eine weiterführende Art der Improvisation verweisen Tracktitel wie »God Told Me How To Kiss«, »Dreaming Is A Form Of Astrotravel« oder »I’m Gonna Die If I Fall Asleep Again«, die nach den in ihnen verwendeten Textsamples benannt wurden. Denn die Musik des Albums ist gewissermaßen auch der Soundtrack zu einem Film, den Empire jedoch nur vom Hörensagen kennt.

Wie das? Man schließe seinen DAT-Rekorder an die Satellitenschüssel an, stelle ein englischsprachiges Programm ein, gehe schlafen und höre am nächsten Morgen, was das Band aufgenommen hat. Die knorksten Dialogpassagen haben es auf dieses Album geschafft.

Auch wenn man es dem Empire’schen »Space Jazz« nicht unbedingt anhören mag, so sei zum Schluß doch noch erwähnt, daß Alec Empire Namen wie Charlie Parker, John Coltrane und Miles Davis nicht fremd sind. Im Gegenteil: Da ist er Fan und dieses Album sowas wie ein respektvolles Hallo an jene aus der Zukunft.

Konkret 04/96, S. 62

Robert Kaltenbrunner

Ein Kampf um Berlin II

Die Berliner Architekturdebatte rankt sich um prominente Einzelbauten – Wohnungsbau ist Massenware und bedarf offenbar keiner kritischen Begleitung. Schluß der KONKRET-Serie

Die Aufregung um die sogenannte Berliner Architekturdebatte hat sich, so scheint es, etwas gelegt. Während einerseits noch lamentiert wird, wird andererseits gebaut. Was aber, aus subjektiver Sicht, geht das den Berliner an? Schwer zu sagen. Allenfalls läßt sich behaupten, daß mit dem ganzen Rummel eine schleichende Betroffenheit verbunden ist. Medial entsprechend aufbereitet, wird mit den spektakulären Projekten in Berlin durchaus Stimmung gemacht. Doch hinter den glänzenden Fassaden bleibt es auffallend leer.

Eine neue *Hauptstadt* ist das erklärte Ziel, doch alle Bestrebungen erinnern an das, was wir schon einmal hatten. Ohne einen Verweis auf die Geschichte, zumal der 20er Jahre, läuft die Chose nicht. Offensichtlich gibt es eine spezifische Prägung der »roaring twenties«, die auch auf der heutigen Münze erscheinen soll. Mit den alten Photographien der Ecke Friedrichstraße/Unter den Linden werden idealisierte Vorstellungen transportiert: Genau so ein Stadtleben wollen wir: repräsentative Häuser, mondäner Flair und immer was los! Das neue Berlin als Faksimile des historischen?

Über Leitbilder und Vorbilder wird dabei viel diskutiert. Wenn die Wortführer und Meinungsmacher sich öffentlich äußern, tun sie das in allgemeiner Form, doch immer bildet das, was in Berlin passiert, den Hintergrund der Kritik oder Affirmation. Ob Potsdamer oder Alexanderplatz, ob als Dorotheenstädtischer Block oder als Kaufhaus in der City-West, ob Spreebogen oder -insel: Dichotom wird dem vertikalen Ausbruch eine gleichbleibende Traufhöhe, dem organischen Schwung eine preußische Disziplin, dem überbordenden Ideenreichtum das Prinzip der Einfachheit gegenübergestellt. Die Fachgemeinde organisiert sich und teilt sich in feindliche Lager.

Es sieht aus wie eine rein fachinterne Kontroverse, es geht jedoch um die Sicherung von Einflußsphären und Bauaufträgen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber auch, daß es, erstens, beim Berliner Stadt-Bau auch um die Frage geht, wie mit der alten Forderung Albertis, der Convenientia eines Bauwerkes zu den Ansprüchen und Bedürfnissen der Gesellschaft zu entsprechen, umgegangen werden soll. Damit ist das Dilemma der europäischen Baukultur angesprochen: Jenes stetig-unentschiedene Pendeln zwischen dem Ideal einer universalen Einheit und dem Hang zur Aura des Einzelobjektes. Und zweitens: Am Beispiel der Großprojekte für die *Hauptstadt* soll einerseits zwar eine utopisch-optimistische Kraft sichtbar gemacht werden; andererseits bleibt die Architektur selbst eher in den erstarrten Formen der Historie stecken. Es scheint, als würden hier Zyklen der Vergangenheit einer eingehenden Beobachtung unterzogen und als würde der Versuch unternommen, der Formlosigkeit des ständigen Verfalls durch Wiederholung Form zu geben.

Gälte es, die Debatte schlagwortartig zu charakterisieren, so stünde hier der »Block« versus das »Chaos«. Die Blockbebauung, die im 19. Jahrhundert das Grundmuster europäischer Städte bildete, sei – so ihre Propagandisten – das Mittel, den schnellebigen Architekturmoden historische Kontinuität entgegenzusetzen. Mit dem Rekurs auf die traditionelle städtebauliche Ordnung werde das Einfache und Konventionelle zurückkehren, nachdem postmoderne Novitätssucht und dekonstruktivistisches Katastrophendesign einen unerträglichen *optischen Lärm* erzeugt hätten.

Der Ruf nach den eingängigen und überschaubaren Bahnen des Alten wird gekontert durch die Aufforderung zur Unordnung. Diese will sich in den Rahmen von Derridas Dekonstruktionsmethode oder von Chaostheorien stellen. Den philosophischen und naturwissenschaftlichen Trends wird gewissermaßen ein formvollendetes Cape geschneidert, um es der Architektur und dem Städtebau überwerfen zu können: Es sei dem »Urbanen« eben immanent – wie man in der Argumentation geltend macht – , daß seine Entwicklung weder Gesetzen noch geometrischen Ordnungen noch Utopien und Visionen folge, sondern allein undurchschaubaren Zufällen ausgeliefert sei, so wie der Spaten, der in Peking umkippt, in England einen Orkan verursachen könne. Das schräge Bild soll über das »Urwüchsige«, quasi »Natürliche« hinaus zum kritischen Sinnbild werden, das sich sowohl gegen architektonische Einheitsvorstellungen als auch gegen herrschende kapitalistische Ordnungssysteme wendet.

So bildhaft der Widerspruch sich auch darstellen läßt: Er ist, in all seinen Facetten, bloß virtuell. Den beiden konträren Positionen ist mehr gemein, als man zunächst vermutet. Beispielsweise die Glorifizierung der Stadt als Gebilde aus verselbständigten Bildern und Formen, oder die ultimative Auf- und Überbewertung der Architektur: Bedrohungen und Katastrophen – seien sie nun technischer oder politischer Natur – werden zum Problem der Baukunst stilisiert und diese wiederum zum Heil- oder Kampfmittel überhöht. Schließlich überbieten sich Block- wie Chaos-Prediger im Ausblenden von perspektivischen und programmatischen Vorstellungen, von gesellschaftlichen und ökonomischen Konstellationen, kurz: von Wirklichkeit. Vereinfachungen kennzeichnen heute sowohl einen intellektuellen Konservativismus als auch einen populistischen Fundamentalismus. Übertragen auf die Architektur ist solches – weniger im politischen als im wörtlichen Sinne – reaktionär: Der geistige und emotionale Rückwärtsgang verspricht eine Aussicht auf eine Vergangenheit, die es so gar nicht gab.

Die namhaften Beteiligten gebärden sich dabei als Zeremonienmeister. Sie sind berühmt, eloquent, charismatisch – so etwas wie geniale Führernaturen; auch und gerade Politiker scheinen das anzuerkennen. Das Dumme an deren Versprechen aber ist: Städte entstehen in längeren Zeiträumen, sind so gut wie nie aus einem Guß, folgen nicht einer einzigen Idee. Nach Karl Schefflers Wort ist »Berlin dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein«. Demzufolge kann es bei der tatsächlichen Stadtwerdung nicht – oder doch kaum – um die eigenwilligen Genies gehen, sondern, etwas polemisch ausgedrückt, um die »durchschnittlichen Gebäudeentwerfer«. Und Berlin ist, wie alle Orte, voll davon. Nun scheint das aber, wenngleich nicht explizit, von den Architekten allseits akzeptiert zu sein. Wenn das Mittelmäßige vorherrscht, so bedarf es des Haltes, der Vorgabe, um Schlimm(er)es zu vermeiden. Deswegen bietet sich das Raster des Blocks auch an als Korsett, mit dem das welke Fleisch vor'm Fall in die Tiefe bewahrt werden soll/kann. Also: Wiederbelebung der Geschichte als Springform der Zukunft!

Doch so undifferenziert wollen die Protagonisten des »Blocks« auch nicht sein. Eine Idealisierung der Vergangenheit sei es eben gerade nicht, die man betreiben wolle, zumal die sogenannte »kritische Rekonstruktion«, die für die zahlreich anfallenden Großprojekte in Berlin proklamiert wird, sich gegen solche Vorwürfe abgrenze, indem sie auf eine architektonische Dialektik zwischen historischer Kontinuität und innovativer Modernisierung anspiele.

Doch genau das halten weder die »Theorie« noch die Projekte der Berliner Szene: Gewisse Elemente dezidiert historischer Stadt-Bilder bleiben als Versatzstücke auch in den neuesten, modernsten Visionen aufgehoben; sie erscheinen später, nur mühsam kaschiert, als klassizistische oder historistische (postmoderne) Fassade, mit der sich auch die Industriewelt im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts umgab. Das war die hohe Zeit der »öffentlichen Wohlfahrt«, auf deren halbwegs erschütterungsfreier Basis sich dann das Gebäude bürgerlich-affirmativer Kultur erheben konnte. Jener Kultur, die der Stadt den eigentlichen Glanz verlieh – und mithin das, was man in den jetzigen Projekten sucht und zu finden hofft. Insofern sind sie unkritisch gegenüber der Architekturgeschichte (gegenüber ihrer substantiellen Wiederholbarkeit) und rekonstruieren präzise das, was Nostalgie definiert, nämlich eine Bilderpolitik, die mit vermeintlich authentischer Stadtgeschichte wirbt, um politische Widerstände gegen zweifelhafte Stadterneuerungen abzufedern. Sie versöhnen darüber hinaus nicht bloß mit der Privatisierung und der flächendeckenden Kommerzialisierung des Städtebaus in Berlin. Sie vergeben auch eine einmalige Gelegenheit, einer europäischen Metropole eine zeitgenössische Identität zu geben und so die komplexen Verflechtungen von Programmen und Einzelmeinungen, Öffentlichkeit und Architektur aufzunehmen und neu zu definieren.

Italo Calvino hat in seinen Stadtportraits (am Beispiel des fiktiven Trude) die fatalen Folgen einer Planung beschrieben, die sich nicht konkret-tektonisch am »Ort« und an der »Zeit« orientiert, sondern abstrakt-normativ, standardisierend vorgeht. Die Welterlösung durch Architektur, zu der die Beteiligten ostentativ angetreten waren, gelang gerade deshalb nicht, weil man die Stadt einseitig als »Modul« zu gestalten suchte und dabei dem Anarchisch-Babylonischen der Stadt nicht gerecht wurde. Die vielen Stadtvisionen, die auf die Kulturlandschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts projiziert werden, bilden ein klangvolles und schillerndes Areal. Aber wenn man sich aus den Phantasieräumen der Architekten und Städtebauer mit ihren metaphorischen Exegesen in die Realität begibt, landet man meistens in Trude.

Stadtpolitik in Berlin findet, wie abgeschwächt und unkenntlich auch immer, als Architektur ihren Niederschlag. Umgekehrt gilt eine Aussage darüber, wie und was gebaut wird, auch als politische Botschaft. Dabei ist jedoch zu beobachten, daß politische Implikationen von Bauten vor allem bei Parlamentsgebäuden, Kunstgalerien und Museen aufgespürt werden. Das Themenfeld aber, das die meisten unmittelbar betrifft, bleibt unbesetzt: Wohnungsbau ist Massenware und bedarf keiner kritischen Begleitung. Und das Ergebnis? Gleichgültig, ob Gropiusstadt oder Hellersdorf: In den Großsiedlungen bleibt heute nur noch in den Bildern des ausgetilgten Lebens gegenwärtig, was den Initiatoren von einst soziale Verpflichtung war: die Stadt von morgen. Denn was ein neuer Anfang werden sollte, ist für diejenigen, denen er erzwungenermaßen zur Gegenwart wurde, nur noch geringschätzende Metapher – Wohnsilo, Schlafburg, Arbeiterschließfach und dergleichen mehr.

Spätestens hier zeigen sich die blinden Flecken im Spiegel der Debatte. Weder partizipative noch umweltgerechte Aspekte werden eingeklagt. »Demokratie als Bauherr« ist nicht mehr als eine bloße pathetische Formel. Und »Ökologie« taucht noch nicht einmal als Schlagwort auf. Die Notwendigkeit neuer Impulse hat offenbar einmal mehr nur zum technoiden Großexperiment verführt. Das »Volk« als Souverän vermag sich in den »öffentlichen« Bauten nur schwer zu erkennen. Noch an seiner Wohnstatt muß es sich mit dem arrangieren, was es vorfindet. Mit der von Max Weber als »Entzauberung der Welt« bezeichneten Entwicklung verkümmert die Teilhabe des Menschen an seiner (Wohn-)Umwelt. Letztendlich wird aus dem »Bewohner« so der »Nutzer«, dessen vitale Ansprüche an den Wohnbereich in der Scheinobjektivität einer planungskonformen Bedürfnis-Interpretation verlorengehen. Dabei sollte es eine Binsenwahrheit sein, daß die Wohnung in erster Linie ein Gebrauchsgegenstand ist und daß er als solcher die Bedürfnisse der Bewohner erfüllen muß. Architektur wäre damit eine Dienstleistung. Aber gehört zu diesem »Dienst« nicht auch ein subversives, kritisches Moment? Gewiß müssen Grundrisse benutzbar sein; sie müssen jedoch darüber hinaus auch »andere« Formen des Wohnens anbieten, ermöglichen und fördern. Gewiß müssen Grundrisse funktionieren. Doch sollen sie mit konventionellen und einengenden

(aber bewährten) Raumanordnungen etablierte Gewohnheiten fortschreiben, oder sollen sie durch neue, offene und stimulierende Konzepte neue Lebensformen ermöglichen und Experimente anregen?

(Nicht nur) Architekten müßten endlich die Verantwortung wahrnehmen, die mit der Gestaltung selbst des kleinsten Ausschnittes der baulichen Umwelt auf sie zukommt, da von dem, was für die wenigen gebaut wird, letztlich die vielen betroffen sind. Wenn es ein Grundprinzip der Ökologie ist, in vernetzten Zusammenhängen zu denken, dann reichen diese Zusammenhänge, bildlich gesprochen, über die Grenzen des Grünstreifens hinaus und umfassen nahezu alle Muster unserer sozialen, ökonomischen und politischen Wertbestimmung. Das würde das »ökologische« Bauen nicht länger als unverbindliche Lebensstiloption mit privatem Weltanschauungszusatz (und prallem Geldbeutel) erscheinen lassen. Aber: Nichts davon ist im zeitgenössischen Berlin zu entdecken!

Die Grenzen dieser Urbanistik sind eklatant. Sie liegen darin, daß die gewählte oder vorgeschriebene Architektur, so gut oder schlecht sie auch immer sein mag, die gegebene Aufgabe nicht in ihrem Inhalt verändert, sondern nur in ihrer Form. Daß sie Urbanistik ausschließlich als gestalterische Aufgabe begreift, nicht als planerische und soziale. So zeigt sich die aktuelle Stadtentwicklung mitsamt ihrer »Berlinischen Architektur« als zwar eloquent, aber zwiespältig: Sie bemüht ein bloß retrospektives Ideal – und macht die Stadt von morgen zur Ikone der Politik des Gestern.

Robert Kaltenbrunner ist Architekt und Stadtplaner und lebt in Berlin

Konkret 04/96, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Harald Schmidt und andern hinter die Ohren geschrieben

Von außen die Versuchung
Von innen her der Trieb
Und plötzlich haben zwei sich
Auf einmal nimmer lieb

Man hat sich abgeschrieben
Und ist sich nichts mehr wert
Wie in dem Fall von Hillu
Beziehungsweise Gerd

Der Gerd ist fortgegangen
Die Hillu blieb allein
Nur Schlachterhundgemütern
Taugt dies für Witzelein

Sie pressen ihre Scherze
Aus andrer Leute Leid
Doch eines nahen Tags schon
Hat sichs mit heitrer Keit

Denn dann geht ihre Beziehungskiste
Und zwar kraischend aus dem Leim
Und Bittermandolinen
Singen ihnen heim

Feig stürzen sie zur Erde
Und flehn das Schicksal an
Gib mir mein Mädl wieder
Bezugsweis meinen Mann

Doch das Schicksal hat ein Gedächtnis
Wie der indische Elefant
Und stellt die einst spottenden Drosseln
Nun an die eigene Wand

Und da stehn sie dann selber leidend
Und beworfen mit Hohn & Spott
Von anderen Schicksalstrotteln

Und weinen und winseln zu Gott

Isn't it?

Unlängst, ein paar auf dem Balkon (weil der im Winter keinen Strom kostet) gekühlte Dosen Bieres intus mal wieder in der Vergangenheit geblättert und ein Jadaschauherfraustachelbärerlebnis gehabt: 16. April – 37. Jahrestag des staatlichen Attestes ›kriegsdienstverweigerungsberechtigt‹. Ach wie hat seinerzeit, in der antikommunistischen Tiefe des Adenauerschen Raums, beim 1. Gewissenserforschungstribunal, A.W., der als Beisitzer eingeteilte Landrat von Bad Tölz, Horstl, das pluutjunge Mitglied der »Internationale der Kriegsdienstgegner« (IdK, die mit dem broken rifle als Anstecknadel, you remember), alt aussehen lassen, bei der Fangfrage: Ja, Herr Dommaia, wia daadn Sie eahna jetzat nachad denn da verhalten, als, sagnmamal Dooodfeind, hahaha, der Waffenbenutzung, wenn ein Feind, sagnmamal ein bewaffneter Sowjetrusse, sich Ihrer Frau Mutter nähert, in der Wohnung oder im Haus, und Sie haben in Reichweite von Ihnen sagnmamal eine Pistole oder ein Messer oder sonstwie was, und der Feind nähert sich Ihrer Frau Mutter in eindeutiger Absicht, netwahr, däädn Sie da jetzat nachad die Verteidigungswaffe, Betonung auf Verteidigung, netwahr, däädn Sie die ziehn, oder däädn Sie Ihre Prinzipien der Gewaltlosigkeit der Verteidigung Ihrer Frau Mutter vorziehn? O mei, man war nicht geschult damals, geschweige dialektisch, sondern war Versicherungsangestellter und Fußballspieler, und rutschte aus auf dem Glatteis, welches das schlaue Bäuerlein einem untergeschoben. Aaaber, man war von Fats Waller, Karl Valentin und den Anleitungsliedern Brechts ausreichend vergiftet, widersprach der Ablehnung mit fast schon links und wurde in zweiter Instanz (in die mein Freund Willy Schmid als Zeuge meiner Gewissensverfassung tapfer mitging) anerkannt. Wie kommts, daß man bei der einschlägigen krummen Stange blieb? Und andre in so ganz andrer Art aufgingen? Unsereiner dichtet in diesem Organ für ein Mehr an weniger Entfremdung, für manhoodweltweit 4000 Kalorien pro Nase pro Tag u.ä., und grad schön isz und gut tuz. Was aber verbricht einer wie mein Generationskamerad Ulrich Meyer-Raven als Direktor der Wehrtechnischen Dienststelle für Waffen und Munition in Meppen? Er schreibt in einem kolonialistischen Krawallblatt namens »Europäische Sicherheit« über »Trends in der Munitionsentwicklung« so was: »Die Bedeutung von Waffen und Waffensystemen wird grundsätzlich von der Wirkung im Ziel bestimmt. Träger der Wirkung aber ist die Munition. Diese Binsenweisheit wurde in der Vergangenheit stellenweise außer acht gelassen. Es ist jedenfalls unverkennbar, daß eine immer größere Beweglichkeit und der zunehmende Schutz insbesondere gepanzerter Verbände dem Faktor Feuer heutiger Prägung einen erheblichen Teil der Effektivität nimmt. Die Folge ist ein wachsendes Mißverhältnis zwischen Aufwand und Nutzen, eine Tendenz, der es auf vielen Gebieten des Munitionswesens zu begegnen gilt.« Wie kann ich, wenn mir das Militär Passion und Profession ist, mich so einseitig für die Munition und gegen das Ziel engagieren? Selbstverständlich will sich das Geschoß nützlich machen, will der Faktor Feuer auf seine Kosten kommen, aber auch das Ziel, beispielsweise der gepanzerte Verband, ist doch, militärisch gesehen, auch nur ein Mensch, will sich bewegen, will mitspielen, und – nicht viel dümmer sein als es die Munition erlaubt. Militär – das ist, seit Kain, immer eine Einheit von Widerspruch aus Rammbock und Stadttor, Kugel und Weste, Abendland und Morgenstern, Panzer und Faust, Kanone und Futter, Flieger und Flak, Attacke und Flucht, Katz und Maus, Sicht und Deckung, Krieg und Kredit, und diese Zwidrigkeit ist immer eine openend-Partie und endet mithin nie. Geht dies nicht rein in eines Kommißmanns studierten Kopf? Man möchte an Ulrichs Militärverstand verzweifeln und seinen Aufsatz, der sich u.a. den »Fortschritten im endballistischen Verhalten im Mittelkaliberbereich durch den Übergang von drallstabilisierter Wuchtmunition zu flügelstabilisierten Pfeilgeschossen« widmet, verärgert in die Ecke pfeffern, wäre diese Mitteilung nicht so erfrischend und so tröstlich wie das Blut des Gekreuzigten: »Neuere Entwicklungsarbeiten konzentrieren sich in erster Linie darauf, die Munition schadstoffärmer zu gestalten (und z.B.) den Anzündsatz von Patronen aus umweltfreundlicheren Stoffen herzustellen ... Zwecks Vermeidung von Leergut, wie Patronenhülsen und Gurtgliedern, wurde im Rahmen einer Studie eine Lösung für ein 27mm Pfeilgeschoß erarbeitet, dessen Hülse aus Nitrozellulose und Zellstoff sich beim Abbrandvorgang völlig verzehrt, so daß kein Abfall an Hülsenmaterial entsteht.«

P.S.: Warum wurden wir, wer wir sind? Ulrich ein Knallfrosch, ich ein Troubadour? Und Sie? Wer wurden Sie? Bitte, denken Sie, möglichst massenhaft, nach darüber, und schreiben Sie mir, auch möglichst massenhaft. Denn: Nachdenken und massenhaft, das hat, und wäre er der Geringste unter den Sperlingen, noch keinem wehgetan.

Konkret 04/96, S. 66

Michael Nauert

Film & Theater

Panther

Regie: Mario van Peebles; Drehbuch: Melvin van Peebles; mit Kadeem Hardison, Courtney B. Vance, Marcus Chong; USA 1995; 123 Minuten; ab 11.4. im Kino

Vorab drei Informationen zu diesem Film: 1. Aus wirtschaftlichen Erwägungen startet der deutsche Verleiher »Panther« zunächst nur mit zwei Kopien, die dann von Stadt zu Stadt gereicht werden sollen. Ein typischer Programmkinofilm wie der neue Almodovar läuft dagegen mit 24 Kopien, »Männerpension« kam auf über 500 Stück. 2. Als ich den Film im Frühjahr letzten Jahres kurz nach seinem US-Start an einem ganz normalen Abend in einem ganz normalen Multiplex-Kino in San Diego sah, war ich der einzige Weiße in der gut besuchten Vorstellung. 3. Finanziert wurde »Panther« von der englischen Polygram, da die angesprochenen US-Studios von Mario van Peebles verlangten, er solle eine »weiße« Hauptrolle in das Skript einbauen.

Erzählt werden aus der Perspektive des fiktiven Mitglieds Judge der Aufstieg der Black Panther Party for Self Defense (BPP) zu Amerikas »Public Enemy No. 1« (FBI-Chef Hoover) und der Beginn ihres durch staatliche Repressionen miterzwungenen Niedergangs in den Jahren 1967 bis 1969. Unter dem Einfluß von Frantz Fanon gründeten Huey Newton und Bobby Seale 1966, also ein Jahr nach den »Rassenkrawallen« von Watts, die BPP als lokale Organisation zur Verteidigung gegen Übergriffe der weißen Polizei in Oakland. Militant im Auftreten und schwerbewaffnet (was nach kalifornischem Recht legal war), breitete sich die Organisation, der es mehr um das Einfordern von Rechten als um Eskalation ging, schnell auch auf andere Städte aus. In diesem ersten Stadium setzt der Film ein, der dabei versucht, nicht eine Anführerfigur zu heroisieren, sondern den Gründungsumständen Raum zu geben, ebenso wie den internen strategischen Auseinandersetzungen, die mit der Zeit und mit wachsendem Einfluß der Organisation zunehmen.

Allmählich aber kippt die Sichtweise, im zweiten Teil des Films geht es nicht mehr um den Aufbau und die Diskussion von politischen Perspektiven, sondern nur noch um die Verteidigung gegen die vom FBI organisierten massiven Repressionen. Hier verliert »Panther« dann auch sehr an Kraft, die Welle von Verhaftungen, Prozessen und Aufspaltungen bekommt van Peebles in seinem Bemühen um relative Vollständigkeit nicht in den Griff. Nur sein Fazit, die angreifbare Begründung für das endgültige Scheitern, ist wieder eindeutig: Verantwortlich sei das Einschleusen von Drogen in die Ghettos durch das FBI gewesen.

Die Mainstreamrezeption in den USA wandte sich vor allem gegen die Darstellung der weißen Behörden als zutiefst rassistisch, was aber in diesem Kontext kaum zu beanstanden ist. Van Peebles beschwerte sich auch weniger über diesen zu erwartenden Tenor als darüber, daß die Rezeption praktisch ausschließlich auf die politischen Aspekte abzielte und die filmischen vernachlässigte. Obwohl er als Ziel des Films ausdrücklich eine Ermutigung der afro-amerikanischen Community zum Kämpfen nennt, ist sein Einwand nicht unberechtigt, denn es macht schon einen Unterschied, daß es sich bei »Panther« um einen Spielfilm und nicht um einen Dokumentarfilm handelt, wofür laut van Peebles auch nicht ausreichend Material zugänglich gewesen wäre. Von einem Spielfilm oder einem Roman zu einem historischen Thema »etwas über diese Zeit erfahren« zu wollen, ist einerseits zweifelhaft, weil es darauf hinausläuft, Fakten unterhaltend und »nebenbei« präsentiert bekommen zu wollen, andererseits kann ein Film wie »Panther« sich dieser Erwartungen bedienen. Trotz allen Bemühens um eine historisch korrekte Darstellung (nichts anderes wäre auch von einem Dokumentarfilm zu erwarten) sagt aber natürlich jeder Spielfilm, vor allem wenn er unter den oben genannten Produktionsbedingungen gedreht wird, mehr über die Gegenwart aus.

Und hier liegt das Problem von »Panther«: Als Einführungsveranstaltung für Nichtinformierte ist er ziemlich untauglich, weil sich in zwei aufs Dramatische orientierten Stunden die Komplexitäten nur anreißen lassen, für besser Informierte liefert er lediglich eine weitere Interpretation, und den jungen Afro-Amerikanern, dem eigentlichen Zielpublikum, bringt er zwar einen Aspekt der sie unmittelbar angehenden Geschichte nahe, allerdings mit den Mitteln des Mainstreamkinos. Bevor van Peebles gegen Ende immer häufiger zu Actionszenen greift, bemüht er ausgiebig jene Stereotypen zum Hervorrufen von Empörung und Wut, wie sie in Hollywood von »Brubaker« bis »Mississippi Burning« bekannt sind. Gut und Böse werden klar gegenübergestellt, wogegen nicht immer etwas einzuwenden ist, aber der Kampf für Gerechtigkeit wird dabei allzu deutlich romantisiert. Es ist schade, daß für ein solches Thema keine andere Form als dieser im Grunde durchschnittliche Film gefunden wurde, dessen inhaltliche Differenzierungen damit relativiert werden. Andererseits ist es natürlich eine strategische Frage, in welchem Ausmaß Sehgewohnheiten bedient werden müssen, um Wirkung zu erzielen. Es ist jedenfalls ein erhebliches Verdienst dieses Films, derart radikale Aussagen überhaupt im Mainstream untergebracht zu haben.

Konkret 04/96, S. 66

Rayk Wieland

Film & Theater

Dead Man Walking

Regie und Drehbuch: Tim Robbins; mit Susan Sarandon, Sean Penn, Robert Prosky, Raymond J. Barry; USA 1995; 120 Minuten; ab 11.4. im Kino

Ein Film, in dem eine katholische Nonne einem – des brutalen Mordes überführten – Todeskandidaten in den letzten Stunden beisteht, sein Vertrauen gewinnt, (vergeblich) versucht, seine Begnadigung zu erwirken, gegen alle Widerstände Verbindung mit den Familien des Täters und des Opfers aufnimmt, auch ihnen zur Seite steht und schließlich vor allem kraft ihres Glaubens den Verurteilten kurz vor der Hinrichtung dazu bewegen kann, seine Tat zu gestehen, zu bereuen und sich den Konsequenzen zu stellen – : ein solcher womöglich religiöser und Mitleid heischender Bekehrungsfilm also, der den Menschen im Verbrecher und die Sünde bei allen Menschen entdeckt, kann heutzutage wohl nur mehr gedreht werden, um bei Publikum und Kritik mit Fug und Recht durchzufallen. Allein, »Dead Man Walking«, der genau diesen Vorgang zum Inhalt hat, ist ein berückender, ein großartiger Film, der sämtliche der im Plot angelegten Klischees durch seine schnörkellose, fast dokumentaristische Erzählweise auflöst und neu diskutiert. Weder entschuldigt er die Untat – die grausige Vergewaltigung und Ermordung eines jungen Pärchens – , noch ergreift er Partei für die auf Vergeltung bestehenden Angehörigen der Toten; weder idealisiert er das Engagement der Schwester Helen Prejean (Susan Sarandon), noch verklärt oder rehabilitiert er den Todeskandidaten Matthew Poncelet (Sean Penn). Vielmehr macht er die Justiz- und Vollstreckungsmaschinerie der amerikanischen Gesellschaft einsehbar, derer sich vor allem die unteren sozialen Schichten kaum erwehren können und die spiegelbildlich zu einem System gehört, in dem jeder seinen Job hat.

Der Job eines Vollstreckungsbeamten ist es, das linke Bein des Delinquenten auf der Hinrichtungsbank festzuschnallen, der Job der Medien, *stories* für das Abendprogramm zu liefern, der des Gouverneurs, sich seiner Wähler zu versichern, und der von Schwester Prejean, Gutes zu tun und zu helfen. Was kein Job ist, ist das Verbrechen. Das macht es so menschlich. Angesichts der Unfähigkeit deramerikanischen Gesellschaft, diesem Fall anders zu begegnen als mit einem Todesurteil, wirkt der katholische Glaube recht frisch.

Konkret 04/96, S. 67

Michael Nauert

Film & Theater

Chunking Express

Regie: Wong Kar-wai; mit Tony Leung, Brigitte Lin, Takeshi Kaneshiro, Faye Wang, Valeie Chow; Honkong 1994; 97 Minuten; seit 28.3. im Kino

Es fällt nicht ganz leicht, heute noch einem mit »Zitaten spielenden«, »virtuos« die Genres »kombinierenden« und irgendwie »diskontinuierlich« erzählten, also eindeutig als »postmodern« (was eigentlich in doppelte Anführungszeichen gehört) identifizierbaren Film freundlich zu begegnen, erst recht, wenn der einzige Grund für sein spätes Auftauchen in deutschen Kinos und gleichzeitig seine zentrale Werbebotschaft die Tatsache ist, daß ausgerechnet Quentin Tarantino ihn ganz toll findet und für seinen amerikanischen Vertrieb eingekauft hat. Auf der anderen Seite sind aber mit Weisheiten wie der vom Umgang mit Freunden von Freunden bzw. Feinden noch nie bedeutende Diskussionen gewonnen worden, vor allem solche nicht, in denen es gerade um den Umgang mit Dritten bzw. Drittem geht und darum, wo in diesem Verhältnis etwas über die Welt ausgesagt werden kann. Anders gesagt: Witzig ist hier erstmal gar nichts, und von demonstrativer Geschmackssicherheit kann keine Rede sein.

Schon eher ähnelt Wong Kar-wais von der Nouvelle vague beeinflußte Form der Künstlichkeit den zweifelhaften Ansätzen eines Leo Carax, vor allem, was das scheinbar ungebrochene Verhältnis zur New-Wave-Romantik der 80er Jahre angeht. Dieser Verdacht ließe sich durch das bloße Aufzählen von zentralen Orten und Themen des Films (Imbißbude, nächtliches Neongeflimmer, Verlassenwerden, Popsongs als Metaphern, Schicksalsfügungen, Einsamkeit in der Großstadt, Polizisten als Hauptpersonen usw.) noch zu einem wahren Horrorszenario steigern, doch stecken in den meisten dieser Aspekte Verwischungen, die knallige (»Pop«-)Szenen unmöglich machen. Jede einigermaßen sachliche Zusammenfassung der Handlung der beiden lose verknüpften Episoden des Films etwa müßte verfälschend wirken, weil diese Verwischungen sich genau gegen ein derartiges »Verstehen« wehren, ebenso wie andererseits gegen das betont Bruchstückhafte, gegen die Ikonisierung des Einzelbildes.

Durch beiläufig erscheinende Verschiebungen driftet »Chungking Express« vom Krimi zur sentimentalen Lovestory, und kein Spannungsbogen oder cleverer Dreh am Ende wird zur Auflösung und Sinnstiftung herangezogen. Stilmittel wie der Einsatz der Handkamera, Zeitraffer und -dehnung halten den Film nicht nur »im Fluß«, sondern sorgen gleichzeitig für eine Enthierarchisierung der solcherart inszenierten und relativierten Einstellungen. Anders gesagt: Wong Kar-wais Kino ist eines der Übergänge, das nicht versucht, für feinsinnige Diskussionen neue Bilder zu finden. Es nimmt die existierenden einer real als unverändert betrachteten Situation an, im Bewußtsein allerdings, daß sie ihres Sensationsgehalts längst beraubt sind, ohne deswegen gleich frei verfügbar zu sein.

Konkret 04/96, S. 67

Jan Pehrke

Film & Theater

Das Leben nach dem Tod in Denver

Regie: Gary Fleder; mit: Andy Garcia, Christopher Walken, Steve Buscemi, Gabrielle Anwar; USA 1995; 115 Minuten; ab 18.4. im Kino

Je ausgezehrter die Mythologie des Gangsterfilms zu sein scheint, desto ungehinderter können sich Regisseure in dem Genre austoben. Mit »Pulp Fiction« ist der Gangsterfilm in seine Rokoko-Phase eingetreten; der Erfolg dieses Films löste eine Welle ähnlich manieristischer Werke aus.

»Das Leben nach dem Tod in Denver« wartet gleich mit zwei Ikonen des »Off-Beat«-Kinos auf. Steve Buscemi spielt den coolen Killer Mr. Shhh und Christopher Walken den Gangsterboß. Da dem Regisseur dessen diabolische Ausstrahlung schon zu abgenutzt vorkam, plazierte er ihn zusätzlich noch querschnittsgelähmt in einem Rollstuhl, den der arme Sünder mittels eines Puste-Schlauchs antreiben muß.

Im Mittelpunkt der Handlung steht aber originellerweise ein Humanist: Jimmy der Heilige, ein feiner Kerl mit feinen Manieren. Der Exgangster betreibt eine Firma, die den Todgeweihten ermöglicht, der Nachwelt ihre gesammelten Lebensweisheiten auf Video zu hinterlassen. Aber sein ehemaliger Boß zwingt Jimmy, noch mal etwas für ihn zu erledigen. Leider verpatzen er und seine vier Kumpel von früher die Sache, und so schickt der Mafioso ihnen einen gefürchteten Killer auf den Hals.

In fast schon puritanischer Manier meidet der Film Sex, Ironie, übermäßige Gewalt und sogar Alkohol (es werden nur Softdrinks getrunken). Ihn drängt es, die Dekadenzphase des Genres zu überwinden und sich wieder dem Wesentlichen zuzuwenden. Mit viel Detailwissen um das Gangster-Idiom und bestimmte Rituale wird das Alltagsleben kleiner Ganoven ausgebreitet, aber diese empirische Akribie wirkt genauso prätentiös wie die formalen Spielereien von »Pulp Fiction« oder die kniffelige Konstruktion von »Usual Suspects«. Weihevoll zelebriert die Mobster-Pastorale die männerbündischen Begrüßungsrituale der fünf Freunde, und auch der Akt des Tötens sieht zuweilen arg nach Liebesspiel aus. Als sich der Vertragskiller und »Critical Bill« gegenseitig umbringen, liegen sie anschließend so beieinander, als wären sie den Liebestod gestorben. Und es versteht sich von selbst, daß die latente Homosexualität, die dem gesamten Genre eigen ist, durch offene Schwulenfeindlichkeit kompensiert werden muß, deren Höhepunkt die Bezeichnung »Virus-Züchter« darstellt.

Konkret 04/96, S. 68

Kay Sokolowsky

Renovierter Moloch

Hollywood nach »Pulp Fiction«: Die Kritik feiert die Wiederauferstehung des amerikanischen Films. Aus guten Gründen?

Vielleicht hat alles mit »The Player« angefangen. Plötzlich, nach über einem Jahrzehnt kleiner und kleinster Produktionen, bekam Hollywoods meistgehaßter Einwohner wieder ein dickes Budget; und Robert Altman revanchierte sich mit einer Satire auf die Hauptstadt der Illusionen, die kein Weichteil ausließ. Von den Yuppieproduzenten, die im Auftrag von Coca-Cola und Sony aus Spielfilmen Investmentfonds gemacht haben, über die Autoren, die sich korrumpieren lassen, noch ehe ihnen überhaupt ein Angebot gemacht worden ist, bis zu den Stars, die sich prächtig damit abfinden, keine Gesichter, nur mehr Images vor die Kamera zu halten – alle kriegten ihr Fett weg. Und freuten sich, daß Altman an sie gedacht hatte. Denn so langweilig und steril war das amerikanische Kino in den 80ern geworden, daß die ganze Gemeinde sich längst nach einem bösen Propheten sehnte, der ihr die Hölle heiß machte. (In »The Player« wird am liebsten darüber geredet, wie gut die Filme einst waren und wie gern man, ach ja, an große Traditionen anknüpfen würde.)

Und heute ist das Hollywood-Kino wieder interessant, ein Thema, über das man schreiben kann, ohne sich gleich wie ein Wirtschaftsreporter zu fühlen. Die Berlinale 96 sonnte sich nicht nur im Glanz amerikanischer Stars, sondern wurde sogar in den Abteilungen »Panorama« und »Forum« vom US-Film dominiert – »nicht zu Unrecht«, erklärte der »Spiegel«, und fast alle waren erfreut, daß dank Hollywood »die Romantiker das Wort hatten« (»Hamburger Abendblatt«). Eine lange dürre Zeit der aufgeblasenen, automatisierten Genrefilme scheint vorbei zu sein; und als ein Sternentrumm der entseelten Epoche, die abgesägte Tränenmaschine Sally Field, auf dem Festival aufblakte, mußte sie, sechs Jahre zuvor am selben Ort noch auf Händen getragen, durch Verriß und Häme für alles büßen, wofür ihr, nun ja, Schaffen steht – nämlich ein Kino, das sich bis zum Erbrechen bei seinem Publikum anbiedert, und es dabei offensichtlich als eine Bande von Vollidioten verachtet.

Nachdem Altman für die Katharsis gesorgt hatte, begann in Hollywood ein recht hektischer Wettbewerb um irgend etwas »Neues«. Denn auf einmal legten die Superhelden der 80er, Schwarzenegger und Stallone, fulminante Flops hin; Lieblingsklischees wie »Steinharter Cop und durchgeknallter Partner legen bei Verfolgungsjagd die halbe Stadt in Asche« begannen das Publikum sacht zu verärgern. Zu lange hatten die »Player« darauf gesetzt, daß ein Riesenbatzen Produktionskosten dreimal so hohe Einspielergebnisse garantieren würde; doch als »Last Action Hero« ziemlich unsanft durchfiel und nur mit Mühe aus den neunstellig roten Zahlen kam, merkten die etwas helleren Studiochefs, daß nun wirklich die Zeit für erheblich geringere Etats und erheblich originellere Geschichten gekommen war.

Der Heiland, den sie schließlich, 1994, gefunden haben, dem die amerikanische Filmpresse nachrühmt, er habe wieder Leben in die scheintote Branche gehaucht, heißt Quentin Tarantino, und das Mirakel, mit dem er die Mogule betört hat, »Pulp Fiction«. Lumpige achteinhalb Millionen Dollar steckten darin, doch schon zwei Tage, nachdem der Film ins Rennen gegangen war, hatte er seine Kosten wieder eingespielt; bis zum Jahresende gar eintausend Prozent Profit verbucht. Der Start von »Pulp Fiction« prangt um so triumphaler, da am selben Wochenende, mit erheblich mehr Kopien, »The Specialist« anlief – ein aufgeblähtes, aseptisches Actionvehikel mit Stallone – und gegen Tarantinos billigen, schmutzigen Film an den Kassen klar unterlag. Hollywood sah die Zahlen und das Zeichen; und führt seither wieder vor, warum der amerikanische Film tatsächlich die Welt beherrscht: Weil er Trends zu bedienen vermag, noch ehe sie welche geworden sind.

Shooting From The Hip heißt eine der rasant heruntergeschmierten Biographien, die mittlerweile über Tarantino im Handel sind: Kein übler Titel, denn Hipness ist, wonach Hollywood gehungert hat, und weil Tarantino damit reich versehen scheint, wird er nicht nur derart umworben, daß ihn schwindelt, sondern auch kopiert, was das Zeug hält. Obgleich nicht sein erster und zu guten Teilen nicht einmal sein eigener Film, wird »Pulp Fiction« bewundert, als wäre es ein echtes Pionierwerk – und Tarantino muß erleben, wie ohne sein Zutun die Branche und verwandte Medien eine Legende um ihn weben. Plötzlich wird der über 30jährige als Wunderkind verkauft, der ausgebildete Schauspieler als kompletter Autodidakt, der beschlagene Cinéast als naiver *filmbuff*. Hollywood schreit ihn zum Popstar aus, weil es einen braucht; und weil »Pulp Fiction« von den Kids so innig geliebt wird.

Die amerikanische Independent-Szene blüht wie noch nie: 190 »Indies« wollten ins »Forum« der diesjährigen Berlinale. Und obwohl dieselbe Presse, die Tarantino als Messias gepriesen hat, sich mittlerweile gierig auf jedes Gerücht stürzt, das ihn als eingebildetes Großmaul outet, ist der Mythos vom Freak, der sein Handwerk in der Videothek statt an der Filmhochschule erlernt hat, der keine Botschaft, sondern *fun* haben will, so selbständig geworden, daß der Regisseur Tarantino gar nicht mehr benötigt wird. Es stehen – z.B. mit Robert Rodriguez, Allison Anders und Roger Avary – genug Epigonen bereit, die sich unter dem Etikett »Tarantino« schon heute ganz gut verkaufen und seinen Stil womöglich besser beherrschen als er selbst.

Wenn »Stil« bei »Pulp Fiction« (oder Tarantinos Erstling »Reservoir Dogs«) überhaupt das richtige Wort ist. Eher wäre von einer *Haltung* zu sprechen, die der Film einnimmt: von der stoischen Pose seiner Figuren angesichts der Gewalt, die sie anderen antun, und angesichts der Qual, die sie selber erfahren; von der schnoddrigen Attitüde, mit der Tarantino alles plündert, was ihm an Popkultur durchs Hirn schwirrt – ohne dabei einen Unterschied zu machen zwischen Godard, dem er die Montage abgeguckt hat, oder der Surfmusik, die er für den Soundtrack benutzt. »Pulp Fiction« ist *cool* (Tarantinos liebste Vokabel), sonst nichts, unbekümmert um den Vorwurf, eklektisch zu sein oder amoralisch, keine Simulation der Wirklichkeit, sondern eine des Kinos. Keine von den tausend Hymnen, die auf den Film gesungen worden sind, hat erklären können, was die zahllosen Zitate in »Pulp« bedeuten, außer daß sie etwas zitieren; warum die Helden so lebendig wirken, obschon sie die reinen Homunculi sind. Der coole Habitus, die entspannte Gleichgültigkeit sind die *message*, die praktisch alle hypnotisiert hat.

»Pulp Fiction« ist der erste Film, der das Kulturschrott-Recycling, das Techno so erfolgreich betreibt, fürs Kino nutzbar gemacht hat. Tarantino leistet für die Leinwand, was Techno mit gewesener Popmusik tut: Er bläst den Vor-Bildern jede historische Verbindlichkeit aus, um mit ihnen anstellen zu können, was er will, und um seinen Film von Zeit und Welt unberührt erscheinen zu lassen, d.h. so modisch wie möglich. Darum ist Quentin Tarantino der hipste Mann von L.A. – er hat die halbe Filmgeschichte inne, aber nur zum Spaß; und sein völlig beliebiger Umgang mit der Tradition ist genau das, worauf die »Player« sehnlich gewartet haben. Diesen Touch hat Hollywood gebraucht, um aus der Stagnation wieder in die Gänge zu kommen – und ihn atemberaubend schnell in die Massenproduktion geschickt. Weil dazu aber Regisseure am Ende weniger hilfreich sind als Stars, ist von Beginn an mehr noch als der Wunderknabe einer seiner Darsteller promotet worden. Das Gesicht des renovierten Hollywood gehört John Travolta.

Dessen merkwürdige Karriere vom Megastar hinab zum Mann, der nur noch für seinen Namen gebucht wird, zurück zur Pop-Ikone wurde von den PR-Leuten der Branche sofort als Gleichnis für den US-Film der letzten zwanzig Jahre begriffen und dankbar vermarktet. Obgleich Travolta nie ganz von der Leinwand verschwunden war, ist sein Erscheinen in »Pulp Fiction« nicht einfach ein Comeback, sondern selig eine »Resurrection« genannt worden; es war ja nicht er, sondern Hollywood gemeint. Damit die Gleichung nicht hinkte, wurden »Saturday Night Fever« und »Grease«, die ebenso profitablen wie lausigen Filme, die Travolta einst zum Idol gemacht hatten, kurzerhand zu Schlüsselfilmen der 70er umgelogen; jenes Jahrzehnts, in dem der amerikanische Film mehr riskiert und mehr zu sagen hatte als je zuvor. »Kuck' mal, wer da spricht«, eine grauenerregende Komödie, mit der Travolta wieder groß ins Geschäft kam, war freilich ein perfekter Vertreter der 80er: eiskalt kalkuliert, enorm staatstragend und etwa so menschlich wie das Lächeln von Ronald Reagan.

Der erste Tarantino-Film, den Tarantino nicht gedreht hat, kommt daher ohne Travolta nicht aus. »Schnappt Shorty« ist nämlich nicht nur ein Klon (der erste von hunderten), der die Coolness und die ziellose Lust am Zitat von »Pulp Fiction« kopiert. Sondern auch ein Statement, in dem Hollywood souverän verkündet, daß es sich berappelt hat und der Welt, die ihm bloß noch Jurassic- und andere Vergnügungsparks zugetraut hat, fortan wieder Idole bescheren wird. Und wenn es mit dem gespenstischen Kult um die Supermodels – der nur so lange herrschen konnte, wie auch Hollywood nichts als normierte Pappnasen, Larven und Robots fotografierte – tatsächlich bald ein Ende haben sollte, seinetwegen, wird das vielleicht das Beste sein, was man John Travolta je wird nachrufen können. (Und im Grunde schon nachsagen kann: Der Debütfilm von Cindy Crawford, der erst vor wenigen Wochen durch unsere Kinos spukte und dessen Titel bereits kein Mensch mehr weiß, wäre anderthalb Jahre früher ein sicherer Hit gewesen.)

Hollywood ist also wieder da; vital, flexibel und experimentierfreudig wie seit langem nicht mehr. Der Moloch hat die Lektion aus »The Player« verdaut und endlich einen Weg gefunden, Altmans grimmige Polemik in eine gelassene Farce zu verwandeln, eben »Schnappt Shorty«: Aus den Zombies und Halsabschneidern, die »The Player« präsentiert, sind trottelige Ganoven und Zocker mit Idealen geworden. Man kann sich wieder herzeigen in Übersee, wo die Botschaft auch gleich verstanden wird. Nicht, daß die Geschäfte hier schlecht gelaufen wären: 84,5 Prozent aller Besucher deutscher Kinos sahen sich im letzten Jahr amerikanische Produktionen an. Aber in den Zeiten der Rezession strahlen Filmstars heller denn je; und der wichtigste europäische Marktplatz hat es verdient, Zeuge zu sein, wie Hollywood sich neu sortiert: »Der King of Berlin war unumstritten John Travolta«, schwärmte Susanne Weingarten im »Spiegel«.

Die alten Helden werden recycelt: Mußte sich Al Pacino noch vor wenigen Jahren, in »Dick Tracy«, hinter Pfunden von Make-Up und Robert De Niro, in »Awakenings«, hinter der Parkinsonschen Krankheit verstecken, um überhaupt wahrgenommen zu werden, so kann heute ein Drei-Stunden-Film wie »Heat« allein davon leben, daß er die beiden Veteranen fast unverkleidet aufeinander losläßt. Die Superstars der 80er jedoch, Stallone und Schwarzenegger, die weniger Idole als lebende *special effects* waren, synthetisch wie ihre Filme, sind nur noch zu ertragen, wenn sie sich selbst parodieren, und das wird erst recht nicht gern gesehen.

Aber natürlich ist das Hollywood, für das sie stehen, das Kino der Marktforscher, Broker und Werbestrategen, nicht verschwunden. »Pocahontas« und »Apollo 13« haben in den USA je 150 Millionen Dollar eingespielt, ohne den leisesten Tarantino-Touch. Es wird weiter geklotzt, daß es rauscht, unbekümmert um »Waterworld« oder »Cutthroat«, den

womöglich noch tieferen Reinfall einige Monate später. Eine Großproduktion ist vor allem ein Produkt, das Merchandising wichtiger als Elogen der Kritik, Coolness eine Frage der Zielgruppe; und wenn sprechende Tiere wie in »Babe« oder eine volldigitalisierte »Toy Story« mehr Publikum finden als irgendein *menschlicher* Film des letzten Jahres, müssen die »Player« den Starrummel so ernst nicht nehmen. Zumal sie den Wunderknaben schon auf ihrer Seite haben: Für »Crimson Tide«, einen Reißbrettfilm wie aus den kältesten 80ern, hat Tarantino letzte Hand an das Drehbuch gelegt.

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 3/96 über Martin Scorceses Film »Casino«

Konkret 04/96, S. 70

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Aus dem Gedankenschatzkästlein des deutschen Starjournalisten Erich Böhme:

Ich fürchte, es geht allen nicht ums Gemeinwohl, sondern nur ums Wohl der eigenen Partei oder gar um Eigennutz. Und keiner gibt es zu.

Voilà, un Voltaire. Aufklärung vom Feinsten. Ach, wenn einem auch einmal sowas Kluges einfiele.

Direkt vom Baum steigt der »Frankfurter Kreis«, in dem sich die theoretische Linke der SPD versammelt (eine praktische Linke hat die Partei nicht), mit der frisch gepflückten Erkenntnis,

das Primat der Ökonomie

müsse entschieden abgelehnt werden. Leider blieben die Primaten der politischen Theorie mal wieder auf halbem Weg stehen: In ihrem ganzen Papier findet sich nicht *eine* Absage an die Schwerkraft.

Ein Bericht der »Wochenpost« über den Prozeß gegen Johannes Weinrich, der im Verdacht steht, am Anschlag auf das Berliner Maison de France beteiligt gewesen zu sein, endet in einer jener Wendungen ins Allgemeinmenschliche, die in Fachkreisen zu Recht Schlußapotheke heißen:

Ein Wort des Bedauerns über die Opfer im Maison de France, gleich, ob Weinrich beteiligt war, hat der vierstündige Vortrag seines Anwalts nicht enthalten.

Die Fähigkeit, mit Sprachfehlern Politik zu machen, hat die Journalistin Edith Kohn einst bei Cohn-Bendits »Pflasterstrand« erworben. Indem sie die Wendung »ob Weinrich beteiligt war« um das gebräuchliche »oder nicht« verkürzt, spricht sie das Urteil. Denn gewiß wollte sie nicht sagen, es gebe eine moralische Verpflichtung, Vorgänge zu bedauern oder bedauern zu lassen, mit denen man nichts zu tun hat. Ein Wort des Bedauerns über die Opfer des Flugzeugabsturzes der Birgenair, gleich ob Frau Kohn daran beteiligt war, hat ihr ganzseitiger Bericht nicht enthalten.

Auch Todesanzeigen sind Anzeigen und also Werbemittel, sei es für die Freiherren- und Doktorenhaltigkeit der hinterbliebenen Familie oder die Bonität der trauernden GmbH & Co KG. Neu sein dürfte dieser Fall:

Meine liebe Frau und Mutter

Johanna Maria Brömme

geb. Schorn

entschlief nach vielen Monaten erduldeter Schmerzen am Sonntag, dem 10. März 1996, 5 Tage vor ihrem 62. Geburtstag. Aus tiefster Traurigkeit heraus teile ich, ihr 88jähriger Mann, den sie immer Bill nannte, mit, daß ich ihr, meiner geliebten und charmanten Hanny, ein literarisches Denkmal unserer 43jährigen gemeinsamen Ehe mit ihren Freuden und Leiden für die Nachwelt geschaffen habe, wo auch die glücklichen Stunden in ihrer zweiten Heimat Spanien Erwähnung fanden. Dies ist nachzulesen in dem als literarische Seltenheit erschienenen Buch »DER TRANSITARIO«, das besonders im deutschsprachigen Ausland als einmaliges Werk anerkannt und hervorgehoben worden ist.

In stiller Trauer

Wilhelm Brömme

Carmen Brömme

und alle Angehörigen

Die Beerdigung fand in aller Stille auf der Backlist des Familienverlags statt.

Wer hat nicht schon gerätselt, was das dreifache Bellen bedeuten soll, das der Chefredakteur Markwort immer anschlägt. Es gibt Leute, die sagen, es klinge wie

Fakten-Fakten-Fakten!

doch hat sich mit diesem Wort kein Zusammenhang zu dem schwarzbraunen Brei kleinbürgerlicher Meinungen und Vorurteile herstellen lassen, der den ganzen Inhalt von Markworts interessantem Magazin ausmacht. Erst die Nachricht, daß ein Redakteur von »Focus« die Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen gefreit, eine Redakteurin von »Focus«

aber einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten erobert habe, klärte das Mißverständnis auf. Was Markwort, der gerne auch einmal eine noch wenig bekannte Tatsache melden würde, seinen Mitarbeitern zubellt, buchstabiert sich

Fuck den! Fuck den! Fuck den!

und ist der Befehl, Informationen, die unter der Decke gehalten werden, unter der Decke zu suchen.

Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt:

Gianni Versace läßt den Frauen im nächsten Winter die Wahl zwischen strengem Militär-Look und der Verführung im superkurzen Nachthemd-Kleid,

zwischen Flintenweib und Flittchen, »Emma« und »Praline«.

Zwischen den Akten des Dramas Schröder gegen Schröder hat der Bonner Klatschkolumnist der »Bild-Zeitung«, Maynhardt Graf Nayhauß, sein Thema gefunden:

Von 18 Bonner Kabinettsmitgliedern sind lediglich vier geschieden: Bohl, Waigel, Rexrodt, Merkel. 14 sind nach wie vor mit der ersten Frau verheiratet.

Bohl, Waigel, Rexrodt und Merkel mit der zweiten.

Auch außerhalb des Kabinetts gibt es Politiker-Ehen von Bestand, offenbar weil nicht gleich jeder Zwischenfall als Unglücksfall behandelt wurde: Bundestagsvizepräsident »Johnny« Klein

das ist der, der aussieht wie der Eintänzer aus Dany Wischers Fischbratküche,

und seine Frau Ira sind 38 Jahre, NRW-Wirtschaftsminister Clement 30 Jahre verheiratet.

Was die diskreten Gatten verschwiegen, erfahren die Ehefrauen Klein und Clement von dem gräflichen Indiskretin, der sich im Verlauf der Geschichte als vollendeter Schweißfuß von Welt zeigt:

Heute steht auf Einladungen meistens automatisch »mit Begleitung«, das heißt, statt der Ehefrau kann auch der Betthase mitgebracht werden.

Soviel aus der Zeitung, deren Existenz Alice Schwarzer zum 40. Gründungstag das Blattes herzlich gefeiert hat. An gleicher Stelle ruft ein anderer Graf, Otto Lambsdorff:

Wir brauchen eine kleine Revolution.

Wie Durchlaucht wünschen. Les aristocrates à la lanterne!

Ein anderer Liberaler, der Abgeordnete Jürgen Türk, nimmt die Revolution vorweg und begibt sich schon heute auf die Suche nach proletarischen Wählern:

Wir haben versäumt, den Menschen zu verdeutlichen: Chancengleichheit gilt sowohl für Unternehmer als auch für Arbeitnehmer.

Der Türk versäumt schon wieder was: daß sie auch für obdachlose Arbeitslose gilt. Mit ihnen ließe sich, wenn sie nur jenen den schuldigen Dank erwiesen, die ihnen die Chancengleichheit schenkten, die Zahl der FDP-Wähler verdreifachen.

Reich-Ranicki war auch nicht nett zu ihm, aber die Stadt Neumünster hat den Günter Grass für seinen letzten Roman zu ihrem Hans-Fallada-Preis verurteilt, mit dem Schriftstücke gebrandmarkt werden,

die in literarisch bedeutsamer Form Gegenwartsprobleme mit politisch-sozialem Hintergrund behandeln,

und das ist noch viel gemeiner.

Wenn ein liberaler Professor in Rage gerät, hat die Grammatik nichts zu lachen:

Die Gründe, die in den von Ihnen unterzeichneten Beschlüssen für diese zwangsweise Verlegung wider den klaren und eindeutigen Willen von Frau Haas angeführt werden, können nur als kalter Hohn und blasierte Borniertheit qualifiziert werden,

schrieb der Grundrechtsverteidiger Wolf-Dieter Narr dem zuständigen Haftrichter Dr. Klein. Glück im Unglück, das den Satzbau getroffen hat: Wenn man den kalten Hohn und die blasierte Borniertheit den Gründen anlastet statt dem Haftrichter, kann Dr. Klein nicht wegen Beleidigung klagen

Bismarck war der Ansicht, daß Journalisten Leute sind, die ihren Beruf verfehlt haben. Die Arbeitslosenzeitung »Quer« kannte er noch nicht:

So wird mit dem Charme einer Kuh, die bereits Halbverdautes wieder hochwürgt, nach dem Motto: Steter Tropfen höhlt den Stein, auf den Standort Deutschland eingedroschen. Platzt der erste Versuchsballon, dann muß man halt den zweiten steigen lassen.

Es gibt auch Arbeitslose, die ihren Beruf verfehlt haben.

Daß man irgendwann das Gras von unten wachsen sieht, läßt sich nicht vermeiden. Wenn man dabei aber unter die Grünen kommt, endet das letzte Ende letztendlich echt so:

Walter Seeler hat prägende Spuren hinterlassen.

Kreisverband Bündnis 90 / Die Grünen Altona

Prägende Spuren in schreibenden Nachrufen... Bei dieser Partei möchte man nicht mal begraben sein.